Warum Hubertus Knabe entlassen wurde, S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 40 – 5. Oktober 2018

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Weitermachen, bis alles in Fetzen liegt: Zerstörtes Wahlplakat mit Angela Merkel

Bild: Imago

Merkel zerlegt Volksparteien

Fraktionswahl hat gezeigt: Der Union fehlt die Kraft zur Neuorientierung

Einen Aufstand in der Unionsfraktion hat es nicht gegeben. Dafür fehlten Kraft und Orientierung. Der Umschwung wird viel größer.

Der neue Chef der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Ralph Brinkhaus, beeilte sich nach seiner Wahl gegen den Merkel-Favoriten Volker Kauder zu betonen, dass kein Blatt Papier zwischen die Kanzlerin und ihn passe. Um seine Loyalität zu beweisen, sprach er sich sogleich dafür aus, dass Merkel im Dezember erneut für den Posten der CDU-Chefin kandidieren möge.

Was für einen kurzen Moment wie die Emanzipation der Unionsparlamentarier von der übermächtige Parteichefin aussehen mochte, war damit schon im ersten Anlauf erloschen. Diese Nachricht ist weitaus schwerwiegender als die Einsicht, dass Merkels Ära sich ihrem Ende neigt. Dieses Ende ist seit einem Jahr unübersehbar, die Kauder-Abwahl ist bloß ein weiterer Markstein eines überfälligen Abgangs.

Die Lauheit von Brinkhaus' ersten Schritten legt vielmehr offen, dass der Union sowohl das Personal als auch die Orientierung fehlt für einen kraftvollen Neuanfang nach Merkel. Woran liegt das?

> Völlige Neusortierung des Parteiensystems wird wahrscheinlicher

Die CDU-Chefin hat nicht bloß personell so lange um sich gebissen, bis alle konkurrenzfähigen Schwergewichte verschwunden waren. Sie hat mit ihrer Linkswendung der CDU das bundesdeutsche Parteiensystem insgesamt zerlegt. Denn aufgrund des Linksschwenks hat die CDU ihre Vorstellung davon eingebüßt, wofür sie stehen soll. Der Untergang der SPD ist der vorweggenommene Kollateralschaden dieser Entwicklung, weil die Sozialdemokraten in der linken Mitte keinen Platz mehr finden neben der Union.

Die Linkswendung der Union hat die politischen Debatten in Deutschland ins Irreale abrutschen lassen. Früher hat das offen ausgekämpfte Für und Wider „linker“ und „rechter“ Positionen eine Rückbindung an die Realität erzwungen, schon um der konkurrierenden Glaubwürdigkeit beider Lager willen. Heute dagegen herrscht eine einheitliche, phrasenhafte Realitätsverleugnung, die mittels Hysterie „gegen Rechts“ vor Einsprüchen aus der Wirklichkeit geschützt wird.

In diesem Umfeld kommen die Grünen noch am besten weg. Sie können sich nahezu gänzlich in ihrer Weltanschauung einmauern, denn ihre Wählerschaft ist die mit den höchsten Gehältern. Ein solches Klientel kann sich Wirklichkeitsverachtung am ehesten „leisten“.

Der Linkspartei erwachsen hier schon größere Probleme, wie Wagenknecht begriffen hat, ebenso schlingert die FDP. Am schlimmsten aber trifft es die beiden alten Volksparteien, die gänzlich von jener an die Wirklichkeit gekoppelten „Volkstümlichkeit“ lebten, die sie auf dem Weg nach Linksgrün verloren haben. Dass sie sich diese Volkstümlichkeit noch zurückerobern können, erscheint immer unwahrscheinlicher. Wahrscheinlicher wird damit eine gründliche Neusortierung des Parteiensystems. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Der Eroberer

Das allerhöchste protokollarische Brimborium, das der deutsche Staat einem Gast gewähren kann, wurde aufgeboten, um dem türkischen Alleinherrscher Recep Tayyip Erdogan ja nicht zu wenig der Ehre angedeihen zu lassen. Dabei wäre ein Arbeitsgespräch im schlichten Ambiente eines kanzleramtlichen Sitzungssaales des fragwürdigen Gastes angemessener gewesen.

Der listige Despot hat die Schwäche seiner Gastgeber sofort erkannt und sie genutzt. So ließ er bei dem ihm zu Ehren vom Bundespräsidenten gegebenen Staatsbankett eine Tirade gegen unser Land los, die es unwidersprochen als Unrechtsstaat und Hort des Terrorismus erscheinen ließ. Überhaupt musste Erdogan nicht befürchten, mit Protest konfrontiert zu werden. Wer gegen ihn seine Stimme hätte erheben können, sei es auf der Straße oder in einer Pressekonferenz, war rechtzeitig von der gehorsamen deutschen Staatsmacht aus dem Verkehr gezogen worden.

Voll der Genugtuung darüber, seinen Gastgeber düpiert und das politische Berlin gedemütigt zu haben, durfte Erdogan in Köln – ungestört von Ungläubigen und dummen Deutschen – eine Großmoschee als sichtbares Zeichen seiner wachsenden Macht über unser Land einweihen.

Eingeladen wurde ein Staatsgast, gekommen ist ein Eroberer. Damit ist das eingetreten, wovor Klarsichtige gewarnt haben und dafür von Linken und bürgerlichen Gutmenschen als Populisten, Rassisten und Islamhasser tituliert wurden. Auf die Unterstützung der Gutmenschen ist Erdogan jetzt nicht mehr angewiesen. Die ihm nützlichen Idioten sind nutzlos geworden. Und wenn der nützliche Idiot nutzlos geworden ist, dann ist er nur noch ein Idiot, wie der Publizist Dushan Wegner so schön treffend schreibt.

Zu Besuch bei den Nazis

Wirtschaftliche Zwänge ließen Erdogan seinen Hass auf Deutschland zurückstellen

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan tat bei seinem ersten offiziellen Staatsbesuch in Deutschland so, als hätte es von seiner Seite nie Beleidigungen oder Drohungen gegeben und als ob es in der Türkei keine politische Geiselnahme oder einen Missbrauch des Islam durch den türkischen Staat gäbe.

Noch im Dezember 2017 verglich der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan die Politik der deutschen Regierung mit „Nazimethoden“ und griff Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich an. Dass er sich ausgerechnet bei deren Regierung zum Staatsbesuch angekündigt hatte, ohne diese und weitere Beleidigungen zurückzunehmen, offenbart den tiefen wirtschaftlichen Abgrund, in den die Türkei seit der Wiederwahl des Autokraten Erdogan und der Verhaftungswelle gegen westliche Bürger blickt.

Die Ankündigung des Staatsbesuchs kam nämlich inmitten der größten wirtschaftlichen Krise der Türkei und des tiefsten Falls ihrer Währung seit Jahrzehnten. Der Besuch in Deutschland, wo mit vier Millionen Türkischstämmigen die größte türkische Diaspora im Ausland lebt, sollte über diese selbstverschuldeten Probleme hinwegtäuschen. Deshalb gab sich Erdogan bewusst versöhnlich, als er das Land der angeblichen Nazipraktiken besuchte, von Sinneswandel oder gar Entschuldigung war jedoch keine Spur. Auch in Deutschland gibt es immer mehr Stimmen, die trotz weiterer politischer Geiseln in türkischen Gefängnissen auf Entspannung setzen. Immerhin braucht man die Türkei bei der Abwehr der Massenzuwanderung aus dem Nahen Osten, mit der Erdogan immer wieder im Stile Gaddafis den Westen zu erpressen versucht, gerade jetzt in Zeiten wirtschaftlichen und finanziellen Niedergangs.

Erdogan hatte in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ angekündigt, dass er ein neues Kapitel in den Beziehungen beider Länder aufschlagen wolle. Von einem neuen Kapitel war allerdings während des Besuches kaum die Rede. Denn Erdogan setzte in bewährter Manier auf Spaltung und Erpressung und scheute nicht davor zurück, seine in Deutschland lebenden Landsleute zu seinen Zwecken zu instrumentalisieren. Auch die Religion hat der türkische Nationalist in bewährter Manier, wie in der Türkei, vor seinen politisch extremistischen Karren gespannt.

Das wurde bei der Einweihung der größten Moschee Deutschlands in Köln durch Erdogan sichtbar, bei der es um alles andere ging als um Religion. Wie in der Türkei, wo Erdogan auch den Islam sich bereits untergeordnet hat, möchte er, via der in das Visier des Verfassungsschutzes geratenen Ditib, auch seine Landsleute in Deutschland zu seinen Befehlsempfängern herabwürdigen. Jegliche Kritik an seiner Politik konnte Erdogan so geschickt als Islamophobie abtun. So konnte er nach Ende seines Besuches von einem großen Erfolg seiner Reise und seines Kampfes gegen Islamophobie sprechen, dabei meinte er, dass er jegliche Kritik abprallen ließ. Diesen Eindruck konnte man bei den Ansprachen und Erklärungen des türkischen Präsidenten nämlich haben.

Die Reise in das Land, das für Erdogan das Land der Nazis ist, war nur notwendig geworden, weil sich die Beziehungen der Türkei zur einstigen Schutzmacht USA noch wesentlich mehr verschlechtert haben als die zur EU, weil Erdogan infolge der Inhaftierung eines US-amerikanischen Pfarrers und der danach verkündeten Wirtschaftssanktionen mit einem Zusammenbruch seiner Wirtschaft rechnen muss. Vor einem drohenden Staatsbankrott sollen Erdogan jetzt Merkel und seine Landsleute in Deutschland retten.

Während die US-Wirtschaft ihre Unternehmen in Scharen aus der Türkei abzieht, gibt es noch immer 7500 deutsche Unternehmen, die Geschäfte mit der Türkei machen, das größte davon Siemens. Die Firma spekuliert, wie in Zeiten des Baus der Bagdadbahn vor dem Ersten Weltkrieg, auf Aufträge im Bereich des öffentlichen Nahverkehres in der Türkei in Höhe von 35 Milliarden Euro. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Zusatzbeitrag wieder paritätisch

Berlin – Der Zusatzbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung, der bisher nur von den Versicherten getragen wird, wird künftig wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezahlt. Das sieht das Versichertenentlastungsgesetz, das dem Bundestag zur Beratung vorliegt, vor. An der Höhe des Beitrags soll sich dagegen nichts ändern. Da viele Krankenkassen hohe Rücklagen gebildet haben, sollen sie dazu verpflichtet werden, ihre Finanzreserven abzuschmelzen. Die Rücklagen dürfen dem Gesetzentwurf zufolge künftig eine Monatsausgabe nicht mehr überschreiten. Überschüssige Beitragseinnahmen müssen ab 2020 innerhalb von drei Jahren abgebaut werden. Krankenkassen mit einer Reserve von mehr als einer Monatsausgabe dürfen ihren Zusatzbeitrag nicht anheben. *J.H.*

Umsetzung der DSGVO stockend

Berlin – Erst 24 von 100 Unternehmen in Deutschland haben die EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) umgesetzt. Weitere 40 Prozent haben die Regeln größtenteils umgesetzt und 30 Prozent nur teilweise. Gerade erst begonnen mit den Anpassungen haben fünf Prozent, wie eine aktuelle Erhebung des Digitalverbands Bitkom unter mehr als 500 Unternehmen aus Deutschland zeigt. 80 Prozent der Unternehmen beklagen einen höheren Aufwand durch die DSGVO im laufenden Betrieb, davon 45 Prozent einen deutlichen Mehraufwand. Vor allem die erweiterten Dokumentations- und Informationspflichten machen den allermeisten zu schaffen. So hat für 96 Prozent der Aufwand für die Erfüllung der Dokumentationspflichten zugenommen, 87 Prozent bestätigen dies für die Erfüllung der Informationspflichten. *J.H.*

Hohe Ehrung für Wolfgang Thüne

Oppenheim – Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat Wolfgang Thüne die Goldene Ehrennadel, die vom BdV-Bundesverband vergeben wird, verliehen. Der langjährige Vorsitzende des BdV-Landesverbandes Rheinland-Pfalz nahm die Ehrung aus den Händen seines Nachfolgers, Tobias Meyer, in seinem Haus in Oppenheim entgegen. Meyer würdigte, auch im Namen des BdV-Präsidenten Bernd Fabritius, die außerordentlichen Leistungen Thünes und dankte ihm für sein jahrzehntelanges Wirken im Dienste der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler. Thüne habe sich „in ganz hohem Maße“ um deren Interessen verdient gemacht. Diese hohe Auszeichnung sei „Ausdruck unserer Dankbarkeit und würdigt das Lebenswerk unseres langjährigen Vorsitzenden“, so Meyer. Der 1943 im ostpreußischen Rastenburg geborene Meteorologe und promovierte Geistes- und Sozialwissenschaftler Thüne moderierte von 1871 bis 1986 den Wetterbericht im ZDF und wurde dadurch einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Im April hatte sich Thüne nach mehr als zwei Jahrzehnten im Amt von der Spitze des BdV-Landesvorsitzes zurückgezogen, um einen Generationswechsel einzuleiten, der im BdV „auf allen Ebenen notwendig“ sei. Thüne ist seit vielen Jahren Mitglied des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen. *J.H.*

»Wirklich schön war’s«

Die Deutsche Minderheit in der Republik Polen feierte in Breslaus Jahrhunderthalle ihr VI. Kulturfestival

Am 22. September strömten die Mitglieder der Deutschen Minderheit in der Republik Polen nach Breslau. Der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) hatte zum bereits VI. Kulturfestival in die Jahrhunderthalle eingeladen. Dort erwarteten die Gäste ein reiches kulturelles Programm, Informationsstände von Organisationen der Deutschen Minderheit und Partnerorganisationen sowie ein Begleitprogramm.

Traditionell setzt sich das Kulturfestival der Deutschen in der Republik Polen aus fünf Elementen zusammen. Das erste vor dem eigentlichen Festival ist eine Heilige Messe auf Deutsch im Breslauer Dom, die in diesem Jahr vom Oppelner Bischof Andrzej Czaja und dem Gleiwitzer Bischof Jan Kopiec zelebriert wurde. Bischof Kopiec betonte in seiner Predigt den Wert der Deutschen Minderheit für Polen und die Notwendigkeit gegenseitiger Wertschätzung.

Bernard Gaida, der Vorsitzende des VdG, schloss in seiner Rede in der Jahrhunderthalle direkt daran an und hob die Bedeutung des Dialogs hervor: „Wir sind die einzige nationale Minderheit in Polen, die so sehr an den Dialog glaubte, dass sie an den demokratischen Wahlen offen teilgenommen hat.“ Der Dialog werde, so Gaida, innerhalb der Republik Polen, bei den deutsch-polnischen Beziehungen und auch auf europäischer Ebene immer schwieriger, den Brückenbauern würden Steine in den Weg gelegt. Unterstützung für ihre Arbeit sicherte der Deutschen Minderheit in der Republik Polen der Staatssekretär im deutschen Innenministerium Stephan Mayer zu, denn „sie ist Botschafter eines guten Zusammenlebens zwischen Deutschen und Polen“.

Nach den Grußworten präsentierten sich die Tanz-, Gesangs- und Musikgruppen der Deutschen Minderheit und weiterer Gäste. Neben Klängen des Blasorchesters BSA Brass gab es Tangomusik auf zwei Akkordeons, das Beatboxduo Mando und ChloroPhil aus Berlin sowie ein Duo aus Xylophon und Klavier zu hören. Zum größten Chor des Kulturfestivals hatten sich vier Chöre der Deutschen Minderheit aus der Oppelner Region vereint. Die deutsche Volksgruppe im südlichen Ostpreußen vertrat lediglich der Chor der Neidenburger Gesellschaft mit ihrer Vorsitzenden Sybina Wylengowska. Als Star der Veranstaltung konnte Stefanie Hertel gewonnen werden, die zum Abschluss die Stimmung noch einmal in die Höhe trieb.



Mit etwa 5000 Besuchern gut gefüllt: Breslaus rund 6000 Sitzplätze aufweisende Jahrhunderthalle Bild: Hahnkamp

Neben einigen Werkstätten für junge Gäste des VI. Kulturfestivals zog vor allem das Treffen mit Zeitzeugen „1945 – unsere Geschichten“ viele Interessierte an, darunter Staatssekretär Mayer und den deutschen Abgeordneten im polnischen Parlament, Ryszard Galla. Renata Zajaczkowska, die langjährige Vorsitzende der Deutschen Minderheit in Breslau, Richard Urban aus Himmelwitz und Elfryda Mikołajec aus Ratibor schilderten bildhaft, teilweise drastisch ihre persönlichen Erlebnisse des Kriegsendes 1945 und die Schwierigkeiten der Folgezeit wie erzwungene Namensänderungen und das Verbot, Deutsch zu sprechen. Von jungen Menschen gesammelt, ins Internet gestellt sowie teilweise als Buch und CD veröffentlicht werden solche Erinnerungen im Rahmen des Projekts „Archiv der erzählten Geschichte“ des Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz. So entsteht ein Fundus, auf den auch Historiker zurückgreifen. Erstmals wurden dieses Jahr auch Zeitzeugen im südlichen Ostpreußen befragt. Einer von ihnen, Otto Tuschinski von der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit AGDM, ergänzte bei der Veranstaltung mit seiner Wortmeldung die schlesischen Erinnerungen um den ostpreußischen Blickpunkt.

Für Informationen zur Deutschen Minderheit in der Republik Polen, aber auch ihrer Partnerorganisationen, ist die um den zentralen Saal der Jahrhunderthalle verlaufende Lobby sehr gut geeignet. Dort präsentierten sich an Ständen einzelne Regionen, aber auch Jugendorganisationen wie der Bund der Jugend der Deutschen Minderheit (BDJM) oder die Jugendgruppe Ermis bei der AGDM und Partner wie das Institut für Auslandsbeziehungen oder das Goethe-Institut. Für das leibliche Wohl der Gäste wurde mit warmem Essen sowie Kaffee und Kuchen in den Wandelhallen ebenfalls gesorgt.

Damit die Gäste rundum zufrieden waren und die Veranstaltung reibungslos ablief, war viel Arbeit im Hintergrund notwendig. Das weiß vor allem Hauptorganisatorin Monika Wittek vom VdG. Sie beendete das VI. Kulturfestival nach langem, verdientem Applaus des Publikums mit einem tiefen Aufatmen: „Wirklich schön war’s. In drei Jahren wieder.“

Uwe Hahnkamp

Europäische Union auf dem linken Auge blind

EU-Parlament für Strafverfahren gegen Ungarn wie gegen Polen, aber Rumäniens Korruption bleibt unsanktioniert

Das Europäische Parlament hat dem Antrag auf ein Strafverfahren gegen Ungarn wegen Verstößen gegen europäische Normen und Prinzipien der Rechtshoheit wie zuvor schon dem gegen Polen zugestimmt. Laut dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán will die EU seinem Land das Recht auf Kontrolle der eigenen Grenzen entziehen. Der Ungar warf den meisten EU-Staaten vor, sie würden eine Politik verfolgen, die Migration unterstützt, und deshalb diejenigen „hassen, die sich ihren Plänen widersetzen“.

In Brüssel werden die ungarischen Behörden vor allem für ihre Asylpolitik kritisiert. Dabei hat Ungarn gemessen an der Anzahl seiner Bürger 50 Prozent mehr Asylsucher aufgenommen als sein Nachbarland Rumänien, mehr als doppelt so viele wie die EU-freundlichen baltischen Staaten und viermal so viele wie das sozialistisch regierte Portugal. Trotzdem steht Ungarn dauernd am Pranger, obwohl es seine beim Eintritt in die EU eingegangenen Verpflichtungen bislang immer erfüllt hat und lediglich versucht, seinen eigenen Handlungsspielraum auszuloten. In Ungarn hat es zudem noch keine Proteste gegen die Regierung gegeben.

Anders dagegen im Nachbarland Rumänien. Dort flauen seit der Machtübernahme der Postkommunisten im Februar 2017 die Proteste gegen die Regierung und vor allem gegen den mächtigen Chef der Sozialdemokraten (PSD), Liviu Dragnea, der wegen Wahlmanipulation und Anstiftung zum Amtsmissbrauch in zwei Verfahren zu dreibis fünfjährigen Haftstrafen verurteilt wurde, nicht ab. Regierungschefin Vorica Dancila gilt als Dragneas Marionette. Die Bevölkerung Rumäniens erlebt seit anderthalb Jahren, wie die Linksregierung aus Postkommunisten und Linksliberalen die Vereinbarungen, die das Land beim Beitritt zur EU 2007 eingehen musste, immer mehr unterläuft. So musste erst vor einigen Wochen die Sonderermittlerin gegen Korruption, Laura Codruta Kövesi, deren Posten auf Veranlassung der EU 2007 geschaffen worden war, und die seitdem Hunderte korrupter Politiker hinter Gittern gebracht hat, ihren Posten räumen. Die Unabhängigkeit der Richter und die Kompetenzen der Staatsanwälte werden von den Postkommunisten zum eigenen Nutzen immer mehr beschnitten. Die Bevölkerung geht dagegen zu Hunderttausenden auf die Straße, unterstützt von ihrem Präsidenten Klaus Johannis. Aber die EU kümmert dies nicht. Sie kümmert sich lieber um Ungarn oder Polen. Dabei hätten gerade die Demonstranten in den rumänischen Städten die Unterstützung aus Europa am meisten notwendig. Selbst, als im letzten Halbjahr das Nachbarland Bulgarien die EU-Ratspräsidentschaft innehatte, ignorierte man bewusst, was in Rumänien vor sich geht.



Bild: action press

Aus Protest gegen die Korruption: Massendemo in Rumänien

Die EU gab jetzt bekannt, dass es für ein sogenanntes Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7, wie gegen Polen und Ungarn, bei Rumänien im Moment keinen Anlass gebe. Dass die korrupten rumänischen Postkommunisten im EU-Parlament immer noch eine Fraktionsgemeinschaft mit den sozialistischen Parteien Europas eingehen, erscheint kaum einem Sozialisten bedenklich. Dabei übernimmt Rumänien im Januar nächsten Jahres die EU-Ratspräsidentschaft.

An Polen und Ungarn soll hingegen ein Exempel statuiert werden, da sie sich einer postnationalen und multikulturellen Welt verweigern, wie sie im Westen Europas unter Federführung von Angela Merkel durch Massenzuwanderung gerade aufzubauen versucht wird. Beide Länder haben in den letzten Jahrzehnten multikulturelle Staatsgebilde, die UdSSR und Jugoslawien, in ihren Nachbarschaften in blutigen Bürgerkriegen untergehen sehen und gehörten vor der EU dem Ostblock an, der gemäß der Breschnew-Doktrin seinen Mitgliedern nur eine „beschränkten Souveränität“ zubilligte, denn die „Souveränität der einzelnen Staaten findet ihre Grenze an den Interessen der sozialistischen Gemeinschaft“.

Der Vorsitzende der größten polnischen Regierungspartei PiS, Jaroslaw Kaczynski, war vor einem Jahr in einem Interview der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gefragt worden, warum er dagegen sei, Asylsucher aufzunehmen, wo er sich doch als Christ bezeichne. Kaczynski antwortete mit der Gegenfrage, mit welcher Legitimation sich die EU bei Asylsuchern das Recht anmaße, sich auf das Christentum zu berufen, wo sie es doch abgelehnt habe, sich in ihrer geplanten Verfassung oder im Vertrag von Lissabon auf das Christentum zu berufen, weil es den meisten EU-Politikern peinlich vorgekommen sei.

Bodo Bost

Bei Linken knallten die Sektkorken

Stiftungsrat der Stasi-Gedenkstätte unter Vorsitz von Klaus Lederer hat Hubertus Knabe entlassen

Warum wurde Hubertus Knabe, der renommierte Direktor der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, entlassen? Bei seinen linken Gegnern knallten die Sektkorken. Knabes Stellvertreter Helmuth Frauendorfer – und nur ihm – wurden sexuelle Belästigungen von Mitarbeiterinnen vorgeworfen. Bezüglich Knabe hieß es, man habe „kein Vertrauen", dass er einen „Kulturwandel" in Sachen „Sexismus" herbeiführe.

Die Entlassung von Knabe als Direktor der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen war ein Paukenschlag. Schon lange war er vielen Linken ein Dorn im Auge. Eines seiner vielen wichtigen Bücher trug den Titel: „Die Wahrheit über die Linke". Die Gedenkstätte Hohenschönhausen führte er ab 2001 erfolgreich zu immer höheren Besucherzahlen. Er begnügte sich nicht mit einem nur musealen Erinnern an die Stasi-Vergangenheit. Als eine der wenigen Institutionen in Deutschland befasste sich die Gedenkstätte unter seiner Leitung auch mit dem Linksextremismus. Knabe meldete sich in tagesaktuellen Fragen zu Wort, wie etwa bei der Aufstellung einer gigantischen Karl-Marx-Statue in Trier. Auch als der frühere hauptamtliche Stasi-Mitarbeiter Andrej Holm von der Bausenatorin Katrin Lompscher (Die Linke, früher SED) zum Staatssekretär gemacht werden sollte, meldete sich Knabe zu Wort.

Schon als 2016 der rot-dunkelrot-grüne Senat gebildet wurde, warnte Knabe aufgrund früherer Erfahrungen in einem Beitrag im „Tagesspiegel" davor, erneut einen Politiker der „Linken" zum Kultursenator zu machen. Ein solcher ist qua Amt Stiftungsratsvorsitzender der Gedenkstätte Hohenschönhausen. Klaus Lederer (Die Linke) wurde trotzdem Kultursenator und damit quasi Knabes Chef.

2006 hatte Lederer als damaliger Berliner PDS-Landesvorsitzender mit der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (PDS, heute Die Linke) folgende Traueranzeige für den früheren Stellvertreter von Stasi-Chef Erich Mielke, Markus Wolf, unterzeichnet: „Wir trauern um einen Freund und Genossen, einen streitbaren Kämpfer, der aufrecht durch sein Leben ging."

Am 25. September 2018 hieß es in einer Pressemitteilung der Kulturbehörde Lederers: „Der Stiftungsrat der Stiftung Gedenkstätte Hohenschönhausen hat sich in seiner heutigen Sondersitzung mit den Vorwürfen zu sexueller Belästigung und strukturellem Sexismus in der Gedenkstätte Hohenschönhausen befasst. Im Ergebnis der Stiftungsratssitzung wurden einstimmig folgende Beschlüsse gefasst: Das Anstellungsverhältnis mit dem stellvertretenden Leiter der Gedenkstätte, Helmuth Frauendorfer, wird schnellstmöglich und zum nächstzulässigen Termin ordentlich gekündigt. Dem Direktor der Gedenkstätte, Dr. Hubertus Knabe, wird ordentlich gekündigt. Mit Blick auf die internen Ermittlungen wird Herr Dr. Knabe vorläufig von seinen Dienstpflichten freigestellt. Der Stiftungsrat hat kein Vertrauen, dass Herr Dr. Knabe den dringend notwendigen Kulturwandel in der Stiftung einleiten wird, geschweige denn einen solchen glaubhaft vertreten kann."

Ein Journalist der linken „Taz" hatte schon vor der Stiftungsratssitzung getwittert: „Sollte Hubertus Knabe heute gefeuert werden, habe ich den Kollegen eine Flasche Rotkäppchen versprochen." Die Sektkorken knallten in der „Taz" nicht wegen der Frage sexueller Belästigungen. Knabe war politisch unliebsam.

Dem nur fünfköpfigen Stiftungsrat gehören neben Lederer an: Martina Gerlach, Staatssekretärin beim grünen Berliner Justizsenator Dirk Behrendt; Maria Bering, seit 2017 Leiterin der „Gruppe Geschichte, Erinnerung" bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Monika Grütters (CDU); Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, und Dieter Dombrowski (CDU), Vizepräsident des Brandenburger Landtags und Bundesvorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft. Im August hatte sich Dombrowski in einem Interview mit der „Lausitzer Rundschau" offen für eine Koalition von CDU und „Linke" gezeigt und erklärt, man müsse sich „mit den politischen Realitäten arrangieren".


Bild: Leh

Vor der Stasi-Gedenkstätte: Hubertus Knabe bei einer Veranstaltung zum Linksextremismus

Die frühere Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) twitterte nach der Entscheidung des Stiftungsrats, sie sei „überrascht und entsetzt" über die Entlassung Knabes: „Das, was ich an Vorwürfen lese, scheint mir Entlassung nicht zu rechtfertigen. Vor allem nicht in Anbetracht der großartigen Leistung Knabes."

Der Berliner CDU-Abgeordnete Kai Wegner erklärte in einem Interview, er kenne keine „belastbaren" Vorwürfe gegen Knabe: „Es hieß lediglich, man habe kein Vertrauen mehr in seine Arbeit. Das ist ein bisschen dünn für einen Gedenkstellenleiter, der 17 Jahre lang tolle Arbeit geleistet hat."

Im Berliner Abgeordnetenhaus erklärte Lederer, dass die Vorwürfe bezüglich sexueller Belästigungen nur den Stellvertreter Knabes beträfen. Zugleich sagte er, es stimme nicht, dass in der Gedenkstätte „massenhaft Übergriffigkeiten stattgefunden hätten. Das ist Quatsch." Es fragt sich dann, wieso – gerade wenn Frauendorfer entlassen wird – noch ein großartiger „Kulturwandel" in der Gedenkstätte nötig sein soll, der als Entlassungsgrund für Knabe strapaziert wird. Dieser hatte unter anderem bereits eine Antidiskriminierungsbeauftragte ernannt.

Knabe twitterte: „Ich bin erschüttert, dass ich jetzt nach 17 Jahren auf die Straße gesetzt werde. Ich würde die Aufgabe gerne fortführen, denn ich fühle mich der Aufarbeitung der SED-Diktatur weiterhin tief verbunden." Lederer kündigte jedoch schon eine neue Ausschreibung der beiden Leitungspositionen an. Zuvor wurden sofort schon von linker Seite mögliche Nachfolger ins Gespräch gebracht. *Michael Leh*

MELDUNGEN

Aus Kirche wurde Moschee

Hamburg – Deutschlandweit zum ersten Mal wurde vergangene Woche in Hamburg eine Moschee eröffnet, die durch den Umbau einer ehemaligen Kirche entstanden ist. Anwohner hatten sich im Vorfeld kritisch geäußert. Nach dem Willen der Evangelischen Kirche in Deutschland soll dies eine Ausnahme bleiben. 2002 war die im Jahr 1961 erbaute evangelische Kapernaumkirche im Stadtteil Horn entwidmet und nach Jahren an einen privaten Investor verkauft worden. Dieser veräußerte sie 2012 an die arabisch-islamische Al-Nour-Gemeinde. Von außen ist das Gebäude noch als Kirche erkennbar, doch auf dem 44 Meter hohen Kirchturm prangt der arabische Schriftzug „Allah". Mittlerweile wohnen im Umkreis des Gebäudes mehrheitlich Moslems. *D.J.*

Mehr Geld für den Zentralrat

Berlin – Die Bundesregierung will dem Zentralrat der Juden ab dem Haushaltsjahr 2018 mehr Steuergelder zukommen lassen. Dazu hat sie einen Gesetzentwurf zum Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentralrat der Juden in Deutschland vom 6. Juli 2018 eingebracht. Danach soll die jährliche Zuwendung um drei Millionen Euro auf 13 Millionen Euro erhöht werden. Die Erhöhung der jährlichen Staatsleistung begründet die Regierung mit den „wachsenden Aufgaben und den neuen Anforderungen der jüdischen Gemeinschaft". Der Vertrag wurde erstmals 2003 ausgehandelt und regelt die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Zentralrat. Der 1950 gegründete Zentralrat ist die größte Dachorganisation der jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland und deren politische Vertretung. Er vertritt rund 100 000 Mitglieder. *J.H.*

Sie wollen mitregieren

Freie Wähler möchten in Bayern Korrektiv der CSU werden

Nach zehn Jahren im Bayerischen Landtag wollen die Freien Wähler endlich mitregieren. Die Wählervereinigung lebt von der Popularität ihres Spitzenkandidaten und Vorsitzenden Hubert Aiwangers, welcher der CSU und der AfD gleichermaßen das Leben schwer macht.

Bei der Landtagswahl 2008 zogen die Freien Wähler schließlich gleich mit 10,2 Prozent der Wählerstimmen erstmals in den Landtag ein und bilden dort nach CSU und SPD die drittstärkste Kraft. Bei der Landtagswahl 2013 verteidigten die Freien Wähler mit neun Prozent den dritten Platz. „Wir sind eine Wahlkampfpartei", sagt Aiwanger und erklärt, dass „wir diesmal die SPD überholen und vor der AfD landen werden". Dass die AfD derzeit in Umfragen zwischen zehn und 14 Prozent und damit unter dem bundesweiten Durchschnitt liegt, hängt auch mit der Popularität Aiwangers zusammen. Alle Demoskopen sagen den Freien Wählern derzeit ein zweistelliges Ergebnis voraus, nachdem es zu Beginn des Wahlkampfes so schien, als müssten sie um den Wiedereinzug ins Maximilianeum zittern.

Beflügelt von den guten Umfragewerten geht der Niederbayer Aiwanger in die Offensive. Eine schwarz-rote oder schwarz-grüne Koalition bezeichnet er als unterlassene Hilfeleistung. „Wir werden wohl oder übel versuchen müssen, bei der CSU zu retten, was noch zu retten ist. Und denen eine Kurskorrektur aufzwingen." Zum Nulltarif gebe es seine Partei nämlich nicht. „Ich lege keinen Wert


Hubert Aiwanger Bild: pa

darauf, Stiefelknecht der CSU zu sein – wenn, dann geben wir ihnen die Sporen", sagte Aiwanger der „Augsburger Allgemeinen".

Die Freien Wähler, die ihre Kraft aus einer nahezu flächendeckenden Präsenz in den kommunalen Vertretungen ziehen, sind politisch schwer zu verorten. Als „vernünftige konservative Mitte" will Aiwanger seine Partei verstanden wissen. „Wir hetzen nicht, aber wir reden die Dinge auch nicht schön", sagt er zur Asylpolitik. „Wer zu uns kommt, der soll sich nützlich machen. Und wer uns ärgert, den schicken wir wieder heim." Integrationskurse seien „sozialromantischer Schnickschnack", den die Gastarbeiter in den 60er Jahren auch nicht gebraucht hätten.

Ein starkes Ergebnis in Bayern könnte die Debatte wieder befeuern, ob die Freien Wähler auch außerhalb Bayerns verstärkt agieren sollten. Anfang 2013 trat die Partei gemeinsam mit dem späteren AfD-Gründer Bernd Lucke zur Landtagswahl in Niedersachsen an. Damals war eine moderate Anti-Euro-Kritik ihr Thema. Nach der Niederlage zog sich Aiwanger aus der Bundespolitik wieder zurück. Die bisher allein regierende CSU hält Aiwanger daher für einen Leichtmatrosen.

Die Freien Wähler seien „eine Ein-Mann-Partei ohne politischen Kompass. Sie koalieren mit allen, links und rechts. Sie versprechen, alles, ohne zu sagen, wie sie es bezahlen wollen", heißt es in dem von der CSU herausgegebenen „Bayernkurier". In Wirklichkeit sei es eine Partei der „Freibier-Wähler." *Peter Entinger*

Mehrere Hundert Klagen

Heiko Maas' Zensur-Erbe als Justizminister beschäftigt die Gerichte

Als Heiko Maas noch Justizminister war, forderte er von sozialen Netzwerken wie Facebook, sie müssten rigoros gegen „rechte Hetze" vorgehen und diese löschen. Die juristische Praxis zeigt, dass dies gar nicht so einfach ist. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) einer Social-Media-Plattform, die dem Betreiber das Recht einräumen, allein auf der Grundlage selbst errichteter Maßstäbe über die Entfernung von geposteten Inhalten zu entscheiden, sind unzulässig. Der Grundsatz der Meinungsfreiheit gilt auch für soziale Netzwerke. Dies hat das Oberlandesgericht (OLG) München in einem grundlegenden Beschluss entschieden.

Hintergrund ist eine Klage der AfD-Politikerin Heike Themel, die auf der Facebook-Seite von „Spiegel Online" einem Mitdiskutanten entgegnete: „Ich kann mich argumentativ leider nicht mehr mit Ihnen messen, Sie sind unbewaffnet und das wäre nicht besonders fair von mir." Facebook hatte den Kommentar mit der Begründung gelöscht, der Post verstoße gegen die Facebook-Richtlinien, wonach Rechte anderer Personen nicht verletzt werden dürften und Äußerungen nicht erlaubt seien, die gegen die Richtlinien von Facebook verstießen. In den AGB von Facebook heißt es hierzu. „Wir können sämtliche Inhalte und Informationen entfernen, wenn wir der Ansicht sind, dass diese gegen unsere Richtlinien verstoßen."

Kritiker sprechen hierbei neudeutsch von der Gefahr des „Overblockings", dem Über-Blockieren. Aufgrund staatlicher Regelungen würden Betreiber von sozialen Netzwerken dazu verleitet, übertrieben häufig Inhalte zu sperren, um auf diese Weise der Gefahr zu entgehen, durch rechtswidrige Inhalte auf ihren Plattformen mit gesetzlichen Strafbestimmungen in Konflikt zu geraten.

Das OLG betonte in seiner Entscheidung nun exakt diese Gefahr der Einschränkung der Meinungsfreiheit durch eine zu extensive Sperrung von Inhalten. Eine Bestimmung in den AGB sei unwirksam, wenn der Vertragspartner hierdurch entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligt werde. Das OLG erklärte aber, dass soziale Plattformen verpflichtet sind, sogenannte Hassbotschaften von ihren Seiten zu entfernen. Hassbotschaften sind demnach „Inhalte, die Personen aufgrund ihrer Rasse, ethnischen Zugehörigkeit, nationalen Herkunft, religiösen Zugehörigkeit, sexuellen Orientierung, geschlechtlichen Identität oder aufgrund von Behinderung oder Krankheiten direkt angreifen."

Wo hierbei die juristische Grenze liegen könnte, zeigt sich an einem anderen Fall, den das Landgericht Heidelberg unlängst entschieden hat. Im Juli hat eine Facebook-Nutzerin einen Beitrag zum Thema Integration kommentiert: „Für fundamentalistische Muslime sind wir verweichlichte Ungläubige, Schweinefresser und unsere Frauen sind Huren. Sie bringen uns keinen Respekt entgegen." Facebook löschte den Beitrag und sperrte das Profil für 30 Tage – wogegen die Frau erfolglos klagte. Nach Auffassung der Richter war Facebook zu diesen Maßnahmen berechtigt, da das Unternehmen in seinen Gemeinschaftsstandards explizit Hassreden untersage. Diese werden definiert als direkte Angriffe auf Personen aufgrund ausdrücklich aufgezählter und geschützter Eigenschaften, wie etwa ethnische Zugehörigkeit, nationale Herkunft oder Religion.

Mit rund 2,17 Milliarden monatlich aktiven Nutzern ist Facebook das mit Abstand größte soziale Netzwerk der Welt. Derzeit sind alleine in Deutschland mehrere Hundert Klagen gegen die Löschpraxis anhängig. *P.E.*

Zeitzeugen


Pawel Sosnowski (Sächsische Staatskanzlei)

Michael Kretschmer – Sachsens Regierungschef setzt sich für eine ICE-Strecke von Berlin über Cottbus und Görlitz nach Breslau ein. Der CDU-Politiker will damit die Voraussetzung für die Ansiedlung internationaler Forschungsinstitute und Firmen in der Lausitz schaffen. Kretschmer unterstützt auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaiers (CDU) Einsatz für den Bau einer großen europäischen Batteriezellenfabrik in der Region.

Hans Gerd Prodoehl – Vom Politik- und Unternehmensberater stammt die Idee, in der Lausitz eine Sonderwirtschaftszone einzurichten. Prodoehl wies auf Sonderwirtschaftszonen in Polen und Großbritannien hin, in denen die Infrastruktur besonders gut ausgebaut wurde und besonders wirtschaftsfreundliche Bedingungen geschaffen wurden.


Bild: Imago

Michael Vassiliadis – Der Chef der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) lehnt einen schnellen Ausstieg aus der Kohle ab. Im Gespräch mit dem Südwestrundfunk (SWR) wies Vassiliadis auf die Abschaltung der letzten Kernkraftwerke im Jahr 2022 hin und warnte vor einem „Roulettespiel“ bei der Energieversorgung. Der Gewerkschafter sagte, erst müssten Netze und Speicher her, bevor die Kohlekraftwerke vom Netz gehen könnten.

Dietmar Woidke – Brandenburgs Ministerpräsident warnte davor, dass ein hohes Tempo beim Kohleausstieg der AfD helfen werde. Der Sozialdemokrat wies darauf hin, die AfD sei schon bei der Bundestagswahl in allen drei mitteldeutschen Braunkohlerevieren sehr stark gewesen. Woidke weiter: „Menschen vergessen es einem Politiker nie, wenn ihre Lebensgrundlagen infrage gestellt werden.“


Bild: Annalena Baerbock

Annalena Baerbock – Die Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen hat den Auftrag für die Kohle-Kommission kritisiert. Aus ihrer Sicht hätte es für eine vernünftige Arbeit der Kommission vorab einen gesetzlich verankerten Kohleausstieg geben müssen. „Dazu fehlte Union und SPD aber offensichtlich die nötige Courage. Man hat die Entscheidung in die Kommission vertagt“, so die Politikerin gegenüber dem „Tagesspiegel“.

Teurer Braunkohleausstieg

Der Verzicht kostet Tausende Arbeitsplätze und Milliarden Euro für teureren Strom

Ronald Pofalla, der Co-Vorsitzende der sogenannten Kohlekommission, hat mit der Nennung eines Ausstiegsdatums bei der Braunkohleförderung für erheblichen Wirbel gesorgt.

Obwohl die Kommission erst wenige Male getagt hatte, preschte der frühere Kanzleramtschef in einem Interview mit dem „Spiegel“ vor. Pofalla präsentierte einen Zeitplan, über den er sich offenbar mit Kommissionsteilnehmern in vertraulichen Gesprächen verständigt hat. Demnach sollen die letzten Braunkohlekraftwerke zwischen 2035 und 2038 vom Netz gehen, fünf bis sieben große Kohlekraftwerke sollen bereits bis 2020 abgeschaltet werden. Der Merkel-Vertraute hat mit seinem Vorstoß über die Medien nicht nur bei seinen Kommissionskollegen für Irritationen gesorgt. Über ein Ausstiegsdatum sollte nämlich erst ganz zum Schluss geredet werden.

Vor allem in Sachsen und Brandenburg hat der skizzierte Zeitplan auch für erheblichen Unmut gesorgt. Die Lausitz, die sich über beide Bundesländer erstreckt, befindet sich mittlerweile seit 1990 in einem tiefen Strukturwandel, der Tausende Arbeitsplätze gekostet hat. Derzeit arbeiten in der Lausitz noch immer etwa 8000 Menschen direkt in der Braunkohle-Industrie. Der Kohleabbau sorgt in der Region für eine Wertschöpfung von 1,5 Milliarde Euro pro Jahr. Sachsens christdemokratischer Ministerpräsident Michael Kretschmer rechnete unlängst vor, welche Mammutaufgabe es ist, den Wirtschaftsfaktor Braunkohle zu ersetzen: „Das bedeutet, jedes Jahr ein Unternehmen in der Größe von 50 Millionen Jahresumsatz anzusiedeln. Und das 20 Jahre lang in der Lausitz beispielsweise. Das ist die Aufgabe und jeder weiß, wie schwierig das ist.“

Ronald Pofallas Vorschlag sorgte für erheblichen Wirbel

Auf Einladung der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) haben sich Ende September Politiker, Gewerkschafter, Unternehmer und Experten zu einer Lausitz-Konferenz zusammengefunden, um über Zukunftsideen für die Region zu sprechen. In Cottbus anwesend waren auch die Ministerpräsidenten der Lausitzer Kohleländer Brandenburg und Sachsen. Präsentiert wurde Altbekanntes wie etwa die Forderung nach Geld vom Bund für den Strukturwandel. Beide Ministerpräsidenten wollen beim Bund aber auch durchsetzen, dass die Lausitz beim Aufbau des neuen 5G-Mobilfunk-Standards bevorzugt behandelt wird, damit zukunftsfähige Industriearbeitsplätze entstehen können. Der Gewerkschaftsvorsitzende Michael Vassiliadis sprach sich für die Schaffung von Rahmenbedingungen aus, die es globalen Investoren leicht machen, sich für die Lausitz anstelle irgendeiner anderen Region zu entscheiden.“

Mit dem Verzicht auf Kohle als Energieträger müssen allerdings nicht nur Tausende Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen geschaffen werden. Das Industrieland Deutschland ist auch auf dem Weg, auf einen sehr kostengünstigen Energieträger zu verzichten. Die Erstellungskosten liegen bei der Braunkohleverstromung im Bereich weniger Cent je Kilowattstunde. Mit einem politisch forcierten schnellen Kohleausstieg drohen ganz erhebliche Belastungen für die privaten Verbraucher und die Wirtschaft. Wie aus einer Untersuchung des Beratungsunternehmens Frontier Economics für den Energieversorger RWE hervorgeht, ist mit einem Anstieg der Strompreise um annähernd 20 Prozent zu rechnen, wenn ein Kohleausstieg bereits bis 2040 erfolgt. Den Berechnungen zufolge könnte der Preis bis 2040 um 25 Euro je Megawattstunde steigen. Pro Jahr würden sich damit laut Frontier Economics Zusatzkosten von bis zu vier Milliarden Euro ergeben. Insgesamt drohen den Stromkunden bei einem schnellen Kohleausstieg laut diesen Berechnungen zusätzliche Kosten von insgesamt rund 29 Milliarden Euro zwischen 2020 und 2040. *Norman Hanert*

Viel Zeit hat die Kommission nicht

Bereits bis zum Jahresende soll die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ einen Bericht zum Kohleausstieg vorlegen. Die Erwartungen an die sogenannte Kohle-Kommission sind hoch: Die Bundesregierung hat die Kommission zwar erst im Sommer ins Leben gerufen, ein Bericht soll allerdings bereits bis zum Jahresende vorliegen. Rechtzeitig zur UN-Klimakonferenz in Kattowitz im Dezember soll ein Zeitplan für ein Ende der Kohlekraftwerke und des Braunkohle-Tagebaues in Deutschland fertig sein. Zudem werden von der Kommission Lösungen für die betroffenen Regionen im Rheinland, in den mitteldeutschen Revieren und in der Lausitz erwartet.

Deutschland fördert weltweit die meiste Braunkohle. Insgesamt sind in Deutschland nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums noch immer etwa 14 700 Menschen im Braunkohlenbergbau beschäftigt.

In der Kohlekommission unter der Leitung der vier Vorsitzenden Matthias Platzeck, Ronald Pofalla, Barbara Praetorius und Stanislaw Tillich sitzen neben Politikern und Wirtschaftsvertretern auch Gewerkschafter und Umweltaktivisten. Unter den Mitgliedern herrscht vor allem über das Enddatum eines Ausstiegs aus der Kohleverstromung Uneinigkeit. Die Befürworter eines schnellen Ausstiegs aus der Kohleverstromung führen den Klimaschutz als Argument an. Dem stehen die Sorge um Tausende Arbeitsplätze sowie Bedenken wegen der Versorgungssicherheit und weiter steigender Stromkosten gegenüber.

Bericht bis Jahresende

Tillich hat inzwischen die Erwartungen etwas gedämpft, dass die Kommission bis Ende 2018 Ergebnisse vorlegen kann. Er sagte im Dresdner Landtag: „Im Dezember wird ein Bericht vorliegen oder eben nicht.“ Tillich führte weiter aus, es werde keine Zwischenlösung geben, sondern nur einen Bericht, der mit mindestens Zwei-Drittel-Mehrheit der 31-köpfigen Kommission beschlossen sei. *N.H.*



... lässt sich leicht sagen, wenn es nicht um den eigenen Job geht: Umweltaktivisten blockieren Tagebau in der Lausitz Bild: Imago

Schon jetzt genug gebeutelt

Die Lausitz hat auch ohne Kohleausstieg große Probleme

Das Lausitzer Braunkohlerevier im Süden Brandenburgs und im Nordosten Sachsens befindet sich mittlerweile seit Jahrzehnten in einem Strukturwandel. Nach dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes haben in den 90er Jahren über 90 Prozent der Bergleute ihre Arbeit verloren. Zulieferer und Dienstleister nicht einmal mitgezählt, ermöglichte die Braunkohle bis 1989 etwa 90 000 Menschen Arbeit und Einkommen.

Noch heute ist das Bergbauunternehmen LEAG mit 8000 Beschäftigten das größte Industrieunternehmen in Brandenburg. Der Bergbauriese gibt über Löhne oder Aufträge pro Jahr 1,4 Milliarden Euro in der Region aus. Der sächsische CDU-Politiker Marko Schiemann hat wiederholt auf die Entwicklung in der Oberlausitz hingewiesen, in der in den 90er Jahren reihenweise Textilunternehmen und Maschinenbauer dichtgemacht haben. Laut Schiemann hat der Strukturwandel in den 1990er Jahren allein in der Oberlausitz rund 100 000 Arbeitsplätze gekostet, in der gesamten Lausitz sollen mindestens 180 000 Jobs verschwunden sein.

Viele Arbeitsplätze sind bereits verlorengegangen

Entsprechend drastisch fallen nun die Warnungen von Politikern in Regierungsverantwortung vor einem schnellen Ausstieg aus der Kohleförderung aus. So fordert Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) mit Blick auf die Pläne zum Kohleausstieg: „Einen harten Bruch wie 1990 nach dem Ende der DDR darf es nicht noch einmal geben.“ Auch Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat klar gemacht, dass für ihn erst der Strukturwandel und dann der Ausstieg aus der Kohle kommt. Woidke sagte, erst wenn diese Arbeitsplätze entstanden sind, könne die Diskussion über ein Ausstiegsdatum geführt werden.

Der Verlust von Beschäftigungsmöglichkeiten hat in den letzten Jahrzehnten auch eine massive Abwanderung in Gang gesetzt. Insgesamt hat allein die Oberlausitz seit der sogenannten Wende mindestens 200 000 Menschen verloren. Die Prognosen gehen dahin, dass die Region zwischen Spreewald und Bautzen bis 2050 etwa 100 000 weitere Einwohner verlieren wird. *N.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Kloster Neuzelle lebt wieder auf

Zisterzienserorden kehrt an den Glaubensort im Sorbenland zurück



Ort der Stille und Besinnung: Die Klosteranlage von Neuzelle

Bild: Kulturland Brandenburg

Nach 200 Jahren kehrt der Zisterzienserorden ins brandenburgische Neuzelle zurück. Sechs Mönche aus Österreich kommen in die sorbische Niederlausitz, in der sich bis 1993 das größte katholische Priesterseminar der neuen Bundesländer befand.

Der Zisterzienserorden gehörte einst zu den Pionieren der Christianisierung Nord- und Osteuropas. Nicht nur den Glauben haben Zisterzienser weiten Teilen Europas gebracht, sie haben auch weite Gebiete nach ihrem Motto „Bete und arbeite" urbar gemacht. Nun haben katholische Zisterzienser-Mönche aus dem österreichischen Stift Heiligenkreuz das Kloster Neuzelle im brandenburgischen Landkreis Oder-Spree nach einem Jahr Probezeit mit einem Priorat, sozusagen als eine Außenstelle des Mutterklosters, wiederbegründet. Sechs Zisterzienser-Mönche sollen an die jahrhundertealte katholische Tradition des Ortes anknüpfen.

Religiös gesehen ist das Land Brandenburg ein schwieriges Terrain, nur wenige Einwohner gehören einer Kirche an, noch weniger besuchen regelmäßig Gottesdienste. Allerdings gehörte das Sorbenland neben dem Eichsfeld zu den beiden katholischen Enklaven der DDR. Der Ort trägt seine jahrhundertelange Klostergeschichte noch immer im Namen. In und um Neuzelle kommt kaum etwas ohne den Verweis auf die lange Geschichte mit dem Konvent aus. Es gibt die Klosterapotheke, eine Klosterbrauerei et cetera. Im vergangenen Jahr wurde der 200. Jahrestag der Verstaatlichung des Klosters durch den preußischen Staat begangen. In diesem Jahr jährt sich die Gründung des Klosters zum 750. Mal.

Bei aller Euphorie, die das Bistum Görlitz und Bischof Wolfgang Ipolt mit der Klostergründung verbinden, plagen es doch auch große Schwierigkeiten. Die sechs Mönche teilen sich weiterhin das bisherige Pfarrhaus.

Österreichische Mönche stehen vor Pionierarbeit

Die gut 4000 Einwohner des Ortes haben die Zisterzienser indes mit offenen Armen empfangen. Für Katholiken aus der näheren und ferneren Umgebung ist Neuzelle immer ein Glaubensort geblieben, bis heute führen Wallfahrten hierher. Der Komplex ist ein weit über die Region hinaus bedeutsames historisches Zeugnis. Neuzelle ist eine der wenigen vollständig erhaltenen mittelalterlichen Klosteranlagen Europas. Sie empfängt jährlich rund 120 000 Besucher. In die Sanierung der barock geprägten Anlage flossen seit Beginn der 1990er Jahre rund 52 Millionen Euro. Von 1948 bis 1993 befand sich im ehemaligen Kloster ein katholisches Priesterseminar. Rund 800 Männer absolvierten dort im Laufe der Jahre ihren Pastoralkurs.

Die Stiftung Kloster Neuzelle, der Eigentümer des Geländes, hatte inzwischen auf dem Klostergelände kulturelle und touristische Schwerpunkte entwickelt, die mit einem wirklichen Klosteralltag kaum zu vereinbaren sind. Es fehlen die Rückzugsräume, in denen die Mönche sich ausschließlich auf ihre Spiritualität konzentrieren können.

Der ursprüngliche Plan, auf dem alten Gelände wieder heimisch zu werden, ist daher inzwischen zu den Akten gelegt worden. Die Mönche planen stattdessen einen Neubau in der Umgebung. Im Potsdamer Kultusministerium sicherte man Unterstützung bei der Suche nach einer geeigneten Liegenschaft zu. Das Bistum und das katholische Bonifatiuswerk wollen finanziell helfen.

Brandenburgs Kulturministerin Martina Münch (SPD), die auch als Vorsitzende der landeseigenen Stiftung Stift Neuzelle fungiert, war unter den 1800 Teilnehmern des Festgottesdienstes bei der Wiedereröffnung.

An der Feier nahmen auch Erzbischof Heiner Koch (Berlin), Bischof Rudolf Voderholzer (Regensburg) sowie Bischof Tadesuz Lityinski aus dem polnischen Nachbarbistum Liegnitz teil, zudem der evangelische Berliner Bischof Markus Dröge. Auf dem Klostergelände befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft auch die evangelische Neuzeller Gemeinde.

Ministerin Münch würdigte die Gründung als „Ereignis von kirchengeschichtlicher Bedeutung". Es sei ein „Glücksfall" für das Land Brandenburg, das damit einen Teil seiner historisch-kulturellen Identität zurückgewinne. Der evangelische Bischof Markus Dröge sagte, durch die Mönche erhalte die Kirche in Brandenburg einen „neuen, hellen, freundlichen und tiefgründigen Farbtupfer".

Erzbischof Koch gab sich sehr zuversichtlich, dass die wiedergekehrte Präsenz der katholischen Mönche in der Kirche und auf dem Klosterplatz ein großes Hoffnungszeichen sein werde. Er äußerte die Hoffnung, „dass die Mönche einmal auch das Kloster wiederbeleben werden". *Bodo Bost*

Gegen Indoktrination

Von Theo Maass

Auffällig jung waren viele der „Aktivisten", die 2015 begeistert „Refugees welcome" riefen. Ich erinnere mich, dass das gleiche Phänomen vor rund 27 Jahren während des Golfkriegs zu beobachten war, als eine „Koalition der Willigen" Saddam Husseins irakische Armee aus Kuwait vertrieb. Damals sorgten sich minderjährige Schulkinder um den Weltfrieden, demonstrierten und führten Schulstreiks für ihr Anliegen durch. Taten sie das alles aus eigener Ansicht und Überzeugung? Eltern aus bürgerlichem Hause – ich bin selbst betroffen – beobachten immer wieder, dass sich ihre Kinder in der 8. oder 9. Klasse politisch links radikalisieren. Nur eine Erscheinung der Pubertät?

Die Pädagogischen Hochschulen sind oftmals eine Brutstätte der „Antifa". Da wundern sich manche Eltern, mit welchen politischen „Erkenntnissen" ihre Kinder nach Hause kommen. In Österreich hat eine Meldeplattform der FPÖ das erschreckende Ausmaß der Indoktrination von Schulkindern öffentlich gemacht. 1972 wurde der Radikalenerlass in der Bundesrepublik Deutschland etabliert, der Rechts- wie Linksextremisten den Weg in den öffentlichen Dienst verbaute. Der Kanzler hieß damals Willy Brandt. 1979 rückte die Bundesregierung davon wieder ab. Bis dahin wurden 1250 überwiegend als linksextrem bewertete Personen nicht als Lehrer und Hochschullehrer eingestellt, rund 260 wurden entlassen. Auch mit der „geistig-moralischen Wende" des CDU-Kanzlers Helmut Kohl gab es keine Rückkehr zum Radikalenerlass, der von Linksextremisten als „Berufsverbot" verunglimpft wurde.

Die Hamburger AfD hat vor einigen Wochen eine Internetplattform etabliert, an die sich politisch drangsalierte Schüler wenden können, um politische Einflussnahme von Lehrern zu melden. Die Berliner AfD zog nun nach.

Linkspartei, Grüne und SPD sowie der linken Lehrergewerkschaft GEW missfällt das. Ausgerechnet von dort ist der Vorwurf „Stasimethoden" zu hören.

An Privatschulen, die sich wachsender Beliebtheit erfreuen, sind Lehrer und Schulleiter darauf angewiesen, dass Eltern und Schüler mit dem Unterricht zufrieden sind. Anderenfalls wandern sie ab und mit ihnen das Schulgeld. Das fehlt an den staatlichen Schulen. Lehrer können machen, was sie wollen. Ihr Gehalt kommt trotzdem pünktlich aufs Konto. Jürgen Möllemann forderte in seinem Buch „Tempo für Deutschland" die Bezahlung von Lehrern nach der Zufriedenheit von Eltern und Schülern. Die AfD-Initiative zeigt linksextremen Lehrern immerhin: Euer Tun findet nicht mehr im Verborgenen statt – und das ist auch gut so.

Windräder unter Beschuss

Woidke will Widerstand durch Teilmoratorium besänftigen

Ein Jahr vor den Landtagswahlen hat der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) einen Kurswechsel bei der Windkraft eingeleitet. Nachdem die Landesregierung bislang den Windkraftausbau gegen alle Widerstände verteidigt hatte, kündigte er eine Bundesratsinitiative für die Streichung des Windkraftprivilegs im Baugesetzbuch an. Darüber hinaus wird in zwei von fünf Planungsregionen Brandenburgs ein zweijähriges Moratorium gelten.

Trotz dieser teilweisen Nachjustierung wachsen die Forderungen nach einem generellen Ausbaustopp für weitere Anlagen. 143 Ortsvorsteher und Bürgermeistern haben in einem Brief an Woidke ein landesweites und sofort gültiges Moratorium für den Windkraftausbau gefordert. Aus Sicht der Unterzeichner soll der zeitweilige Ausbaustopp bei den Anlagen genutzt werden, „um die überfällige Bilanzierung von Aufwand und Nutzen vornehmen zu können".

Mittlerweile hat ein Aktionsbündnis „Gegenwind Prignitz-Ostprignitz" gemeinsam mit anderen Gruppen eine Kampagne für einen landesweiten Ausbaustopp initiiert. Schwerpunkt könne die Uckermark werden, aus der ebenfalls über zunehmenden Unmut über die wachsende Zahl von Windrädern berichtet wird. Betroffene Bürger kritisieren regelmäßig zu geringe Abstände der Anlagen zu Siedlungen sowie auch die zunehmende Verschandelung der Landschaft.

143 Ortsvorsteher und Bürgermeister machen mobil

Wie eine parlamentarische Anfrage aus der CDU-Landtagsfraktion an die Landesregierung öffentlich machte, soll es in Brandenburg mittlerweile mindestens zehn Orte geben, die jetzt oder künftig im Winkel von 180 Grad oder mehr von Windrädern umzingelt sind. Derzeit sind in Brandenburg bereits rund 3750 Windkraftanlagen mit einer Leistung von 6850 Megawatt installiert. Nach Niedersachsen und Schleswig-Holstein liegt Brandenburg damit bundesweit auf Platz drei.

Die märkische CDU scheint die Sorgen der Bürger verstärkt aufzugreifen. Dem CDU-Bundestagsabgeordneten für Uckermark und Barnim, Jens Koeppen, sowie zwei weiteren Bundestagsmitgliedern liegt die Forderung an die Landesregierung vor, in Brandenburg ein Moratorium für den Windenergieausbau zu verhängen. Bereits Ende September hatte die CDU-Fraktion im Landtag einen Antrag für ein „Echtes Windkraft-Moratorium für Brandenburg" gestellt, der allerdings abgelehnt wurde. *Norman Hanert*

Siemens streicht 700 Stellen

Opfer der »Energiewende«: Berliner Standorte hart betroffen

Der Siemens-Konzern schafft in Berlin 700 Stellen ab. 270 Arbeitsplätze im Berliner Gasturbinenwerk und 430 im Dynamowerk werden wegfallen. Die Konzernleitung begründete die Maßnahmen mit einem „rasant zunehmenden Strukturwandel" bei der fossilen Stromerzeugung und im Rohstoffsektor. Mit anderen Worten, die „Energiewende" beschert den Menschen nicht nur steigende Strompreise, sondern zerstört Arbeitsplätze.

Insgesamt 2900 Siemens-Arbeitsplätze im gesamten Bundesgebiet wird es künftig nicht mehr geben. Betroffen sind Mülheim an der Ruhr (600 Stellen), Erfurt (200), Duisburg (220) sowie Erlangen und Offenbach (insgesamt 870 Stellen). Der Siemens-Standort Leipzig soll verkauft werden.

Dabei scheint es dem Unternehmen eigentlich blendend zu gehen. 2018 zahlte der Konzern seinen Aktionären eine Dividende von 3,83 Euro, die 2019 sogar auf 3,95 Euro steigen soll. Zum Kurs der Aktie bedeutet das eine Dividendenrendite von fürstlichen 3,43 Prozent für 2018. Die Berliner Politik lässt die betroffenen Siemensianer mit ihrer Sorge allein. Die diplomierte Politologin auf dem Sessel des zuständigen Wirtschaftssenators, die Grüne Ramona Pop, gewinnt dem Ganzen sogar noch etwas Positives ab: „Gut, dass sich Siemens und der Betriebsrat auf einen Interessenausgleich geeinigt haben."

Rot-Rot-Grün und Gewerkschaft zeigen sich gelassen

Die IG Metall begrüßte, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben soll. Doch während die „Interessenvertreter" versuchen, eine Wohlfühlatmosphäre zu verbreiten, kam es zu Protesten von mehreren Tausend Beschäftigten, die auf die Milliardengewinne des Gesamtkonzerns hinweisen. Konzern, Politik und Gewerkschaften entgegnen den Protestierern, dass Siemens in Deutschland 500 Stellen weniger als eigentlich beabsichtigt streiche.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD), ist ebenfalls nicht unzufrieden: „Für unsere Gespräche mit Siemens für einen neuen Innovationscampus in Siemensstadt bedeutet die Vereinbarung zwischen Siemens und IG Metall weiterer Rückenwind. Die Entscheidung zeigt, dass Siemens, Gewerkschaften, Arbeitnehmer und die Berliner Politik gemeinsam viel für den Standort erreichen können." Die Konzernspitze jubelt, man werde künftig „schneller, schlagkräftiger und rentabler" werden. *Frank Bücker*

MELDUNGEN

»Soros Staatsfeind Nummer eins«

Budapest – Máté Kocsis, Fraktionschef der Regierungspartei Fidesz von Ministerpräsident Viktor Orbán, hat dem US-Milliardär George Soros vorgeworfen, ein „Psychopath mit Weltherrschaftsambitionen“ zu sein. Im Radiosender Karc FM erklärte er, das „Soros-Netzwerk“ in Ungarn habe vor, demnächst „Provokationen auf der Straße“ auszulösen Zuvor hatte Orbán den als György Schwartz in Budapest geborenen Soros zum „Staatsfeind Nummer eins“ erklärt. Soros gilt als Strippenzieher diverser politischer Umbrüche der vergangenen Jahre. Nach eigener Aussage war er auch „aktiv an der Revolution beteiligt, die das Sowjetsystem hinwegfegte“. *J.H.*

Kooperation in Nordostasien

Wladiwostok – Auf dem Östlichen Wirtschaftsforum, das unmittelbar vor dem Manöver Wostok-2018 (siehe *PAZ* 39/2018) in Wladiwostok stattfand, hatte Chinas Präsident Xi Jinping eine Ausdehnung der Kooperation Chinas mit dem russischen Fernen Osten und dem weiteren Nordostasien nach einem gemeinsamen Wirtschaftsplan vorgeschlagen. Hierbei solle ein einheitlicher Markt für Waren, Geld und Innovationen entstehen, den China über die Asiatische Infrastruktur-Entwicklungsbank und seinen Seidenstraßenfonds finanzieren wolle. Einen neuralgischen Punkt des beiderseitigen Verhältnisses erwähnte er dabei nur anhand eines positiv besetzten individuellen Sonderbeispiels: die Zuwanderung von Chinesen nach Russland. Russlands Präsident Wladimir Putin, der ein sichtlich gutes persönliches Verhältnis zu Xi hergestellt hat, ließ diplomatisch vernehmen, dass sein eigener Ferner Osten auch für Russland selbst Entwicklungspriorität genieße. *T.W.W.*

Spaltpilz für die Südtiroler Volkspartei

Wien will Südtirolern die österreichische Staatsbürgerschaft anbieten – Italien protestiert

Die Südtiroler eignen sich unter vielem anderen als kleines Exempel der Staatsbürgerkunde, nämlich zur Unterscheidung zweier Begriffe, die meistens durcheinandergeworfen werden: Sie haben italienische Staatsbürgerschaft und sind von Nationalität deutsch. Auf diese formal einfache Regelung will nun die schwarz-blaue Regierung in Wien Einfluss nehmen.

Einfach nämlich ist diese Regelung deshalb nur im formalen Sinne, weil bei Weitem nicht jeder Südtiroler wegen seines italienischen Passes, den er in der Tasche trägt, auch italienisch empfindet. Im Grunde kommt das nur bei seltenen Ausnahmen vor, unbestritten dominant wird die Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis empfunden und im Speziellen gilt vielen Menschen die Teilung Tirols als offene Wunde. Nun hat die österreichische Regierung – seit jeher in der Rolle des Anwalts der Südtiroler in Streitfragen mit Rom – beschlossen, auf Wunsch der deutschen und ladinischen Südtirolern auch die österreichische Staatsbürgerschaft zu geben, wobei sie die italienische behalten könnten. Die Ladiner sind eine kleine Minderheit in der Minderheit vor allem im Grödnertal, die sich ungeachtet ihrer romanischen Herleitung den deutschen Südtirolern näher verbunden fühlt als den Italienern. So drukken die „Dolomiten“, die deutschsprachige Südtiroler Tageszeitung, jede Woche eine ganze Seite für die Ladiner, auf Ladinisch, versteht sich.

In Rom herrscht wegen der Wiener Pläne helles Entsetzen. Der Minister für parlamentarische Beziehungen, Riccardo Fraccaro, spricht von einer „unangebrachten und feindseligen Initiative“, und der Lega-Chef in Südtirol, Massimo Bessone, wittert einen Spaltungsversuch. „Unsere Partei steht allen drei Sprachgruppen offen“, beteuert er. „Daher sind wir gegen einen Pass, der nur deutschen oder ladinischen Südtirolern gewährt wird und der Bürger erster und zweiter Klasse schaffen würde.“

Nun ist es zwar richtig, dass die Lega allen offensteht, aber nicht alle wollen damit zu tun haben. Die Südtiroler nämlich haben mit der italienischen Rechten bis hin zu den Faschisten schlimme Erfahrungen gemacht. Unter Benito Mussolini galten sie als nationaler Auswurf und wurden mit stillschweigender Billigung Adolf Hitlers massiv unterdrückt. Auch in der heutigen Republik gilt die Regel: Gefahr für Südtirols schwer erkämpfte Autonomie droht weitaus mehr von der italienischen Rechten als von der Linken.

Doch nicht nur die römischen Regierungsparteien könnten gerne auf den Vorstoß aus Wien verzichten, auch die über Jahrzehnte unangefochtene Südtiroler Volkspartei (SVP) – aufs Engste verbunden mit der bayerischen CSU – hat damit ihre Sorgen. Denn sie belebt einen inneren Zwist, der seit dem Jahre 1986 andauert. Damals hatte der legendäre Südtiroler Landeshauptmann, also so etwas wie Ministerpräsident, mit dem italienischen Namen Silvius Magnago das sogenannte Paket durchgesetzt, die Autonomie-Bedingungen für Südtirol, die heute noch die Grundlage für das Verhältnis zwischen Bozen und Rom bilden.

Das Paket war das Erreichbare, ein pragmatisches Ergebnis und allemal besser als das Bombenwerfen der „Bumser“ auf der Tiroler Seite sowie Gewalt und Folter von Seiten der italienischen Justiz und Polizei. Doch damals, 1986, hatten sich die Gebirgsschützen von Magnago und dem Paket abgewandt und hinderten ihren eigenen Landeshauptmann auf dem Parteitag in Meran daran, das Paket zu erläutern. Nur mit großer Mühe konnte die Einheit wieder hergestellt werden, und ein Riss blieb zwischen denen, die sich den Verhältnissen fügen und den anderen, welche die Loslösung Südtirols von Italien und die Wiedervereinigung Tirols verlangen. Der Wiener diplomatische Vorstoß träufelt daher Säure in die Tiroler Wunde. Obendrein kommt er zu einem besonderen Zeitpunkt. Denn am 21. Oktober sind Landtagswahlen, und das lenkt den Blick auf die heutigen Mehrheiten. Die SVP hatte vor fünf Jahren erstmals seit 1948 ihre absolute Mehrheit verloren und war eine Koalition mit dem Partito Democratico eingegangen, einer links-katholisch-liberalen Gruppierung, die für alles und jedes steht.



Bild: pa

Nicht alle sind so begeistert von dem Doppelpass: Plakat des Südtiroler Heimatbundes in Wien

Leicht ist allerdings festzustellen, an wen die SVP ihre Stimmen hatte abgeben müssen, nämlich die „Freiheitlichen“ und die „Süd-Tiroler Freiheit“. Diese beiden treten für die Loslösung des Landes von Italien ein. Nicht nur sie betrachten das Angebot eines österreichisch-italienischen Doppelpasses als eine Belebung der Separationsfrage – sie mit hoffnungsvoller Zustimmung, die italienische Seite von rechts bis links mit schroffer Ablehnung. Dazwischen steht die SVP. Denn der Riss „Loslösung oder nicht“, der die bürgerlich-konservativen deutschen Parteien in Südtirol trennt, ist für die Volkspartei gefährlicher als für die anderen beiden. Denn diese können, um ihrer Wähler willen, auf ihrer Forderung beharren. Doch die SVP kann das nicht in dem Maße, da sie dem Paket ein ewiges Leben zusprechen müsste, und das ist nicht möglich.

Jedenfalls zeigt Südtirol zweierlei: Von der friedensstiftenden Rolle der EU spürt man nichts. Brüssel kann das Heimatgefühl und die Zugehörigkeit zu einer Nation nicht ersetzen. Solche Vorstellungen waren von jeher Illusionen, weil in ihnen verschiedene Begriffe sinnlos gleichgesetzt wurden, die zu wenig miteinander zu tun haben.

Das zweite: Zumindest die Befürworter eines doppelten Passes für hier lebende Türken sollten sich aller Kritik an Wien enthalten, das schließlich Tirolern ihre angestammte Staatsangehörigkeit zurückgibt. Wer aber im Falle Südtirol Gefahren wittert, sollte sich im Falle der Türkei nicht ahnungslos zeigen. Hier nämlich, mit einem fremden Kulturkreis, sind die Probleme um ein Vielfaches größer. *Florian Stumfall*

Nun auch St. Gallen

Referendum bestätigt Verhüllungsverbot des Kantonsrates

Im Schweizer Kanton St. Gallen hat die Bevölkerung ein im November vergangenen Jahres vom Kantonsrat mit 57 zu 55 Stimmen beschlossenes Verhüllungsverbot bei einem Volksentscheid mit 66,65 Prozent der Stimmen bestätigt. Das Verbot gilt für alle Fälle, in denen die Verhüllung „die öffentliche Sicherheit oder den religiösen oder gesellschaftlichen Frieden bedroht oder gefährdet“. Gegner hatten das Verbot mit dem Referendum kippen wollen.

Ein sich „Komitee gegen Verbotskultur“ nennendes breites Parteienbündnis von Linken, Liberalen und Grünen hatte im Kamf gegen das Verbot des Kantonsrates argumentiert, dass es im Kanton kaum Burkaträgerinnen gebe. Aufgrund der angeblich vagen Formulierung, so argumentierten sie weiter, könne die Umsetzung des Verbotes völlig willkürlich ausfallen. Außerdem gebe es bereits ein strafrechtliches Verbot eine Frau zum Tragen einer Burka zu zwingen.

Befürwortet wurde das Verbot von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und der Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz, die in St. Gallen mit dem Bistumssprecher und Schriftsteller Guiseppe Gracia einen prominenten Unterstützer hat. Der Sohn eines Sizilianers und einer Spanierin kämpft in seinen Romanen gegen den politisch korrekten Meinungs-Mainstream der vermeintlich Liberalen und wirft den Medien vor, bezüglich des Islam die Leser nicht mehr aufzuklären, sondern sie erziehen zu wollen. Die Befürworter des Burkaverbots argumentierten, dass Gesichtsverhüllungen Unbehagen verursachten und einem freiheitlichen und friedlichen Zusammenleben zuwiderliefen. Die Burka und der Niqab seien Ausdruck der Unterwerfung der Frau unter den Mann, die es zu unterbinden gelte.

Abstimmung auf Bundesebene frühestens 2019

St. Gallen ist nach dem Tessin der zweite Kanton mit einem Verhüllungsverbot. Im Tessin wurde bereits 2013 ein Burkaverbot mit 65 Prozent der Stimmen beschlossen. Seit 2016 ist es im Tessin verboten, das Gesicht im öffentlichen Raum zu verhüllen. Während das St. Galler Gesetz die Relativierung enthält, dass bestraft wird, wer durch die Gesichtsverhüllung „die öffentliche Sicherheit oder den religiösen oder gesellschaftlichen Frieden bedroht oder gefährdet“, heißt es im Tessiner Gesetz: „Niemand darf sein Gesicht im öffentlichen Raum und an Orten verhüllen oder verbergen, die allgemein zugänglich sind, ausgenommen sind religiöse Kultstätten.“ Befürchtungen, dass arabische Touristen den Kanton meiden könnten, haben sich nicht bewahrheitet. Die Fälle von verschleierten Frauen waren in den letzten zwei Jahren an einer Hand abzuzählen, sie betrafen meist keine arabischen Touristinnen, sondern Schweizerinnen. Seit Juli 2016 gab es 37 Verfahren sowie einige Verwarnungen.

Es gibt bereits eine eidgenössische Initiative „Ja zum Verhüllungsverbot“ die auf Bundesebene ein Burkaverbot einführen möchte. Dahinter steckt das „Egerkinger Komitee“ um den Solothurner SVP-Nationalrat Walter Wobmann. Dieses Komitee hat auch die Anti-Minarett-Initiative 2009 erfolgreich durchgeführt. Abgestimmt werden dürfte frühestens 2019.

In Europa gibt es Verhüllungs- oder Verschleierungsverbote auf nationaler Ebene in Österreich, Belgien, Frankreich, Lettland und seit diesem Jahr auch in Dänemark. In den Niederlanden und in Bulgarien gibt es Verhüllungsverbote mit Einschränkungen, Gesichts- und Ganzkörperschleier sind dort in staatlichen Gebäuden verboten. *Bodo Bost*

Hitler oder Lenin

Die Bürger in Yungar in den peruanischen Anden haben die Wahl

Hitler por Yungar“ steht es in großen Lettern an einigen Hauswänden in der kleinen Gemeinde Yungar in den peruanischen Anden. An anderen Hauswänden verspricht Lenin eine bessere Zukunft für Yungar. In dem peruanischen Ort in den Anden kämpfen, wie der lokale Radiosender RPP berichtet. Hitler Alba und Lenin Rodríguez um den Bürgermeisterposten. Die zwei Männer mit historisch belasteten Vornamen treten gegeneinander zur Bürgermeisterwahl am 7. Oktober an.

Alba beteuert, keinerlei Sympathien für Adolf Hitler zu hegen, und bedauert, diesen Namen zu tragen. Sein Vater habe ihm den Namen wohl gegeben, weil er international klinge, jedoch habe er offenbar den historischen Kontext des Namens nicht gekannt, sagte er im Radio. Er selbst habe seinen Namen ändern wollen, sich dabei aber schlecht gefühlt, dem Willen des Vaters zu widersprechen. Alba war bereits von 2011 bis 2014 Bürgermeister des Andendorfes, ohne dass es damals einen Presserummel um den sympathischen und ehrlich wirkenden 40-Jährigen gegeben hätte. Er habe damals eine gute Politik gemacht und bewiesen, dass es auch einen „guten Hitler“ gebe, gab er im Radio in bester Wahlkampfmanier zu verstehen.

Im Gegensatz zu Alba ist Rodríguez in Yungar ein bisher unbekannter Bürger. Er scheint nicht so gut rüberzukommen wie Alba. Wie Wladimir Iljitsch Lenin scheint auch Rodríguez nicht so viel von freien Wahlen zu halten,



Lenín Moreno Bild: Imago

denn er hatte noch im Vorfeld versucht, die Kandidatur Albas wegen angeblicher formaler Mängel für unzulässig zu erklären, ist aber gescheitert.

Rodriguez fühlte sich nicht verpflichtet zu seinem Vornamen Stellung zu beziehen, denn viele Männer im einst katholischen Südamerika tragen den Familiennamen des Vaters der russischen Oktoberrevolution als Vornamen, ohne sich dafür zu schämen.

Der wohl bekannteste ist Ecuadors aktueller Präsident Lenín Voltaire Moreno Garcés. Der heute 65-Jährige wurde 1998 Opfer eines Raubüberfalls. Seitdem sitzt er im Rollstuhl. Von 2007 bis 2013 war Moreno unter seinem zehn Jahre jüngeren Landsmann Rafael Correa Vizepräsident. Nachdem Correa nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten durfte, kandidierte Moreno als Kandidat der Regierungsallianz PAÍS. In der ersten Wahlrunde am 19. Februar 2017 erhielt er 39 Prozent der Stimmen und verpasste damit die absolute Mehrheit. In der Stichwahl am 2. April desselben Jahres gegen Guillermo Lasso von der Partei Creando Oportunidades (CREO) erhielt Moreno 51,14 Prozent der abgegebenen Stimmen. Noch im selben Jahr wurde Moreno Correas Nachfolger als Staatspräsident und setzt seitdem dessen Linkskurs fort. Seit 2013 ist er zudem UN-Sondergesandter für Behinderung und Barrierefreiheit. Seine Vornamen Lenín und Voltaire erhielt Moreno von seinem Vater aus Verehrung für den russischen Revolutionär und den französischen Philosophen. *B.B.*

»Die Politik ist gefordert«

BDI wirft Bundesregierung Selbstbeschäftigung statt Einsatz für die deutsche Wirtschaft vor

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat die Bundesregierung wegen ihrer wiederkehrenden Streitigkeiten kritisiert und ihr Untätigkeit in der Wirtschafts- und Steuerpolitik vorgeworfen.

„Eine Regierung im ständigen Selbstgespräche-Modus, das bedeutet Stillstand", sagte BDI-Präsident Dieter Kempf anlässlich seiner Rede beim „Tag der Deutschen Industrie" (TDI). „Eine große Koalition, die sich vor allem mit hausgemachten Krisen zu beschäftigen scheint, nützt niemandem." Die Regierung solle ihre Kraft fürs Regieren einsetzen und nicht fürs Opponieren innerhalb der Regierung, kritisierte der Chef der Spitzenorganisation der deutschen Industrie und der industrienahen Dienstleister. Eine zögerliche Wirtschaftspolitik sei Gift für die Konjunktur. „Wir brauchen eine Politik, die nicht nur verwaltet, sondern beherzt den Kurs unseres Landes bestimmt", sagte er. Die Große Koalition sei zerstritten und zu sehr mit hausgemachten Krisen beschäftigt.

Kempf erklärte, in Deutschland herrsche die Haltung vor, die Wirtschaft sei stabil und das werde auch so bleiben. Dabei seien Handelskriege wie mit den USA Vorboten einer sich radikal wandelnden Werteordnung. Dies müsse die Politik einsehen. Die deutsche Industrie sei zwar noch in einer robusten Verfassung, die Konjunktur laufe aber nicht mehr so rund wie erwartet. „Die Politik ist gefordert – sie muss mehr Wirtschaft wagen." Viele in der Politik hätten sich an Konjunkturrekorde in Deutschland gewöhnt. Es komme aber nun auf „Wachstumsvorsorge" an.

Ausdrücklich warnte der Industrie-Boss in seiner Rede vor Nationalismus, Fremdenhass und Abschottung. „In unserer Gesellschaft darf Fremdenhass keinen Platz haben", sagte Kempf. Ein „angeblich heimatliebender Nationalismus, der gegen Zuwanderung und Freihandel mobilisiert", sei der falsche Weg und schade Deutschland.

Kempf forderte von der Großen Koalition eine Auseinandersetzung mit Zukunftsthemen und mehr Tatendrang. So sei die Regierung in der Steuerpolitik untätig, was zulasten der Unternehmen gehe. „Das grenzt an unterlassene Hilfeleistung", sagte Kempf und forderte mehr Ehrgeiz beim Abbau des Solidaritätszuschlags: „In der Steuerpolitik muss es Entlastungen für Unternehmen geben. In den USA und anderen Ländern sind die Unternehmenssteuern gesenkt worden, die Bundesregierung aber schaue diesem Treiben tatenlos zu."

Insgesamt unterstellte der BDI-Vorsitzende Deutschland mangelnden Mut bei Reformen. Eine Innovationsoffensive bei Schulen und Straßen sowie für ein schnelles Internet bis in abgelegene Landkreise, sei „dringend nötig". Kempf äußerte sich auch zur Dieselkrise. Der Industrie-Präsident forderte die Automanager auf, diesbezüglich Verantwortung zu übernehmen. Er erneuerte seine Skepsis im Hinblick auf technische Diesel-Nachrüstungen. Der BDI setze auf Software-Updates.

Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte in einer Entgegnung Verständnis für die Anliegen der deutschen Industrie, blieb aber gewohnt vage. Sie könne alle gut verstehen, die sagen, die Regierungsbildung habe schon so lange gedauert und danach habe es wieder einen hohen Anteil an Selbstbeschäftigung gegeben. „Das wünschten wir uns anders. Ich nehme diese Bitte sehr positiv auf und werde alles daransetzen, um hierbei zu Verbesserungen zu kommen." Ziel müsse es sein, den Anteil der industriellen Produktion an der Wertschöpfung auch in Zeiten der Digitalisierung zu erhalten und nicht schrumpfen zu lassen: „Durch die Industrie 4.0 stehen wir hierbei vor riesigen Herausforderungen", erklärte die CDU-Chefin.


Bild: pa

Er las ihr auf dem Tag der Deutschen Industrie die Leviten: Dieter Kempf (r.) und Angela Merkel

Nicht nur aus der Industrie-Spitze mehren sich die kritischen Worte Richtung Politik. Anlässlich eines Treffens mit dem Premierminister von Bosnien-Herzegowina, Fadil Novalic, in Sarajevo meldete sich der Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW) sowie der Europäischen Vereinigung der Verbände kleiner und mittlerer Unternehmen (CEAPME) Mario Ohoven zu Wort: „Der Standort Deutschland muss sich anstrengen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Inzwischen haben Länder wie Bosnien-Herzegowina mit niedrigen Steuern und Arbeitskosten sowie hoher Produktivität als Standorte deutlich an Attraktivität gewonnen. Die Bundesregierung muss deshalb endlich eine Unternehmenssteuerreform angehen, die unsere Betriebe spürbar entlastet. Von den Gewerkschaften erwarte ich, dass sie mit Augenmaß und Zurückhaltung in künftige Lohnrunden gehen." Der Mittelstands-Präsident beklagte „Schaukämpfe, Postengeschacher und die Profilsucht einzelner Politiker". 83 Prozent der Mitglieder seines Verbandes fürchteten um die politische Stabilität Deutschlands, zitierte Ohoven aus einer internen Umfrage.

Unterstützung erhielt Ohoven von Reinhold von Eben-Worlée, dem Präsidenten des Verbandes der Familienunternehmer. So seien 93 Prozent der Familienunternehmer der Meinung, dass Union und SPD für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands bisher die Weichen nicht richtig gestellt hätten: „Die große Koalition ruht sich auf den Lorbeeren der Vergangenheit aus", Deutschland verliere stetig an Wettbewerbsfähigkeit, und so wäre eine Steuerreform dringend geboten, erklärte von Eben-Worlée gegenüber der „Frankfurter Rundschau". „Während sich unsere Nachbarn und internationalen Wettbewerber steuerpolitisch für die Zukunft aufstellen, passiert im Finanzministerium – nichts", beklagte er Deutschlands Situation im internationalen Vergleich. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Chemische Titanenfusion

Peking – In China wurde die Fusion der beiden Konzerne ChemChina und Sinochem zum größten Chemieunternehmen der Welt beschlossen. Nach aktuellen Schätzungen soll dieses einen Wert von 120 Milliarden US-Dollar besitzen. Vorstand des neuen Chemiegiganten wird der bisherige Sinochem-Chef Ning Gaoning alias Frank Ning. Der Rotchinese hatte noch vor dem Fall des Eisernen Vorhangs in den USA Ökonomie studiert und anschließend in seiner Heimat mehrere Firmenkonglomerate im Sinne des Staates aufgebaut, bevor man ihn jetzt mit der Schaffung des neuen globalen Chemie- und Ölgiganten betraute. *T.W.W.*

Baulandpreise explodiert

Wiesbaden – Die Baulandpreise in Deutschland sind im Zehnjahreszeitraum von 2007 bis 2017 um 54 Prozent gestiegen. Das geht aus Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervor. In die Statistik gingen baureifes Land, Rohbauland und sonstiges Bauland ein; Grundstücke wurden ab einer Fläche von 100 Quadratmetern erfasst, soweit sie in den Baugebieten von Gemeinden liegen. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.933.399.617.404 €
Vorwoche: 1.947.117.771.090 €

Verschuldung pro Kopf:
23.353 €
Vorwoche: 23.544 €

(Dienstag, 2. Oktober 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Gemeinsam gegen die USA

China, Japan und Russland intensivieren ihre Zusammenarbeit

China und Japan haben eine enge Zusammenarbeit in der Finanzpolitik vereinbart, die insbesondere auf ein gemeinsames Vorgehen gegenüber den USA abzielt. Auf dem sino-japanischen Finanzministertreffen in Peking waren diesmal nicht nur die Minister und ihre Stäbe, sondern erstmals bei einer solchen Zusammenkunft auch die Führungsgremien sowohl der Notenbanken als auch der Finanzaufsichtsbehörden beider Länder vertreten.

In der Tat ging es bei diesem Gipfel um mehr als bei vergleichbaren früheren Veranstaltungen. So vereinbarten beide Länder ein ganzes Konvolut an Verträgen, um ihre Geld- und Finanzpolitik aufeinander abzustimmen und so ihre Wirtschaft gegen den verstärkten Druck aus den USA zu stabilisieren.

Den offiziellen Verlautbarungen nach wollen Chinesen und Japaner vor allem den Freihandel schützen und künftig gemeinsam ihre Interessen im Rahmen der G20 wie der chinesisch-japanisch-südkoreanischen Gipfel mit den ASEAN-Staaten („10+3") verteidigen. Wechselseitig vereinbarte man eine Öffnung der Finanzmärkte sowie eine kooperative Sicherung der Pensionsfonds beider Staaten, die jeweils vor erheblichen Herausforderungen stehen. Zudem soll es eine umfangreiche Heranziehung der Währung des jeweiligen Nachbarn bei den Devisenreserven der Notenbanken geben.

Die chinesische Führung unter Präsident Xi Jinping hatte in der letzten Zeit auf eine Entspannung mit dem bisherigen Erzfeind gesetzt, was spätestens seit der äußerst moderaten Gestaltung der Gedächtnisfeierlichkeiten anlässlich des 80. Jahrestages der Nanking-Massaker im Vorjahr offensichtlich wurde, bei der eine Aussöhnung und Partnerschaft zwischen den beiden ostasiatischen Staaten beschworen wurde. Anschließend erhielt Japan besondere Vergünstigungen für Investitionen in die chinesische Wirtschaft einschließlich eines erleichterten Zugangs zum chinesischen Finanzsystem. Einen nochmaligen Auftrieb nahmen die Beziehungen, als der chinesische Premierminister Li Keqiang im Mai dieses Jahres Tokio besuchte.

Sino-japanisches Finanzministertreffen in Peking

China und Japan halten je etwa ein Drittel der staatlichen US-Auslandsschulden, die im Zuge der wirtschaftlichen Konsolidierungspolitik unter Donald Trump ins Fadenkreuz monetärer Abschmelzbemühungen geraten, aber andererseits gemeinsam eingesetzt einen erheblichen Einflussfaktor bei bi- wie trilateralen Verhandlungen darstellen.

Zeitgleich intensiviert China seine militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, mit dem jetzt auch Japan endlich einen Friedensvertrag abschließen und so zu einer verstärkten Kooperation gelangen will. Ein japanischer Regierungsberater regte sogar an, in näherer Zukunft ein chinesisch-russisch-japanisches Militärbündnis abzuschließen. Das mag für westliche Beobachter ungeheuerlich klingen, ist aber alles andere als eine reine Verhandlungsstrategie Tokios gegenüber den USA. Schon während des Fernöstlichen Wirtschaftsforums in Wladiwostok hatte Japan sein Interesse bekundet, im kommenden Jahr am angedachten russischen Großmanöver Wostok 2019 teilzunehmen, und der Leiter des japanischen Generalstabs hat sich bereits für diesen Monat zu einem Besuch in Moskau angekündigt. *Thomas W. Wyrwoll*

Vor allem Spanien betroffen

Europas Banken droht Ansteckung an türkischer Wirtschaftskrise

Die Wirtschaftskrise in der Türkei und der Kursverfall der Landeswährung entwickeln sich auch für einige Banken in der Eurozone zu einem Risiko. Nach Berechnungen der niederländischen Bank ABN Amro summiert sich das Türkei-Engagement europäischer Banken auf insgesamt 143 Milliarden Euro. Ein erhöhtes Risiko bestehe allerdings nur für eine Handvoll Banken und einige EU-Länder.

Laut der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) haben spanische Großbanken in der Türkei Kredite über rund 83 Milliarden US-Dollar vergeben, französische Banken liegen bei 38 Milliarden Dollar und italienische Geldhäuser bei 17 Milliarden Dollar. Viele türkische Unternehmen haben sich in den letzten Jahren in Dollar oder Euro verschuldet. Wurden bei den Krediten keine Absicherungen gegen ein Wechselkursrisiko getroffen, dann kann eine anhaltende Schwäche der türkischen Lira zu vermehrten Zahlungsausfällen führen.

Wie die „Financial Times" berichtet, ist das Türkei-Engagement europäischer Banken mittlerweile auch für die EU-Bankenaufsicht ein Thema. Zwar wird die Situation derzeit nicht als kritisch eingeschätzt, doch stehen einige Banken offenbar unter Beobachtung. Genannt wurden in diesem Zusammenhang die spanische Großbank BBVA, die französische BNP Paribas und die italienische Unicredit.

Besonders stark hat die spanische Banco Bilbao Vizcaya Argentaria (BBVA) in der Türkei investiert. Die zweitgrößte Bank in Spanien hält knapp 50 Prozent an der Garanti Bank, dem drittgrößten türkischen Geldhaus. Die Beteiligung am Bosporus steuert bislang rund ein Fünftel zum Gewinn der BBVA bei. Der Bank droht bei einer Zuspitzung der Türkei-Krise nicht nur ein Wegfall des Gewinns. Kreditausfälle in der Türkei könnten auch Abschreibungen notwendig machen und eine zusätzliche Unterlegung mit Eigenkapital erfordern.


Bild: Jérémy Barande

Fabrizio Saccomanni

Gleiches gilt für die italienische UniCredit. Die Mailänder Bank hält 40,9 Prozent an Yapi Kredi, der viertgrößten Privatbank der Türkei. Fabrizio Saccomanni, Verwaltungsratspräsident der UniCredit, beschwichtigt hinsichtlich der Beteiligung an der Istanbuler Bank. Yapi Kredi sei „rentabel" und habe nur eine „beschränkte Auswirkung" auf UniCredit, so der Italiener.

Für das türkische Bankensystem könnte die Lage noch schwieriger werden. Bereits im August hatte die Ratingagentur Moody's wegen der bestehenden finanziellen Risiken die Kreditwürdigkeit von 18 türkischen Banken und zwei weiteren Finanzinstituten herabgestuft.

Zudem haben Moody's und die Agentur S&P inzwischen auch die Kreditwürdigkeit des Staates Türkei herabgestuft. S&P setzte das Rating von BB- auf B+ zurück. Türkische Staatsanleihen gelten damit aus Sicht der Ratingagentur als eine sehr spekulative Anlage. *Norman Hanert*

Hohenschönhausen erhalten!

Von Vera Lengsfeld

Die Gedenkstätte im ehemaligen Stasigefängnis Berlin-Hohenschönhausen geriet in den vergangenen Tagen in die Schlagzeilen. Dem stellvertretenden Direktor Hellmuth Frauendorfer wurden von anonym gebliebenen ehemaligen Mitarbeiterinnen sexistische Handlungen vorgeworfen. Er wurde daraufhin vom Leiter der Gedenkstätte, Hubertus Knabe, beurlaubt. Über seinen Anwalt legte Frauendorfer schließlich ein Teilgeständnis ab.

Der Stiftungsrat kam bei einer Krisensitzung zu dem Schluss, dass die Vorwürfe zu ernst seien, um ohne Konsequenzen zu bleiben. Er beschloss einstimmig, dem Gedenkstättenleiter Knabe fristgerecht zu kündigen und ihn bis dahin zu beurlauben. Man traue ihm die notwendigen Veränderungen in der Gedenkstätte nicht zu. Es muss eine unvoreingenommene Untersuchung der Vorwürfe geben. Danach wird eingeschätzt werden können, ob die Kündigung Knabes gerechtfertigt ist oder nicht.

Unabhängig davon muss Kultursenator Klaus Lederer (Linkspartei) dem Eindruck entgegenwirken, die mutmaßlichen Verfehlungen Frauendorfers würden dazu benutzt, die Konzeption der Gedenkstätte zu verändern. Die Gedenkstätte in der ehemaligen Zentralen Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit ist ein Projekt politischer Gefangener.

Nach dem Mauerfall hatte die Stasi die politischen Gefangenen sehr schnell entlassen. Sie holte aus den überfüllten Strafanstalten der DDR Kriminelle in die leer gewordenen Zellen und hoffte, als Betreiber einer normalen Strafanstalt sich in die Deutsche Einheit retten zu können.

Unter der Leitung von Hubertus Knabe zum wichtigen Erinnerungsort profiliert

Der Plan misslang. Am 4. Oktober 1990 wurde das Gefängnis geschlossen. Es gab Pläne des Senats, das Gelände in ein Gewerbegebiet umzuwandeln. Das wurde verhindert, indem ehemalige politische Gefangene anfingen, Führungen auf dem Gelände durchzuführen. Die waren bald so erfolgreich, dass aus dem Projekt eine „Gedenkstätte in Gründung“ wurde. Seitdem ist es eine richtige Gedenkstätte. Unter Knabes Leitung profilierte sie sich zum wichtigsten Erinnerungsort an die zweite deutsche Diktatur. Dank Knabe gelang es, alle politisch motivierten Angriffe auf die Gedenkstätte erfolgreich abzuwehren. In den Auseinandersetzungen mit den ehemaligen Stasi-Betreibern, die immer wieder versuchen, die Haftbedingungen zu verharmlosen, konnte mancher Sieg erfochten werden. Einer der wichtigsten war, dass das ehemalige Sperrgebiet, das die Anlage von ihrer Umgebung abschirmte, wieder markiert wurde. Auch die Besucherzahlen stiegen kontinuierlich. Zuletzt lagen sie bei über 400 000 im Jahr.

Dieser Erfolg hatte seine Schattenseiten. Er ging zum Teil zulasten der Besucherreferenten, deren Arbeitsbedingungen sich rapide verschlechterten, ohne dass ausreichend Gegenmaßnahmen ergriffen wurden. Außerdem gab es erhebliche Schäden an der historischen Substanz.

Es ist unbedingt notwendig, diese Mängel zu beseitigen, um die Gedenkstätte Hohenschönhausen in ihrer Substanz und Funktion zu erhalten. Senator Lederer ist hier gefordert, dass diese wichtige Gedenkstätte als das erhalten wird, was sie ist: Eine Mahnung, dass die SED-Diktatur aufgearbeitet werden muss.



Nichts zu beschönigen: Die Haftbedingungen im Stasi-Gefängnis waren menschenverachtend

Bild: Stiftung HSH

Frei gedacht



Rassismus im Alltag: Neue Weltordnung

Von Eva Herman

In unheimlicher Geschwindigkeit wird derzeit das Denken der Menschen in Deutschland verändert, eine heftige Gehirnwäsche überzieht das Land. An dieser Stelle berichtete ich kürzlich darüber, dass das Leben auf dem Lande, das Handwerk wie auch Brauchtum und Volkstraditionen, dem Untergang geweiht sind. Die Gesinnungspolizei hat dies beschlossen, und so wird es auch durchgezogen. Denn all dies ist, um es kurz auf den Punkt zu bringen, Nazi! Wer einen Bauernhof betreibt, wer Wert auf ein gesundes Leben in der Natur legt, wer sich auf die Krise vorbereitet, indem er Vorräte anlegt, fällt in die Kategorie der völkisch-rassistischen Prepper. Doch als sei dies der Verwirrung nicht genug, werden weitere Stufen gezündet. Im Einzelnen:

Man tritt jetzt an die Kinder und Jugendlichen heran, die das „rassistische Verhalten“ ihrer Eltern erkennen und damit umgehen lernen sollen. So informiert das Internet-Portal Wikihow – laut Wikipedia eine 2005 gegründete „Website für Tutorials und Howtos nach dem Wiki-Prinzip“, deren erklärtes Ziel es ist, die „hilfreichsten Anleitungen der Welt zu erstellen, damit jede Person lernen kann, wie man alles macht“ – darüber, wie ein junger Mensch seine Eltern aufgrund verschiedener Bemerkungen als rechtsextremistisch zu entlarven lernen sollte. Einen weiteren Höhepunkt in der neuen Weltordnung brachte kürzlich auch das Portal der „Welt“, wo man allen Ernstes fragt, ob Blond jetzt die Haarfarbe der Neuen Rechten sei. Wie ja schließlich auch die „Apotheken-Umschau“ schon 2016 fragte, was Kita-Mitarbeiter tun könnten, wenn die Eltern ihrer Kita-Kinder rechts seien. Dabei wird, wie auch in allen anderen Berichten, immer öfter darauf hingewiesen, dass der angebliche Rassismus im Alltag schleichend, unauffällig daherkäme, ja, dass die betroffenen Rassisten selbst meist aus der bürgerlichen Mitte stammten und von ihrem eigenen Rassismus häufig gar nichts wüssten. Die „Apotheken-Umschau“ zitiert eine Frankfurter Soziologin. Denn es beginne nicht immer im Extremen: „Rechts-Sein hat viele Formen. Die Abgrenzung, was extrem ist und was nicht, ist schwierig. Tatsache ist, dass diese Gesinnung in der Mitte der Gesellschaft ihren Ursprung hat.“

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Es ist wirklich ziemlich perfide, was jetzt geschieht. Denn praktisch jede Bemerkung kann schon geeignet sein, unter Verdacht zu geraten. Wie hinterhältig die neuen Strategien sind, mit denen man jetzt Familien intern gegeneinander aufhetzt, zeigt die genannte Internet-Plattform Wikihow, die Kindern und Jugendlichen „helfen“ will, einen möglichen Rassismus bei den Eltern zu unterbinden beziehungsweise ihre Konsequenzen daraus zu ziehen, was durchaus mit einer Menge Ärger verbunden sein könnte, wie es dort heißt. Interessant ist auch in diesem Zusammenhang, was man hier schon als rassistische Äußerung zu entlarven meint. So heißt es bei Wikihow: „Vielleicht sind deine Eltern der Meinung, dass es völlig in Ordnung ist, Dinge zu sagen wie: ‚Asiaten sind sehr klug und fleißig.‘ Du wirst lernen müssen, wie du dich gegenüber deinen Eltern in Bezug auf ihre rassistischen Tendenzen effektiv äußern kannst und wie du ihnen vermitteln kannst, warum dich ihre Aussagen stören.“ Dass zu den Vorschlägen für die jungen Leute durchaus diskriminierende Verurteilungen der eigenen Eltern gehören, scheint niemanden weiter zu stören. Wer älter ist, scheint damit automatisch verbohrt, unflexibel und nicht mehr anpassungsfähig zu sein. So heißt es bei Wikihow: „Behalte immer im Hinterkopf, dass es äußerst selten ist, dass Menschen ihre Weltanschauung noch einmal überdenken – das gilt besonders für ältere, erwachsene Menschen, die in ihrem Denken festgefahren sind. Wenn du deine Eltern auf ihre rassistischen Tendenzen ansprichst, wird sich höchstwahrscheinlich nichts ändern ... Stelle sicher, dass du deinen Eltern unmissverständlich klarmachst, dass du mit ihrer Einstellung nicht einverstanden bist. Obwohl natürlich immer die Gefahr besteht, dass diese Konversation in einem Drama endet, wirst du leider nicht drum herum kommen.“

Nächstes Thema: Achtung, Blondinen, die ihr bis jetzt nur „blöd“ wart (siehe die seit Jahrzehnten kursierenden rassistischen, diskriminierenden Blondinenwitze), nun seid ihr alleine der Haarfarbe wegen auch noch Nazi. Kaum zu glauben, aber wahr, jedenfalls wenn es nach dem Springerblatt „Die Welt“ geht. Während also die internationalen Antidiskriminierungsgesetze klar aussagen, dass niemand wegen seiner Rasse und seines Aussehens diffamiert werden darf, scheint dies für blonde Menschen nicht mehr zu gelten. „Welt“-Autor Peter Praschl, der bei Alice Schwarzers „Emma“ an anderen Tagen über Sex und Nacktfotos schöner Frauen schwallt, während er sich bei der „Süddeutschen Zeitung“ für das Thema Essen und Trinken zuständig hält, ergeht sich hier in einem durchaus justitiablen wie gleichermaßen widerlichen Machwerk zum Thema blonde Haare. Nicht nur Frauen führt dieser Herr Praschl auf, sondern zum Beispiel auch US-Präsident Donald Trump gerät unter Verdacht: „Vielleicht ist all dieses Blond tatsächlich die Signalfarbe einer geistig-ästhetischen Wende. Man bekommt den Eindruck, als ginge es darum, eine Welt wieder in den Besitz der Macht zu bringen, die sich selbst als bedrängt empfindet und in den letzten Jahren zunehmend zur Seite geschubst worden war – jene Welt voller Weißer, die in Country-Klubs, Steakhäusern und auf Golfplätzen zusammenkommen, nicht unbedingt ausgesprochene Rassisten, aber doch sehr darauf bedacht, unter sich zu bleiben.“ Und unter der Zwischen-Überschrift „White Power Barbie“ heißt es dann: „Ist es alles Zufall, oder hat das etwas zu bedeuten? Tatsächlich gibt es Indizien dafür, dass Blond zu einer politischen Haarfarbe geworden ist. Wenn die Identitären vor den Folgen der Kulturvermischung warnen, tun sie das gern auch mit Fotos von Blondinen (‚zu schön für einen Schleier‘), und als sich die AfD ein Plakat mit dem Slogan ‚Neue Deutsche? Machen wir selber‘ ausdachte, zeigte es selbstverständlich eine Schwangere mit blondem Haar.“ Aus den USA werden „blonde Rechtsaußen-Kriegerinnen“ aufgeführt, die dann auch noch ihr Lebensglück im Ehefrau-, Mutter- und Konservativ-Sein gefunden haben. Igittegitt, das geht ja gar nicht. Und dann all die auffällig vielen blonden „Rechtspopulistinnen“, welche „die ihnen zu liberal, multikulturell, tolerant gewordene Welt aufmischen wollen“. Anke Van dermeersch wird genannt, „die mal ‚Miss Belgique‘ war und sich dann dafür entschied, Politikerin für den rechtsradikalen Vlaams Belang zu werden“, Siv Jensen, die norwegische Finanzministerin, die „aufputschende Reden gegen den Islam hält“, Marine Le Pen, die „durch ihre Blondierung von ihrer Burschikosität ablenken zu wollen scheint, und ihre Nichte Marion Maréchal-Le Pen, die das Blond-Sein viel besser beherrscht“. Und „da ist Alice Weidel. Oder die FPÖ-nahe österreichische Außenministerin Karin Kneissl, die jüngst zu ihrer Hochzeit Wladimir Putin eingeladen hat – er brachte als Geschenk den Donkosakenchor mit, der ‚Siebzehn Jahr, blondes Haar‘ zum Besten gab“. Tja, so ist das jetzt bei uns. Der Gesinnungsterror geht offenbar in die nächste, und damit bald wohl auch letzte Runde. Denn viel bleibt zum Schluss nicht mehr übrig von uns. Lasst uns all diesen Irrsinn wenigstens hier dokumentieren, damit wir später einmal sehen können, was alles wir verloren haben.

> **Die Autorin**: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Die Messe ist gelesen

Ob Internet oder Politische Korrektheit – Buchverlage kämpfen gegen Feinde von außen und von innen

Die Frankfurter Buchmesse wird wieder Rekorde an Ausstellern und Besuchern vermelden. Die Erfolgszahlen täuschen darüber hinweg, dass der Buchbranche die Leser verloren gehen.

„Wer zählt die Völker, nennt die Namen?“ Die bekannte Frage in Schillers Ballade „Die Kraniche des Ibykus“ lässt sich in Bezug auf die vom 10. bis 14. Oktober in Frankfurt am Main stattfindende Buchmesse zumindest teilweise beantworten: 7500 Aussteller aus 150 Ländern und 800 Buchagenten aus 33 Ländern werden fest erwartet, dazu eine nur zu schätzende Zahl von Autoren, Buchhändlern und interessierten Besuchern. Als Beiprogramm sollen publikumsrelevante Themen auch an Orten außerhalb des Messegeländes literarisch angeboten werden – eine nicht schlechte Idee, allerdings unter dem bescheuerten, den Sprachpanscher-Preis des „Vereins Deutsche Sprache“ verdienenden Namen „Bookfest.“

Die Veranstalter der Buchmesse werden jedoch nicht umhinkommen, sich mit dem wichtigsten Problem rund um das Buch zu beschäftigen, nämlich: Wie kann aus weniger lesen mehr lesen werden? Die Situation des Buches (und damit der Verlage, der Buchhändler und nicht zu vergessen: auch der Autoren) hat die „Neue Zürcher Zeitung“ kürzlich unter der Überschrift „Den Büchern kommen die Leser abhanden. Verlage und Buchhändler stehen vor schwierigen Zeiten. Sie müssen mit immer weniger Buchkäufern rechnen“ mit deprimierenden Zahlenangaben dargestellt. Eine tödliche Konkurrenz ist insoweit das Internet, in dem vor allem Jugendliche täglich mehrere Stunden verbringen. Die Frage ist berechtigt: „Wann soll da noch gelesen werden?“

Ein Patentrezept zur Verbesserung der Situation hat niemand. Der Zeigefinger zeigt auf Deutschlehrer an Schulen, auf Eltern (hier auch auf wenig ihren Kindern vorlesende Väter: „Väter, ran an die Bücher“, forderte die „Taz“), aber auch auf Marktkonzentration im Verlagswesen und auf unbefriedigendes Marketing nicht weniger Verlagshäuser. Die aktuelle Unruhe in Führungsetagen von Verlagen, wie die Freistellung von Barbara Laugwitz an der Spitze des Rowohlt-Verlages, wirken sich auf die Leser vermutlich kaum aus, wohl aber auf die Autoren.

Der Autor und sein Verlag – das ist ein Kapitel für sich. Wer ist in diesem Verhältnis David, wer ist Goliath? Wer ist Herr, wer ist Knecht? Tatsache ist: Es gibt unendlich viele Autoren und Möchtegern-Autoren und im Verhältnis dazu relativ wenige Verlage.

Immerhin hat die Situation für die Amateurautoren sich insofern gebessert, als sie auf dem Wege des „Selbstverlages“ („Books on Demand“) den Bittgang zu einem der traditionellen Verlage umgehen können. Erfolgsautoren brauchen diesen Umweg dagegen nicht zu gehen. Die Krimi-Autorin Charlotte Link, die schon mit 19 Jahren ihr erstes Buch veröffentlichte und dafür ihr Jurastudium abbrach, hat inzwischen mehr als 20 Millionen Bücher verkauft (genauer: ihre Verlage) – eine Verkaufszahl, von der die meisten Autoren nicht einmal träumen können.

Noch zum Thema „träumen“: Von Sigmund Freuds im November 1899 unter dem Erscheinungsjahr 1900 veröffentlichten Buch „Die Traumdeutung“ wurden von der ersten Auflage nur wenig mehr als 100 Exemplare verkauft; später wurde das Buch ein Welterfolg, mit Jahresauflagen von mehr als 100 000, in alle Kultursprachen übersetzt: „Ein Durchbruch in der Geistesgeschichte des Abendlandes und ein Markstein in der westlichen Kulturgeschichte“ (Michael Ermann).

Ein gegenwärtiger Albtraum ist der Herrschaftsanspruch der Political Correctness über die Sprache und damit über Verlage, Autoren und Leser. Bekannteste Beispiele dafür sind die Kontroversen um die Kinderbücher von Astrid Lindgren („Pippi Langstrumpf“) und Otfried Preußler („Die kleine Hexe“), aus denen die Worte „Neger“ und „Negerlein“ als „rassistisch“ gebrandmarkt wurden. Noch nicht gereinigt wurde bisher Heinrich Heines „Atta Troll. Ein Sommernachtstraum“ (1847); zu dem dort genannten „Mohrenfürsten“ Atta Troll und dessen Gattin Mumma findet sich die nach heutigen Maßstäben sowohl rassistische als auch sexistische Schilderung: „Einige Hiebe mit der Peitsche, / Und die schwarze Mumma heult dann, / Daß die Berge wiederhallen.“ Auch Hubert Fichtes Roman „Der Platz der Gehenkten“ bedarf unter diesem Aspekt wegen rassistischer Wortwahl wohl der Säuberung – und viele andere Werke der Weltliteratur.

Aus den USA, dem Ursprungsland der Political Correctness, kommt neuerdings eine daraus geborene neue Tätigkeit, nämlich die der „sensitivity reader“: Die so bezeichneten Personen (ins Deutsche übersetzt: „empfindliche, feinfühlige Leser“) prüfen im Auftrag von Autoren oder von Verlagen gegen Entgelt Manuskripte darauf, ob darin Äußerungen als rassistisch, sexistisch oder homophob verstanden werden könnten. Befürworter dieses an die Stelle des üblichen Lektorats tretenden Jobs begrüßen die Berücksichtigung der Befindlichkeiten von Minderheiten; Kritiker sehen im „sensitive reading“ eine Verkörperung der Hypersensibilität unserer Gegenwart.

Zu letzter Sicht passt die Schilderung eines Vorfalls in der Kanzlei eines Rechtsanwaltes in einem Roman der US-Schriftstellerin Paula Fox (Titel in deutscher Übersetzung: „Was am Ende bleibt“): „Einer seiner Mandanten warf der Rezeptionistin Rassismus vor, nur weil sie ihn gebeten hatte, einen Aschenbecher zu benutzen, statt seine Zigarette auf dem Teppich auszutreten.“

Kein Roman, sondern ein reales Trauerspiel ist es, wenn ein großer Publikumsverlag, der sich nach seinem Selbstverständnis vermutlich für „weltoffen“ hält, einen Autor wegen dessen privater politischer Meinung diszipliniert. Zur Erinnerung: Uwe Tellkamp war spätestens nach dem Erscheinen seines viel beachteten Romans „Turm“ ein geschätzter und anerkannter Autor, bis er sich in einer Weise äußerte, die dem politischen Mainstream widersprach, woraufhin der Suhrkamp Verlag sich öffentlich von Tellkamps politischer Meinung in einer – man kann es nicht anders sagen – peinlichen Weise distanzierte. So sollte ein Verlag mit einem seiner Autoren nicht umgehen. Anerkennung verdient dagegen Monika Maron, die sich mit dem ins Abseits gestellten Uwe Tellkamp solidarisiert hat. *Ingo von Münch*

Der Autor ist mit Georg Siebeck Verfasser des Buches „Der Autor und sein Verlag“ (Mohr Siebeck, Tübingen 2013).



Bücher warten auf einen Leser: Verlagsstand auf der Buchmesse Bild: pa



MELDUNGEN

Messegespräch über Königsberg

Frankfurt am Main – Auf der Frankfurter Buchmesse veranstaltet das Kulturforum östliches Europa am 14. Oktober um 10.30 Uhr das Podiumsgespräch „Kant in Kaliningrad: Gemeinsames Erbe in Zeiten russisch-europäischer Konfrontation“ (Halle 4.1, Stand B 81). Die Soziologin Anna Karpenko und die Autorin Ulla Lachauer („Von Bienen und Menschen“, siehe *PAZ* vom 14. September) sprechen über die heutige europäisch-russische Konfrontation für die Menschen und das kulturelle Leben in Königsberg. An seinem Stand in Halle 4.1, Stand B 88, stellt das Kulturforum vom 10. bis 14. Oktober Neuerscheinungen wie Peter Oliver Loews „Literarischen Reiseführer Danzig“, die aktualisierte Auflage von Arne Frankes Kulturroutenbegleiter „Das schlesische Elysium“ sowie Literatur zum Ehrengast Georgien vor. *tws*

Frischzellenkur für junge Dame

Berlin – Das Porträt einer jungen Dame steht im Zentrum der Ausstellung „Die Wiedergeburt der Henriette von Carlowitz – Ein Gemälde von Anton Graff wird restauriert“, die vom 11. Oktober bis 6. Januar 2019 in der Alten Nationalgalerie auf der Berliner Museumsinsel präsentiert wird. Das 1772 entstandene Porträt strahlt Anmut, jugendliche Frische und aristokratische Noblesse aus. Nach einer zweijährigen Restaurierung präsentiert man das Gemälde des bedeutenden Porträtmalers Graff nicht nur erstmals der Öffentlichkeit in neuem Glanz, sondern zeigt auch die ausgiebig erforschte Geschichte hinter dem Objekt. Zum Europäischen Tag der Restaurierung am 14. Oktober 2018 finden außerdem zwei Sonderführungen in der Ausstellung statt. *tws*

300 Jahre Einsamkeit

In Rastatt feiert die Eremitage Jubiläum – Dem Kleinod im Park von Schloss Favorite ist eine ungewöhnliche Ausstellung gewidmet

Die Markgräfin Sibylla Augusta von Baden-Baden hat uns bei Rastatt das glanzvolle Lustschloss Favorite hinterlassen. Die Innenräume des Barockbauwerks sind so erhalten, wie sie die Bauherrin mit Bodenbelägen aus buntem Stuckmarmor, erlesenen textilen Wandverkleidungen und farbenfrohen Deckengemälden ausstatten ließ.

Das Gegenteil dieser Exklusivität bietet die versteckt im Schlosspark gelegene Eremitage mit ihrer spartanischen Einrichtung dar. Hier sitzt seit langer Zeit die Heilige Familie zu Tisch. Gegenüber dem Jesusknaben ist ein Schemel frei. Auf ihm soll Sibylla Augusta Platz genommen haben, um bei Maria und Joseph eine karge Mahlzeit zu verzehren. Das achteckige Häuschen ließ sie vor 300 Jahren als Rückzugsort erbauen. Hier übte sie sich im Kreis von Heiligenfiguren aus Wachs in frommen Betrachtungen.

Eine Sonderausstellung im Schloss Favorite feiert das Jubiläum der Eremitage. Zuerst erfahren wir, was es mit den im höfischen Sprachgebrauch „Eremitagen“ genannten Einsiedeleien auf sich hat. Ihr Vorbild sind entlegene Höhlen oder aus einfachsten Materialien wie Baumrinde und Stroh gebaute Behausungen, in die sich fromme Menschen zurückzogen, um in Askese und Einsamkeit die Zwiesprache mit Gott zu suchen. Die Eremitagen des Adels hingegen sind schlicht aussehende Kleinarchitekturen im bewaldeten Bereich des Schlossparks. Wer sich hierhin zurückzog, hatte nicht unbedingt fromme Absichten. Die Besonderheit der einzigartig gut erhaltenen Eremitage Sibylla Augustas aber ist ihre religiöse Nutzung. Sie beherbergt eine Kapelle, in der die streng gläubige Katholikin Messfeiern abhalten ließ.

Jung und attraktiv präsentiert sich uns Sibylla Augusta auf einem kurz nach ihrer Hochzeit gemalten Porträt. Die im böhmischen Schlackenwerth [Ostrov] aufgewachsene reiche Erbin aus dem Hause Sachsen-Lauenburg heiratete 1690 mit 15 Jahren Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden-Baden. Ihr 20 Jahre älterer Gatte, „Türkenlouis“ genannt, tat sich in Diensten Kaiser Leopolds I. als siegreicher Feldherr in den Großen Türkenkriegen hervor. Von den neun Kindern des Paares erreichten drei das Erwachsenenalter. Nach dem Tod des Markgrafen 1707 führte Sibylla Augusta 20 Jahre lang für den minderjährigen Erbprinzen Georg Ludwig die Regierungsgeschäfte.

Mehrere Exponate verraten den außerordentlichen katholischen Glaubenseifer der von Mönchen des Ordens der Piaristen erzogenen Markgräfin. Überdies machen sie neugierig auf die Besichtigung der von Sibylla Augusta in Rastatt hinterlassenen Heiligen Stätten. Deren Vorbilder sind zum Beispiel die Geburtsgrotte Christi und die Kapelle von Einsiedeln.



Bild: Staatl. Schlösser und Gärten BW, Arnim Weischer

Rückzugsort Sibylla Augustas: Die Eremitage von Rastatt

Das Jesulein aus Wachs stammt aus der Kirche des Residenzschlosses von Rastatt, die Sibylla Augusta „extra schön“ ausstatten ließ. Votivanhänger mit den Bildnissen der Markgräfin und des Erbprinzen (1711/12) sind eine Leihgabe der Benediktinerabtei von Einsiedeln in der Schweiz. Sibylla Augusta hatte sie als Weihegabe an die Abtei geschickt, um für ein „Wunder“ zu danken. Der in seinen ersten acht Lebensjahren stumme Erbprinz begann nämlich zu sprechen, nachdem die Mutter mit ihm eine Wallfahrt nach Einsiedeln absolviert hatte.

Ein Kupferstich zeigt die von der Regentin 1720 befohlene Prozession, zu der nicht nur die katholischen Bürger zu erscheinen hatten, sondern unter Androhung markgräflicher Ungnade auch die Andersgläubigen. Ihr Anlass war die Überführung von Reliquien in die über der „Heiligen Stiege“ eingerichtete „Kapelle der Leiden Christi“. Die Vorbilder dieser im „Sibyllenbau“ des Residenzschlosses errichteten Andachtsstätten hatte die Markgräfin 1719 auf ihrer Pilgerreise nach Rom besucht.

Die ausgestellte Geißel und das Kreuz aus dornenbewehrten Kettengliedern stachelten in der Vergangenheit Schriftsteller wie Mark Twain und Carl Spindler sowie manch anderen Besucher der Eremitage zu wüsten Spekulationen und wilden Schauergeschichten an. Die sagten Sibylla Augusta eine unmoralische Lebensführung nach, für die sie unter Einsatz der Bußinstrumente schmerzhafte Abbitte geleistet habe, und erklärten die Eremitage zum „Tummelplatz ihrer blutgierigen Andacht“. Aber kann man ihr die Bußinstrumente überhaupt zuschreiben? Sibylla Augusta starb 1733. Doch erst 100 Jahre später wurden Geißel und Dornenkreuz erstmals in einem Inventar der Eremitage genannt.

Die mit einem Aufsatz in Form der Silhouette der Schwarzen Madonna von Einsiedeln bekrönte Eremitage ist aus konservatorischen Gründen nur an einigen Wochenenden geöffnet. Dank gelber Scheiben herrschen in ihr mystifizierende Lichtverhältnisse. Sieben Räume, in denen man etwa auf einen an die Endlichkeit des Lebens gemahnenden Totenkopf aus Wachs trifft, umschließen die zentrale Kapelle.

Der vorn offene Hauptaltar versinnbildlicht das mit einer hölzernen Christusfigur (15. Jh.) ausgestattete Heilige Grab. Über dem Altar trauert die halblebensgroße Figur der Muttergottes am leeren Kreuz. Sie besteht wie auch die anderen im Auftrag der Markgräfin hergestellten, aber knapp unterlebensgroßen Figuren aus einem bekleideten Holzgestell, dem sichtbare Körperteile aus Wachs angesetzt sind. In drei Nischen stellen Wachsfiguren Szenen aus dem Leben Maria Magdalenas nach. Sie gipfeln in ihrer Begegnung mit dem Auferstandenen. *Veit-Mario Thiede*

Sonderschau bis 21. Oktober im Schloss Favorite, Rastatt-Förch, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 8 Euro. Die Eremitage kann nur an einigen Wochenenden besichtigt werden: sonnabends von 10 bis 13 Uhr und sonntags von 14 bis 18 Uhr. Termine unter Telefon (07222) 41207, Internet: www.schloss-favorite-rastatt.de. Informationen über die Andachtsstätten der Markgräfin in Rastatt: www.historische-route-rastatt.de

Eine Philippika wider die »Faschismuskeule«

Was Martin Walsers Dankesrede für den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels vor 20 Jahren bewirkte

Vor 20 Jahren hielt der Schriftsteller Martin Walser eine Rede in der Frankfurter Paulskirche, die ihm im Nachhinein als „geistige Brandstiftung“ ausgelegt wurde. Damals entwickelten Presse und „Zivilgesellschaft“ erstmals in größerem Umfang jene absurden Empörungsreflexe, die heute zum Tagesgeschäft gehören, wenn Prominente als nicht „politisch korrekt“ geltende Meinungen äußern.

Der mit heute 25 000 Euro dotierte Friedenspreis des Deutschen Buchhandels wird seit 1951 alljährlich anlässlich der Frankfurter Buchmesse vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels an eine Persönlichkeit verliehen, „die in hervorragendem Maße ... durch ihre Tätigkeit auf den Gebieten der Literatur, Wissenschaft und Kunst zur Verwirklichung des Friedensgedankens beigetragen hat“. Preisträger waren unter anderem Albert Schweitzer, Hermann Hesse und Václav Havel. 1998 vergab die Jury die Auszeichnung an Martin Walser, um damit explizit den deutschen Schriftsteller zu ehren, „dessen literarisches Werk die deutschen Wirklichkeiten der zweiten Jahrhunderthälfte beschreibend, kommentierend und eingreifend begleitet hat“. Das stieß zunächst auf allgemeine Zustimmung. So kommentierte der Deutschlandfunk: „Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels an Martin Walser ist nicht nur rechtens, es war für die Entscheidung höchste Zeit.“

Die Verleihungszeremonie fand am 11. Oktober 1998 in der Frankfurter Paulskirche vor 1200 geladenen Gästen statt. Diese bekamen zunächst die Laudatio des „FAZ“-Mitherausgebers Frank Schirrmacher zu hören, der unter anderem sagte, Walser habe „die Nation rehabilitieren, die Inflationierung des Faschismus-Vorwurfs außer Verkehr setzen“ und „das Geschichtsgefühl wecken“ wollen. Und genau das versuchte der Preisträger dann auch in seiner eigenen Rede.

Darin verwendete sich Walser zunächst ganz ausdrücklich für eine Begnadigung des früheren Stasi-Spitzenspions Rainer Rupp alias „Topas“, der 1994 wegen schweren Landesverrates zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden war. Danach kam der Laureat auf den Umgang mit den Themen Auschwitz und Holocaust zu sprechen: „Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz ...; wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, dass sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt.“ Und „wenn ich merke, dass sich in mir etwas dagegen wehrt, versuche ich, die Vorhaltung unserer Schande auf die Motive hin abzuhören, und bin fast froh, wenn ich glaube entdekken zu können, dass öfter nicht das Gedenken, das Nichtvergessendürfen das Motiv ist, sondern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwekken“. Dem folgte die ausdrückliche Mahnung: „Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung. Was durch Ritualisierung zustande kommt, ist von der Qualität des Lippengebets.“ Anschließend wandte sich Walser dann noch gegen die „Meinungssoldaten“, die ihn „mit vorgehaltener Moralpistole ... in den Meinungsdienst nötigen“ wollen.



Auch der seinerzeitige Bundespräsident gab sich damals die Ehre: Roman Herzog (l.) und das Ehepaar Walser anlässlich der Verleihung des Friedenspreises Bild: pa

Letzteres war eine deutliche Spitze in Richtung des Literaturkritikers Marcel Reich-Ranicki. Der nämlich hatte sich kurz zuvor im ZDF darüber ereifert, dass der Autor in seinem gerade erschienenen Buch „Ein springender Brunnen“, das von der NS-Zeit handelt, Auschwitz unerwähnt ließ.

Die Ausführungen Walsers wurden vom Publikum mit stehenden Ovationen quittiert – nur drei Personen behielten Platz und spendeten keinen Applaus: der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, dessen Ehefrau Ida sowie der Theologe und ehemalige DDR-Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer, selbst Preisträger des Jahres 1993. Über die Gründe für den Affront sprach Bubis dann am 9. November 1998 anlässlich des 60. Jahrestages der sogenannten Reichskristallnacht: Walser habe versucht, „Geschichte zu verdrängen, beziehungsweise die Geschichte auszulöschen“. Später reichte der Zentralratsvorsitzende zudem noch den Vorwurf nach, die Rede sei „geistige Brandstiftung“ gewesen.

Und plötzlich reagierten große Teile von Presse und Öffentlichkeit hierauf mit derselben reflexhaften Empörung wie heute auf Äußerungen von Kritikern der „politisch korrekten“ bundesdeutschen Vergangenheitsbewältigung: Infolge der Bubis-Angriffe wurde aus dem bislang hofierten Schriftsteller Walser unversehens ein „Revisionist“ und „Antisemit“. Der wiederum konterte einige Zeit darauf mit heftiger Kritik an der „unglaublich unzureichenden Berichterstattung in den Medien“. Dabei lautete sein Hauptvorwurf, dass man ihn mit aller Gewalt habe missverstehen wollen. Seine Aussagen in puncto Moralkeule seien doch ganz augenscheinlich weder gegen die Juden im Allgemeinen noch gegen Bubis im Speziellen gerichtet gewesen.

Dem fügte Walser im Februar 2017 in einem formellen Nachtrag zu seiner Rede selbstkritisch hinzu: „Wenn ich in der Paulskirche von der Instrumentalisierung des Holocaust sprach, hätte ich die Namen, die ich meinte, nennen müssen. Günter Grass und Walter Jens unter anderen, die gesagt und geschrieben haben, die Teilung Deutschlands sei eine Strafe für unsere Verbrechen in Auschwitz.“ Ähnlich äußerte sich der Friedenspreisträger auch bei anderer Gelegenheit – so zum Beispiel 2015 in einem Interview mit dem „Spiegel“, wobei er hinzufügte, er würde die Rede heute „so nicht mehr halten“. Außerdem brachte Walser in „Christ & Welt“ noch den früheren Bundesaußenminister Joschka Fischer ins Spiel, der die völkerrechtswidrigen NATO-Luftangriffe gegen Jugoslawien seinerzeit mit dem Argument rechtfertigte, nur so könne man ein zweites Auschwitz verhindern: „Das nenne ich eine Instrumentalisierung.“ Und im Mai 2018 schrieb Walser schließlich in der „Welt am Sonntag“: „Inzwischen kann ich nur noch bedauern, was ich da angerichtet habe, durch das Nicht-Nennen der Instrumentalisierer.“

Damit ist hinlänglich klar, welche Intentionen der Schriftsteller mit seiner Rede tatsächlich verfolgt hatte. Das hinderte den Publizisten Alan Posener aber nicht daran, erneut die vielzitierte „Moralkeule“ zu schwingen und eine Verbindung zum aktuellen Reizthema „Flüchtlinge“ zu konstruieren: „Man kann sich darum streiten, worum es Walser bei dieser stark assoziativen Rede wirklich ging: Um das Recht, vom Holocaust verschont zu werden, oder um das Recht, sich nicht zu brennenden Asylantenheimen zu äußern. Vermutlich um beides ...“ Die Unterstellungen gehen also weiter. *Wolfgang Kaufmann*

Das »Nazi-Archiv« der Stasi in der Villa Heike

Das archivierte Material diente der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen zur Erpressung und für Verleumdungskampagnen

Wer das frühere Stasi-Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen besichtigt, sollte auch einen Blick auf die sehr nahe gelegene „Villa Heike“ werfen. In ihr war das „Nazi-Archiv“ der Stasi untergebracht. Es wurde für viele Kampagnen gegen Politiker und Beamte in Westdeutschland genutzt. Außerdem diente es der Überprüfung von DDR-Funktionären sowie der Erpressung und Anwerbung von Informanten.

Die 1910 erbaute Villa steht in der Freienwalder Straße 17 und war ursprünglich das Wohn- und Geschäftshaus des Fleischmaschinenfabrikanten Richard Heike. Sie ist nur rund 100 Meter vom Eingang des früheren Stasi-Gefängnisses in der Genslerstraße 66 entfernt und schon von dort aus zu sehen. Das repräsentative Gebäude wurde 1945 von den Russen beschlagnahmt. Der Unternehmer Heike und seine Haushälterin wurden erschossen. Sein Sohn wurde in ein Arbeitslager in der Sowjetunion deportiert, wo er ums Leben kam.

Nach 1989 stand die imposante Villa mit 1800 Quadratmetern Grundfläche leer und war vom Verfall bedroht. Zunächst hatte sie der Lebensmittelkonzern Lidl samt zugehörigen Grundstücken gekauft. Links neben der Villa hat Lidl eine Filiale errichtet. Mit der Villa wusste Lidl aber anscheinend nichts anzufangen und hat sie wieder verkauft. Derzeit wird sie von den neuen Eigentümern saniert und mit Büro- und Atelierräumen ausgestattet. Die Fassade ist denkmalgeschützt. Nach der „Wende“ wurde die Heike-Villa vorübergehend auch als Wohnheim für Bürgerkriegflüchtlinge aus Bosnien benutzt. Trotz der laufenden Umbaumaßnahmen konnte die Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen vor Kurzem eine Führung durch die Villa anbieten.

Vor dem Haus informiert eine Gedenktafel über die Geschichte des Gebäudes. Zunächst war dort nach Ende des Zweiten Weltkrieges eine Verhörzentrale der sowjetischen Geheimpolizei. Auf dem angrenzenden Werksgelände, Freienwalder Straße 17–19, unterhielten die Russen bis 1948 ein Haftarbeitslager. Dort und in der Villa „kam es zu Misshandlungen der Gefangenen“, heißt es auf der Tafel. Im benachbarten Backsteingebäude in der Freienwalder Straße 16 hatte sich bis 1951 die Sowjetische Kommandantur, später der Sitz des Stasi-Wachkommandos für das Sperrgebiet befunden. In der „Heike-Villa“ hatte zunächst Anfang der 1950er Jahre das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) seine „Hauptverwaltung Personenschutz“ für die Partei- und Staatsführung der DDR untergebracht.

Im Buch von Peter Erler und Hubertus Knabe „Der verbotene Stadtteil“ (Jaron Verlag) über den Stasi-Sperrbezirk heißt es: „Es war eine terra incognita: Bis ins Jahr 1990 waren Teile der Bahnhof- und der Genslerstraße sowie der Freienwalder und der Lichtenauer Straße im Ost-Berliner Stadtbezirk Hohenschönhausen in keinem Stadtplan der DDR verzeichnet. An Stelle der tatsächlichen Straßenverläufe war in den Karten nur eine leere Fläche zu sehen. Vor Ort traf der ahnungslose Passant auf geschlossene Blechtore, Wachtürme und bewaffnete Sicherheitskräfte.“



Bild: Leh

Wird derzeit umgebaut: Villa Heike, Freienwalder Straße 17

Im Jahr 1990 wurden die Bestände des NS-Archivs der Stasi vom Bundesarchiv und verschiedenen Landesarchiven übernommen. Wie Sabine Dumschat 2005 auf dem Deutschen Archivtag berichtete, umfasste es 1989 etwa 7000 bis 10 000 Regalmeter. Die Sammlung bestehe vor allem aus personenbezogenen Unterlagen, aber auch aus Sachakten. Die Unterlagen seien „zum Teil nur fragmentarisch überliefert, größtenteils aus ihrem provenienzmäßigen Zusammenhang gerissen“ und zu neuen Dossiers zusammengefügt worden. Sie stammten „in erster Linie aus einer Vielzahl von Stellen des Behörden- und Parteiapparats des Dritten Reichs“, dabei auch aus von diesem angegliederten und besetzten Gebieten. Die Unterlagen beträfen hinsichtlich der NS-Zeit auch Österreich, die Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Italien, Norwegen, Dänemark, Polen, Tschechien, die Slowakei, die Ukraine, Weißrussland, Russland, Lettland, Litauen und Estland. Gemeinhin gelte 1953 als das Geburtsjahr des „Nazi-Archivs“. „Der Bezug zum Aufstand vom 17. Juni ist dabei nicht zufällig“, erklärte Sabine Dumschat, „wollte man in dem Ereignis doch das Ergebnis einer ‚faschistischen‘ Provokation sehen. Dem ‚Kampf‘ gegen alte und jung gebliebene Nazis sollten nun verstärkt auch Akten dienen.“

Das MfS habe sich in der propagandistischen „Entlarvung“ von NS- und Kriegsverbrechern in verantwortlichen Stellungen im öffentlichen Leben der Bundesrepublik Deutschland engagiert, um diese als angeblich „aggressiven, imperialistischen Staat in der Tradition des NS-Regimes zu demaskieren, der eine aktive Renazifizierung betreibe“.

Politisch brisant seien besonders die „Braunbücher“ und die „Enthüllungskampagnen“ gegen Kurt Georg Kiesinger, Hans Globke, Heinrich Lübke und Theodor Oberländer gewesen. Weitere Kampagnen seien gegen Mitarbeiter des Bundesinnenministeriums, der Polizei, der Bundeswehr sowie gegen die sogenannten „Blutrichter“ gelaufen. Außerdem gegen Wissenschaftler, vor allem Osteuropahistoriker, die man in der Tradition der „Ostforschung“ sah.

In seinem sehr lesenswerten Buch „Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien“ weist Hubertus Knabe noch auf mehrere weitere Kampagnen hin, bei denen man sich des NS-Archivs bediente. So etwa bei der Kampagne gegen den früheren Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier, die er ausführlich schildert. „Der SED war Gerstenmaier vor allem deshalb ein Dorn im Auge“, erläutert Knabe, „weil er zu den erklärten Gegnern der Anerkennung der DDR gehörte“. Schon 1963 besaß das Ministerium für Staatssicherheit NS-Material über mehr als 100 000 Menschen. Wie Knabe schreibt, wurden in einer 1964 gegründeten und von MfS-„Offizieren im besonderen Einsatz“ kontrollierten „Dokumentationsstelle“ binnen kurzer Zeit 8500 westdeutsche Staatsbeamte registriert und 50 000 Karteikarten angelegt.

Zuletzt habe eine Personenkartei über eine Million Karten umfasst. Sie waren Grundlage für die sogenannte Aktion „Nazi-Kamerilla“. Knabe: „In Zusammenarbeit mit dem KGB betrieb das MfS darin die ‚Entlarvung‘ von Hunderten echter oder vermeintlicher ehemaliger Nationalsozialisten in der Bundesrepublik, wobei das Material, je nach Maßgabe, durch Dokumente aus eigener Fertigung ‚vervollständigt‘ wurde, wie zwei ehemalige Mitarbeiter der Desinformationsabteilung nach der Wende enthüllten.“ Die „operative“ Verwendung von NS-Unterlagen durch die Stasi habe bis zum Untergang der DDR gedauert. Vor allem linke westdeutsche Medien, auch viele Journalisten öffentlich-rechtlicher Sender, ließen sich gerne mit Material aus den Händen der Stasi „füttern“. *Michael Leh*

Vielen Meinungsmachern zu deutschfreundlich

Vor 60 Jahren starb Papst Pius XII., der vormalige Nuntius für Bayern und das Deutsche Reich

„Pacelli ist eine vornehme, sympathische Erscheinung, von hoher Intelligenz und vollendeten Umgangsformen, das Bild eines katholischen Kirchenfürsten.“

Wohlwollend charakterisiert Wilhelm II. in seinen im niederländischen Exil verfassten Memoiren den päpstlichen Nuntius in München, Eugenio Pacelli. Grund des Zusammentreffens des Kaisers mit dem späteren Papst Pius XII. am 29. Juni 1917 in Bad Kreuznach waren die Friedensbemühungen des damaligen Papstes Benedikt XV. Wilhelm II. berichtet allerdings, dass vor allem er es gewesen sei, der über den Nuntius den Papst aufgefordert habe, aktiver zu handeln, den Klerus der jeweiligen Länder zu beeinflussen und den internationalen Friedensbemühungen der Sozialisten etwas gegenüberzustellen. Nach Wilhelm II. sei Pacelli schließlich begeistert von den Ausführungen des Kaisers gewesen, mit „leuchtenden Augen“ habe er dessen Hand ergriffen. Nach einer anderen Überlieferung stimmt dies so gar nicht mit der Wahrnehmung des Nuntius überein. Als „abgehoben und nicht ganz normal“ habe dieser den Kaiser empfunden, der viele Themen zusammenhanglos berührt habe.

Bei der Episode handelt es sich einerseits um einen weltpolitischen Fußnotenvorgang. Andererseits sind hier die wesentlichen Elemente enthalten, die bis heute für Eugenio Pacelli – Kirchendiplomat, Vatikanpolitiker und schließlich Papst – stehen: eine distinguierte Erscheinung, hoch gebildet und bezüglich seiner Verlautbarungen und Handlungen immer wieder konträr interpretiert und beurteilt. Zudem spielt die Geschichte in Deutschland – bereits hier fängt es an: Vieles im politischen Handeln und Nicht-Handeln Pacellis wird mit der ihm unterstellten Vorliebe für dieses Land erklärt.

Geboren wurde Pacelli am 2. März 1876 in Rom. Als Kirchenjuristen und -politiker hatten bereits seine Vorfahren gewirkt. Sein Großvater Marcantonio Pacelli hatte die Tageszeitung des Vatikanstaats, „L'Osservatore Romano“, ins Leben gerufen. Es geht die Fama vom Kind, das nie etwas anderes als Priester habe werden wollen. Das Studium – unter anderem an der Gregoriana und der Päpstlichen Lateranuniversität – schloss er doppelt promoviert ab, als Doktor der Theologie und des Kirchenrechts. Schon zuvor, 1899, war die Priesterweihe erfolgt. Den späteren Kardinalstaatsekretär Pietro Gasparri unterstütze er maßgeblich bei der Ausarbeitung des 1917 öffentlich bekannt gemachten und im Folgejahr in Kraft getretenen Codex Iuris Canonici, der ersten Zusammenführung des lateinischen Kirchenrechts.

Das Jahr 1917 markiert in Pacellis sich rasch fortsetzender Karriere einen ersten Höhepunkt. Knapp 13 Jahre sollte er von nun an als Nuntius in Deutschland wirken. Unter Ernennung zum Titularbischof vertrat er den Vatikan zunächst in Bayern und damit im zweitgrößten Bundesstaat des Deutschen Reiches. Da der größte Bundesstaat, Preußen, über keine Nuntiatur verfügte, war Pacelli bereits zu diesem Zeitpunkt de facto der Vertreter des Vatikan im Reich. Seine strikt antikommunistische Einstellung und die ihm mancherorts unterstellten Ressentiments gegenüber Juden sollen sich durch das Erleben der Münchner Räterepublik in den Wirren nach dem Ende des Ersten Weltkrieges verfestigt haben. Offizieller Vertreter für ganz Deutschland wurde Pacelli 1920. Als sichtbares Zeichen seiner engen Verbundenheit mit Deutschland gilt, dass es in seinem persönlichen Umfeld nach seiner Rückkehr in den Vatikan sehr viele Deutsche gegeben hat. Bekannt ist die Ordensschwester Pascalina Lehnert, deren Einfluss derart weit gereicht haben soll, dass man sie später als „papessa“ bezeichnete.

Papst Pius XI. ernannte Pacelli 1930 zum Kardinalstaatssekretär. Nun in Rom wirkend, sind viele politische Schritte des Vatikan in dieser Zeit eng mit dem Namen Pacelli verbunden. Zu nennen wäre das bis heute gültige Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Vom Vatikan schon länger erstrebt, kam dieser Staatskirchenvertrag erst mit der Regierung Hitler zustande. Umstritten ist, ob ein Preis für die



Gilt als der letzte Papst typisch römischer Tradition: Papst Pius XII.

Bild: Joachim Specht

deutsche Unterschrift die Zustimmung der katholischen Zentrumspartei zum Ermächtigungsgesetz knapp vier Monate zuvor gewesen ist, das der nationalsozialistisch geführten Regierung nahezu unbeschränkte Freiräume zur Errichtung einer Diktatur ermöglichte.

Die Lage der katholischen Christen in Deutschland und die Verstöße gegen die Vereinbarungen des Reichskonkordats prangerte die in deutscher Sprache verfasste – was eine Besonderheit darstellt – päpstliche Enzyklika „Mit brennender Sorge“ scharf an. Wenn der Entwurf auch von dem Münchener Kardinal Michael von Faulhaber stammt, so geht der Text doch maßgeblich auf Pacelli zurück.

Am 2. März 1939 wurde Pacelli zum Papst gewählt. In das Pontifikat Pius' XII. fiel der Zweite Weltkrieg. Einige unterstellen ihm, dass er sich auf den Bolschewismus als Antichrist kapriziert und diesen gegenüber dem Nationalsozialismus als das größere Übel betrachtet habe. Zudem sei er eben latent antijüdisch gewesen. Im Nachhinein wurde verlangt, er hätte laut und vernehmlich seine Stimme vor allem zugunsten der verfolgten Juden erheben sollen. Sätze wie die der Weihnachtbotschaft von 1942, in welcher der Papst ausdrücklich beklagte, dass „Hundertausende“ allein „wegen ihrer Nationalität oder Rasse“ zu Tode kämen, genügten den Kritikern nicht. Ebenso wenig überzeugte sie das Argument, dass der Papst, für den ja ohnehin zunächst das Wohlergehen der Katholiken und deren unbeschränkte Religionsausübung im Fokus standen, sich aus der seinerzeitigen Perspektive von Diplomatie und Hilfeleistungen im Stillen wesentlich mehr versprochen hat. Der bekannteste und am nachhaltigsten wirkende Kritiker in Deutschland ist der Schriftsteller Rolf Hochhuth. 1963 wurde dessen anklagendes Drama „Der Stellvertreter“ erstmals aufgeführt. Da war der „Stellvertreter Jesu Christi“ (Vicarius Iesu Christi), um den es in dem Stück geht, allerdings bereits schon ein halbes Jahrzehnt tot und konnte sich nicht mehr wehren.



Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 wurde von Winston Churchill der Vorschlag geäußert, den Papst als Verbündeten ins Lager der Alliierten einzubinden. Josef Stalin bügelte dies ab mit der Bemerkung, dass Kriege mit Soldaten geführt würden, und der Frage, wie viele Divisionen denn der Papst habe. 1953 soll sich Pius XII. nach Stalins Tod mit den Worten revanchiert haben, nun werde dieser ja sehen, wie viele Divisionen der Papst habe.

Weniger entspannt zeigte sich Pius XII. bezüglich dogmatisch-theologischer Fragen. Unter Berufung auf seine Unfehlbarkeit legte er 1950 fest, dass Maria leiblich in den Himmel aufgenommen worden sei.

Am 9. Oktober 1958 ist Pius XII., der wohl immer ein wenig rätselhaft bleiben wird, gestorben. Johannes XXIII. folgte ihm nach. Angefangen vom äußeren Erscheinungsbild über den Bruch mit jahrhundertealten Traditionen bis hin zur Einberufung des Zweiten Vatikanischen Konzils hätte der Kontrast zu seinem Vorgänger kaum größer sein können. Laut dem französischen Philosophen Jean Guitton hatte Pius XII. angesichts der Zeitumstände bereits eine klare Vorahnung davon, dass er der letzte Papst typisch römischer Tradition sein werde.

Erik Lommatzsch

Schwarz-rot-goldene Streithähne

Die Burschenschaften streiten seit zwei Jahrhunderten für demokratische Rechte

Sie streiten und sind umstritten: An Streitkultur hat es den Burschenschaften nie gemangelt. Untereinander nicht und mit dem gesellschaftlichen Umfeld ebenfalls nicht. Die Flügelkämpfe blieben nicht ohne Folgen. Der Korporation der Deutschen Burschenschaft gehören gegenwärtig 67 Vereinigungen an, zehn Jahre zuvor waren es noch 123. Am 18. Oktober jährt sich die Gründung der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft zum 200. Mal.

Das Gründungsziel war ehrgeizig. Die Allgemeine Deutsche Burschenschaft sollte 1818 alle bestehenden Burschenschaften zusammenfassen. Alle gingen zurück auf die 1815 in Jena gegründete Urburschenschaft. Deren Wahlspruch „Freiheit, Ehre, Vaterland“ wurde ebenso übernommen wie die drei Farben Schwarz, Rot und Gold des Lützower Freikorps, getragen als Dreifarbband.

Nach der Gründung der Urburschenschaft in Jena waren in fast allen Universitätsstädten Burschenschaften gegründet worden, bereits 1816 in Breslau, Erlangen, Tübingen, Marburg und Gießen, ein Jahr später in Heidelberg, Königsberg, Rostock und Kiel, 1818 schließlich in Greifswald, Berlin, Freiburg, Leipzig, Würzburg, Prag und Wien.

Da erschien ein Zusammenschluss erforderlich. 14 Universitäten taten sich zusammen, um den Ideen des Wartburgfestes von 1817 zu folgen. Die politische Zerrissenheit des Vaterlandes zu überwinden war das Ziel.

Doch bereits bei der Gründung zeigte sich, was sich in der Geschichte der Burschenschaften in zahlreichen Windungen permanent wiederholen sollte: In der Eigenwilligkeit einer gärigen Jungend ist nicht alles unter einen Hut zu bringen.

Die nationalrevolutionären, demokratischen Freiheitsbestrebungen stießen allerdings auf entschiedenen Widerstand im Deutschen Bund. An vielen Höfen fürchtete man eine Revolution. Vertreter der wichtigsten Staaten trafen sich heimlich in Karlsbad, um zu beraten, wie man der studentischen Unruhe begegnen könne. Das Ergebnis waren die Karlsbader Beschlüsse. Mit ihnen setzte die sogenannte Demagogenverfolgung ein. Die Burschenschaften wurden verboten, die Universitäten unter staatliche Aufsicht gestellt. Von Wien aus gab der österreichische Staatskanzler und Außenminister Clemens Wenzel von Metternich den Takt an, Spitzel infiltrierten die Burschenschaften. Die Preußische Zensur-Verordnung vom 18. Oktober 1819 beseitigte die Zensurfreiheit der Professoren. Es setzte eine Verfolgungswelle ein, um „Behörden, Konsistorien, Schulen und Universitäten von gefährlichen Irrtümern, Verführern und Verführten“ zu reinigen. Damit begründet wurden Verfahren gegen Friedrich Schleiermacher und Ernst Moritz Arndt. Friedrich Ludwig Jahn wurde zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt. Allein die Zugehörigkeit zu einer Burschenschaft genügte für einen Verweis von der Universität.

Auf dem ersten Burschentag vor 200 Jahren in Jena wurde die Gründung einer Allgemeinen Deutschen Burschenschaft beschlossen

Ab 1824 galten alle Studentenverbindungen als geheime politische Verbindungen. Dabei geriet auch der Schriftsteller E. T. A. Hoffmann ins Visier der Behörden. In einer zweiten Welle der Verfolgung wurde auch der Schriftsteller Ernst Reuter zu Festungshaft verurteilt. Seine Erfahrungen schrieb er nieder in dem Buch „Ut mine Festungstid“. Mit ihm waren 200 Studenten wegen Hochverrats verurteilt worden, 39 von ihnen zum Tode. Diese Urteile wurden später zu 30 Jahren Festungshaft geändert. Erst Friedrich Wilhelm IV. hob einen großen Teil dieser Urteile bei seinem Amtsantritt in Preußen auf.

Da gab es allerdings große Teile der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft nicht mehr. Sie hatten sich aufgelöst, in einigen Teilen aber auch radikalisiert. Als die deutsche Revolution von 1848/49 die bürgerlichen Rechte stärkte, endete auch die Demagogenverfolgung. Die Burschenschaft musste sich neu gründen, die Zeit blieb für die studentischen Verbindungen unruhig.

Eine massive Stärkung erlebte die Burschenschaft erst mit der Gründung des kleindeutschen Reiches 1871. Da war das Ziel, das sich die studentischen Revolutionäre gesetzt hatten, die Bildung eines deutschen Nationalstaates, zumindest teilweise erreicht. Die Burschenschafter waren nicht länger Aufrührer, sondern Träger des auch von ihnen gewollten Staates.

Ruhe kehrte unter den Burschenschaften damit allerdings keineswegs ein. Mit dem sogenannten Progress entstand eine Reformbewegung, die in ihrer radikalsten Variante eine völlige Auflösung der Verbindungen zugunsten allgemeiner Studentenvertretungen verlangte. Sie konnte sich allerdings nicht durchsetzen. Es blieb bei den Streitereien und Eifersüchteleien, die erbittert ausgefochten wurden. Der Zwiespalt saß tief. Es wurde gestritten, ob das Duell mit der Waffe geeignet sei, eine angeblich verletzte Ehre wiederherzustellen, ob der Waffengang wichtiger sei als politische Arbeit, ob ein Burschenschafter keusch zu leben habe, ob es sinnvoll sei, in Turner-, Sänger- und Schützenvereine einzutreten und damit am politischen Leben teilzunehmen. Reformer und Liberale standen gegen Erzkonservative. Mehrere Dachverbände wurden gegründet und nach kurzer Zeit wieder aufgelöst. Eine Einigung war nicht in Sicht.

Erst mit der Gründung des Allgemeinen Deputierten-Convents im Juli 1881 in Eisenach wurde der Grundstein für einen haltbaren Verband Deutscher Burschenschaften gelegt. Die Burschenschaften Arminia, Germania und Teutonia hatten gemeinsam eingeladen und waren erfolgreich: 35 Burschenschaften schlossen sich zusammen. Aber schon zwei Jahre später entstand mit dem Allgemeinen Deutschen Burschenbund eine liberale Gegengründung, Auseinandersetzung war und blieb Programm. Unter dem nüchternen Namen „Allgemeiner Deputierten-Covent“ konnten auch Gruppen mit sehr unterschiedlichen Auffassungen zusammenfinden.

Schon allein, weil man sich auf ein Minimalprogramm beschränkte, das ein „Zusammengehen in allen allgemeinen studentischen und burschenschaftlichen Angelegenheiten“ anstrebte, ansonsten aber „alle anderen Prinzipien als Privatsache jeder einzelnen Burschenschaft“ deklarierte. Immerhin war dieser Dachverband erstmals von längerer Lebensdauer. Er blieb unter seinem Gründungsnamen bis 1902 erhalten. Dann benannte sich der studentische Zusammenschluss in „Deutsche Burschenschaft“ um.

Klaus J. Groth

Moment der Woche


Bild: Imago

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) schlägt Alarm. Die permanenten Dauereinsätze bei polizeilichen Großlagen bringe die Beamten an die Grenze der Belastbarkeit. Ob Einsätze wie im Hambacher Forst (Foto), bei Großdemos oder Staatsbesuchen wie dem von Türkei-Machthaber Erdogan – die Zahl der Einsätze, bei denen Unterstützung aus anderen Bundesländern angefordert werden müsse, habe sich in zehn Jahren auf 200 verdoppelt. Zudem müssten beispielsweise allein in Berlin jährlich mehr als 5000 Demonstrationen und Veranstaltungen von der Polizei gesichert werden. Die Polizisten kämen daher „kaum noch aus ihren Stiefeln“, so GdP-Chef Oliver Malchow. *H.H.*

Polizisten können bald nicht mehr

Wenn Beamten der Kragen platzt

Die Wut von Staatsbediensteten über Regelverstöße der Politik wächst

In der Medienberichterstattung über die Ereignisse von Chemnitz verkam nicht nur der eigentliche Anlass, nämlich die Tötung eines deutschen Staatsbürgers durch mehrere ausländische Tatverdächtige schnell zu einer Randnotiz. Noch stärker in den Hintergrund trat die Meldung über das Öffentlichmachen des erlassenen Haftbefehls gegen die ursprünglich nur zwei Tatverdächtigen durch den sächsischen Justizbeamten Daniel Zabel.

Existenz riskiert, um die Wahrheit ans Licht zu bringen

In einer auf der Internetseite seines Rechtsanwaltes veröffentlichten Erklärung hatte Zabel sein Handeln ausführlich begründet. Obwohl er um die Verletzung seiner Dienstpflicht und auch um den drohenden Verlust seines Arbeitsplatzes wusste, hatte sich der Beamte zur Veröffentlichung entschieden, um eine manipulierte Darstellung des Tatgeschehens durch die Medien zu verhindern. Dieses eindrucksvolle Beispiel zeigt, dass immer mehr Bedienstete innerhalb der öffentlichen Verwaltung eine in ihren Augen verantwortungslose und zum Teil rechtswidrige Regierungspolitik nicht länger mittragen wollen.

Nur wenige sind allerdings bereit, derart weit zu gehen und gleich ihre gesamte Existenz zu riskieren. Doch der Unmut wird wahrnehmbarer. So bezog denn selbst Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen, der schon von Berufs wegen nicht im Verdacht steht, sich mit rechten Oppositionellen gemein zu machen, wenige Tage nach den Demonstrationen in Chemnitz Stellung gegen das durch Mainstreammedien und politisches Establishment kolportierte Märchen von angeblichen Hetzjagden auf Ausländer in der westsächsischen Metropole.

Der Unmut innerhalb des Apparates drückt sich in sehr unterschiedlichen Formen aus. Die Option, die noch die meisten Staatsdiener wählen, ist die sogenannte Remonstration. Nach deutschem Recht sind Beamte dazu angehalten, nicht gegen geltende Gesetze zu handeln. Erhalten sie von ihrem Dienstherrn eine gegenteilige Anweisung, haben sie die Pflicht, ihre Vorgesetzten auf diesen Normverstoß hinzuweisen. Im Zuge der noch anhaltenden Masseneinwanderung haben insbesondere Beamte des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, aber auch zahlreiche Bundespolizisten gegen illegale Weisungen remonstriert.

In der Regel halten die Behördenleitungen diesen auf dem Dienstweg eingebrachten Protest jedoch unter der Decke. Zahlen hierzu werden gar nicht erst erfasst. Aus diesem Grund geben einzelne Beamte daher immer wieder Behördengeheimnisse an Medien oder die Betreiber von Internetplattformen weiter, um die Öffentlichkeit über die Missstände zu informieren.

So wäre beispielsweise die wahre Dimension der durch arabische Immigranten begangenen sexuellen Übergriffe in der Kölner Silvesternacht 2015 nie bekannt geworden, wenn Polizeibeamte die entsprechenden Informationen nicht an die Medien durchgestochen hätten. Ein ebenso bedeutsamer Fall ist die Weitergabe fast sämtlicher polizeilicher Ermittlungsakten in der NSU-Affäre an einen in Kambodscha lebenden Netzaktivsten, der diese dann im Internet veröffentlichte. Selbst die zahlreichen NSU-Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern mussten teilweise auf dieses Datenmaterial zurückgreifen, da die Behörden gegen die Preisgabe von Informationen mauerten.

Das ganze Ausmaß des Unmuts innerhalb der Verwaltung lässt sich nur schwer einschätzen. Das politische Establishment scheint jedoch bereits in helle Panik verfallen zu sein. Dies zeigt sich vor allem in den neuerlichen Forderungen, die AfD durch den Geheimdienst beobachten zu lassen, denn neben der medialen Brandmarkung mit dem Kainsmal der Verfassungswidrigkeit soll mit so einem Schritt vor allem erreicht werden, die im Staatsdienst stehenden Mitglieder aus den Reihen der Partei zu verjagen und diese damit von deren fachlicher Expertise abzuschneiden.

Ausmaß des Unmuts lässt sich nur schwer ermessen

Dirk Pelster

Santorin, die zerfurchte Schönheit

Müll, Bauruinen und Luftverschmutzung entstellen das Antlitz der malerischen Ägäis-Insel

Die schwere Staats- und Finanzkrise der letzten Jahre hat Griechenland deutlich verändert. Dabei fiel der Wandel aber nicht überall gleich aus. So sorgte er auf der malerischen Ägäis-Insel Santorin weniger für Stagnation als vielmehr für eine drastische Verschlechterung der Umweltsituation.

Sie lärmen und stinken wie leibhaftige Ausgeburten der Hölle und zerstören restlos jede Romantik in den Dörfern rund um den alten Vulkankrater: die vierrädrigen Nervensägen namens Quad, deren Ökobilanz schlichtweg verheerend aussieht. Dennoch erfreuen sich diese Motorfahrzeuge auf Santorin wachsender Beliebtheit – nicht zuletzt, weil sie deutlich weniger kosten als ein Auto.

Ansonsten resultiert die unablässige Quad-Parade aber ebenso aus dem anhaltenden Zustrom junger „spaßorientierter“ Urlauber. Obwohl die Umsatzsteuererhöhung von 2016 auf satte 24 Prozent zu erheblichen Preissteigerungen in der Tourismusbranche geführt hat, kommen aufgrund der einzigartigen Beliebtheit von Santorin inzwischen bis zu 120 000 Gäste pro Tag auf die Insel. Das ist fast das Zehnfache von deren Einwohnerzahl!

Die hieraus erwachsenden Probleme sind unübersehbar. Dabei gibt es freilich noch deutlich schlimmere Luftverpester als die unzähligen Quads und im Übrigen auch die schwarzen Dieselwolken aus den Schornsteinen der Kreuzfahrtschiffe in der Caldera. Das sind die ausgedehnten Bimsstein-Brüche überall auf der Insel, welche lange Zeit gutes Geld brachten, weil die sogenannte „Santorin-Erde“ den perfekten Zuschlagstoff für Unterwasserzement abgibt, weshalb sie schon beim Bau des Suezkanals Mitte des 19. Jahrhunderts zum Einsatz kam. Die Tagebaue wurden zwar inzwischen stillgelegt, aber der Staub aus den aufgelassenen, in keiner Weise gesicherten Anlagen weht weiter über die ganze Insel und setzt sich überall nieder, bis er durch die Fahrzeugmassen wieder neu aufgewirbelt wird.

Ansonsten bilden nicht nur die ehemaligen Bimsstein-Brüche großflächige Narben in der Landschaft – für Letztere sorgte auch der extreme Bauboom in der Zeit vor der großen Krise. Erst wollte jeder ein großes Stück vom Tourismuskuchen abhaben, dann kam die Pleitewelle. Infolgedessen rotten nun zahlreiche hässlich-nackte Betonskelette an den schönsten Plätzen der Insel vor sich hin, weil weder das Geld zur Vollendung noch zum Abriss der Investitionsruinen vorhanden ist. Hierdurch schrumpfte die Fläche für den traditionellen Weinanbau von 4500 auf 1500 Hektar, weshalb die Winzer nun gleichermaßen ums Überleben kämpfen müssen. Dabei genießt der santorinische Wein große Beliebtheit im In- und Ausland.


Müllvermeidung so gut wie unbekannt: Überfüllte Container auf Santorin Bild: Kaufmann

Ebenfalls so gar nicht mehr paradiesisch mutet das Meer um Santorin an: Es ist auffällig schmutzig geworden, und die Sicht unter Wasser beträgt nur noch wenige Meter. Das liegt vor allem an den eingeleiteten Abwässern aus den Dörfern und Ferienanlagen. Zwar existieren mittlerweile fünf teilweise von der Europäischen Union gesponserte Kläranlagen, wie man den Besuchern gern versichert, aber deren Wirkungsgrad ist eher dürftig. Da die Fäkalienbrühe nach ihrer „Reinigung“ durch mehrere hundert Meter lange Rohre in die Tiefe des Meeres gepumpt wird, sieht der Laie die Bescherung vom Ufer aus allerdings kaum.

Eine weitere Gefahr für die Wasserqualität in der relativ austauscharmen Caldera stellt das Wrack des griechischen Kreuzfahrtschiffes „Sea Diamond“ dar. Der Luxusliner der Gesellschaft Louis Hellenic Cruise sank am 6. April 2007 unmittelbar vor dem Fährhafen Athinios und liegt seitdem in rund 100 Metern Tiefe in gefährlicher Schräglage an einem unterseeischen Steilhang auf Grund. Aus dem Schiffskörper, dessen Bergung bisher aus Kostengründen unterblieb, strömt bis heute Dieselöl aus, das mit höchst provisorisch anmutenden Sperren zurückgehalten werden soll.

Außerdem herrscht permanente Süßwasserknappheit auf Santorin. Obschon es jetzt zwei Meerwasserentsalzungsanlagen gibt, kommt der Löwenanteil des kostbaren Nasses doch nach wie vor aus 40 Tiefbrunnen im Kalksockel des nichtvulkanischen Teils der Insel, welche den Bedarf kaum mehr zu decken vermögen.

Schließlich benötigt jedes neu gebaute Hotel und jede trotz Krise fertiggestellte Ferienwohnanlage einen oder gar mehrere Pools; teilweise gehören diese Schwimmbecken sogar zur Ausstattung von einzelnen Luxusapartments der gehobenen Preisklasse. Diese exorbitante Beliebtheit von Pools auf Santorin resultiert daraus, dass das „Inselparadies“ kaum über einladende Badestrände verfügt.

Strom wiederum wird auf dem Eiland in dem großen staatlichen Elektrizitätswerk am Flughafen erzeugt. Selbiges verbrennt das ebenso billige wie schadstoffhaltige russische Erdöl-Destillat Masut, was die Luftqualität noch weiter verschlechtert. Dahingegen finden sich keine Photovoltaik-Anlagen in nennenswertem Ausmaß auf der Insel, obwohl gerade in den besucher- und damit auch verbrauchsstarken Sommermonaten fast immer die Sonne scheint.

Ebenfalls vergeblich sucht man Windräder, die von dem permanent wehenden Meltemi angetrieben werden könnten. Was ausnahmsweise aber doch eher ein Segen ist, denn damit blieb der ohnehin schon arg geschundenen Landschaft wenigstens diese Form von optischer Verschandelung erspart.

Und dann wäre da noch der allgegenwärtige Müll: Santorin erstickt mittlerweile im Abfall seiner Besucher und Bewohner, denn Mehrwegverpackungen und Pfandflaschen sind nach wie vor die absolute Ausnahme. Im Bereich Mülltrennung beziehungsweise gar Müllvermeidung ist man über zaghafte Anfänge nicht hinausgelangt. Also bläst der Wind all die achtlos weggeworfenen Plastiktüten, Getränkedosen, Wasserflaschen und ähnlichen Unrat quer über die kahlen Flächen der Insel, bevor sie sich dann irgendwo in den Weinbergen oder einer Ortschaft verfangen und das Bild von „Der Schönsten“, wie schon die Phönizier das Eiland nannten, nachhaltig beschädigen. In puncto Müll – so der Eindruck auf den vielgereisten Besucher – herrschen auf Santorin Verhältnisse, wie sie sonst eigentlich nur in Ländern der Dritten Welt vorkommen.

Angesichts all dessen steht zu befürchten, dass Santorin auch ohne neuerliche Vulkanausbrüche oder Erdbeben in nicht allzu ferner Zukunft in einem dreifachen Kollaps enden wird: überrannt von viel zu vielen Menschen und erstickend in deren Unrat sowie krankend an galoppierendem Wassermangel, der am Ende sehr einschneidende und unpopuläre Maßnahmen nötig machen wird.

Sonne und Wind werden kaum als Stromquelle genutzt

Es sei denn, die Insel bekommt noch eine Chance, weil sie wieder in den Dornröschenschlaf früherer Zeiten fällt. Das könnte beispielsweise der Fall sein, wenn die „Geiz ist geil“-Mentalität vieler Urlauber zu einer verstärkten Umorientierung auf Reiseziele in der liraschwachen Türkei führt. Sonderlich wahrscheinlich ist das allerdings bei diesem populären Flaggschiff des Griechenland-Tourismus nicht.

Denn die blauen Kuppeln der Kirchen hoch oben über dem Meer um Santorin, von denen Lidl kürzlich auf seinen Joghurt-Verpackungen die Kreuze wegretuschieren ließ, werden wohl auch zukünftig genügend Besucher anlocken, denen solch ein Anblick lieber ist als der von Moscheen und Bettenburgen an der türkischen Küste.

Wolfgang Kaufmann

Neuer Vulkanausbruch befürchtet

Die griechische Kykladen-Insel Santorin (offiziell auch Thira genannt) erhielt ihren Namen zur Zeit der Errichtung der venezianischen Herrschaft über große Teile der Ägäis im 13. Jahrhundert. Zusammen mit den benachbarten Eilanden Thirasia und Aspronisi sowie Nea und Palea Kameni bildet sie den Überrest eines gewaltigen Vulkans, der vor etwa 3600 Jahren ausbrach und dann kollabierte, wodurch sich die heutige wassergefüllte Caldera bildete.

Dabei wurde unter anderem die bronzezeitliche Großsiedlung Akrotiri zerstört, in der manche Wissenschaftler das sagenhafte Atlantis vermuten.

Heute leben auf dem 90 Quadratkilometer umfassenden Archipel mehr als 17 000 Menschen – meist in pittoresken Siedlungen hoch oben auf dem Kraterrand. Viele davon waren dem schweren Erdbeben vom 9. Juli 1956 zum Opfer gefallen und mussten weitgehend neu aufgebaut werden. Seit 2011 zeigt sich nun auch der Vulkan unter der Caldera wieder recht aktiv. Deshalb sagen manche Geologen eine baldige neue Eruption voraus. *W.K.*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 40 – 5. Oktober 2018

MELDUNGEN

Ordensschloss Soldau geöffnet

Soldau – Nach jahrelanger Wiederherstellungsarbeit hat das Ordensschloss in Soldau seinen früheren Glanz zurückerhalten. Für umgerechnet 2,6 Millionen Euro, von denen die EU 1,5 Millionen zugeschossen hat, wurden die gotischen Flügel sowie die Mauern und Elemente des südwestlichen Flügels restauriert. „Vorgesehen sind Ausstellungen und die Besichtigung des musealen Schlosses", sagte Patryk Kozlowski, Direktor des Interaktiven Ordensschloss-Museums. An der Eröffnungsfeier nahmen der Woiwodschaftsmarschall Marek Brzezin und der Vizewoiwode Slawomir Sadowski teil, die gemeinsam erklärten, dass die Wiedereröffnung des Ordensschlosses eine wichtige Investition für die Region sei. *PAZ*

Exportschlager Möbel weltweit

Allenstein – Das südliche Ostpreußen ist schon seit Langem für seine Möbelproduktion bekannt. Hier befinden sich die meisten Möbelfirmen der Republik Polen, und sie produzieren jährlich Waren im Wert von umgerechnet 935 Millionen Euro. Möbel aus Ostpreußen werden hauptsächlich ins europäische Ausland exportiert, wie aber der Vorsitzende der gesamtpolnischen Wirtschaftskammer der Möbel-Produzenten ankündigt, wurden bereits Kontakte nach Amerika und Asien einschließlich Saudi-Arabien geknüpft. In diese Erdteile will die südostpreußische Möbelindustrie zukünftig exportieren. *PAZ*

Allensteiner fordern Ausgleichsflächen

Da die Behörden das Bedürfnis ihrer Bürger nach Grün unterschätzten, wurden diese selbst aktiv

In Allenstein entstehen ständig neue Siedlungen mit modernen Gewerbegebieten und Geschäften. Die städtische Infrastruktur weitet sich aus, es entstehen Parkplätze oder Fundamente für Bauten. An Ausgleichsflächen wie Parks zur Erholung der Bevölkerung wurde bislang zu wenig gedacht. Deshalb ergriffen Bürger selbst die Initiative und zwangen die Stadt zur Nachbesserung.

Der verdichtete städtische Raum Allensteins zeichnet sich durch eine hohe bauliche Ausnutzung der Grundstücke aus, aber es mangelt an Grünanlagen, die für einen Ausgleich für zementierte Landschaften sorgen. Zwar ist die größte Stadt des südlichen Ostpreußen dafür bekannt, dass sich in ihren Grenzen 16 Seen befinden, aber je rascher sich die Siedlungen entwickeln, desto größer wird der Bedarf an wohnungsnahen Erholungsgebieten.

Auch wenn es solch einen attraktiven, schönen und pulsierenden Ort wie den Zentralpark gibt, dessen Ausbau 2014 abgeschlossen wurde und der eines der Marktenzeichen Allensteins ist, kann er für viele Erholungssuchende nur nach längeren Wegen erreicht werden. Bewohner der am südlichen Stadtrand gelegenen Wohnblockviertel dürfen sich auf die Einrichtung eines neuen Parks freuen, was viele von ihnen enthusiastisch begrüßen.

Die Grünanlage, für deren Ausgestaltung bereits Bagger, Kipper und andere Baumaschinen in dem künftigen Erholungsgebiet im Einsatz waren, soll „Zacisze" (Stille) heißen und sich in dem Bereich zwischen Bartaska- und Bukowskiegostraße befinden.



Ein Ort mit Zukunft: Wo heute noch Brachland ist, soll bald ein Park entstehen Bild: D.K.

Zurzeit sind die sumpfigen Brachflächen mit hohen Gräsern und Sträuchern bewachsen. In diesem Zustand sind sie wenig einladend für Erholungssuchende. Die künftige Parkanlage liegt am Rande des gleichnamigen Stadtbezirks mit zirka 4000 Einwohnern. In fernerer Umgebung gibt es weitere dicht bevölkerte Viertel, deren Einwohner die entstehenden Grünflächen gerne nutzen werden. Vor allem Mütter mit Kinderwagen oder Kinder im schulpflichtigen Alter, aber auch Jugendliche oder Senioren freuen sich, wenn sie bald die lange erwünschte Möglichkeit bekommen, anstatt in den Plattenbausiedlungen sich in der grünen Umgebung aufhalten zu können.

Bevor jedoch grünes Licht für den Bau des Erholungsgeländes gegeben worden war, war es an-

Die Stadt gab schließlich nach

fangs schwer, weil keine Geldmittel aus der städtischen Kasse in Aussicht gestellt wurden. Deshalb taten sich engagierte Bürger zusammen und organisierten das gemeinnützige Mähen von Gräsern und Buschsträuchern. Es wurden ein paar Bänke aufgestellt, und sie richteten einen improvisierten Spielplatz ein. Im vorigen Jahr beantragten sie, dass der Parkentwurf im Allensteiner Bürgerhaushalt berücksichtigt wird, aber das Projekt schlug in der Abstimmungsphase fehl. Zum Glück erschien ein Hoffnungsschimmer am Horizont, als die Stadtbehörden zu dem Entschluss kamen, neue Rückhaltebecken anzulegen, die Wasser beispielweise für die Feuerwehr oder für die Pflege des städtischen Grüns speichern sollen. Eines von ihnen wird sich ausgerechnet dort befinden, wo die Bürger die Einrichtung von Grünanlagen fordern. Dank der Einrichtung des Staubeckens gewinnt der künftige Park eine Wasseranlage, in der zusätzlich ein schwimmender Springbrunnen montiert werden soll. Für die Ästhetik wird es in der Nähe des Brunnens viele kleine Elemente der Parkarchitektur geben, wie Bänke, Blumentöpfe oder Laternen. Es sollen auch Baumalleen für Spaziergänger angelegt werden.

Es werde zweifellos ein weiterer freundlicher Ort zum Ausruhen sein, stellte der Stadtpräsident Piotr Grzymowicz fest, als er im März dieses Jahres den Vertrag über die Durchführung der Investition unterzeichnete. Die Stadt plant auch, die Erholungsgebiete im nach dem Olympiasieger Janusz Kusocinski genannten Kusocinski-Park zu erneuern. Die öffentlichen Grünanlagen wurden Mitte der 1970er Jahre errichtet und erstrecken sich entlang des Bereichs Kleeberger-, Albrecht-, Leonharda- und Fittigsdorfer Landstraße.

In einer der größten Parkanlagen Allensteins sind zwei künstliche Seen, ein Skatepark, Fitnessgeräte zum Trainieren im Freien, eine steinerne Tischtennisplatte, Kinderspielplätze und vieles mehr zu finden. Leider erkennt man, dass nach beinahe über 40 Jahren der Zahn der Zeit an den Einrichtungen genagt hat. Viele klagen über das ineffektive Drainagesystem, da nach jedem stärkeren Regenfall große Pfützen auftauchen, die man nicht überspringen kann. Manche Flächen sind verwahrlost oder sogar vermüllt. Ende Juli hat deswegen die Städtische Grün-, Straßen- und Transportverwaltung in Allenstein eine Ausschreibung für die Revitalisierung des Kusocinski-Parks veröffentlicht. *Dawid Kazanski*

Königin-Luise-Promenade in Tilsit

Ein vier Meter breiter Weg führt zur Gedenkstätte der »Königin der Herzen«

Im Rahmen des diesjährigen Tilsiter Stadtfestes wurde im Park Jakobsruh eine neue Allee eingeweiht. Sie wurde auf den Namen Königin-Luise-Promenade getauft und dient einer bürgernahen Erschließung der erinnerungsträchtigen Königin-Luise-Gedenkstätte. Vom Nordeingang des Parks wird der Besucher auf direktem Weg zu der imposanten Marmorstatue geführt.

Der Park war seit jeher eine Stätte der Ruhe und Erholung und auch ein Ort geschichtlichen Gedenkens. Seine Dominante – das Denkmal der Königin Luise – mahnte zu Frieden und Verständigung. Die Gestaltung des nördlichen Parkgeländes entspricht diesem Grundgedanken. Die vier Meter breite Promenade hat einen Plattenbelag und wird flankiert von dekorativen Laternen und Ruhebänken. Der Besucher findet auf dem Weg zur Gedenkstätte Gelegenheit zur Ruhe und inneren Einkehr. Bei den Bauarbeiten entdeckte man auf dem Gelände des ehemaligen Parkrestaurants „Jakobsruh" Fragmente einer gefliesten Tanzfläche aus dem Jahre 1931. Sie



Bild: Jakow Rosenblum

Eröffnungszeremoniell: Oberbürgermeister Nikolaj Woischtschew, Stadtvertreter Norbert Subroweit und Konsul Michael Banzhaf pflanzen Koniferen (v.l.)

wurden in die Gestaltung einbezogen und mit einem Gedenkstein komplettiert. Der Findling trägt das Tilsiter Stadtwappen und folgende Inschrift in russischer und deutscher Sprache:

„Im Gedenken an Luise – Königin der Herzen – und im Geiste deutsch-russischer Völkerverständigung. Gespendet von den einstigen Bewohnern der Stadt Tilsit."

Der Gedenkstein erinnert an die Spendenaktion, mit der die früheren Tilsiter die Wiedererrichtung des Königin-Luise-Denkmals und die Gestaltung der Gedenkstätte im Park Jakobsruh unterstützt haben. Der Findling schlägt den Bogen von der Vergangenheit zum Bekenntnis für ein friedliches Zusammenleben der Völker Deutschlands und Russlands.

Bei der Einweihungszeremonie würdigte Oberbürgermeister Nikolaj Woischtschew die Verbundenheit der Tilsiter mit ihrer alten Vaterstadt und dankte für ihr Engagement. Gemeinsam mit dem Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland, Michael Banzhaf, und dem Vorsitzenden der Stadtgemeinschaft Tilsit, Norbert Subroweit, pflanzte er zwei Koniferen rund um den Gedenkstein. Mit dem Zerschneiden des roten Bandes wurde die Allee den zahlreich erschienenen Bürgern und Gästen freigegeben. Nikolaj Woischtschew, Norbert Subroweit und Michael Banzhaf beschritten als Erste die neue Promenade, um Königin Luise ihren Gruß abzustatten. *Hans Dzieran*

Erfolgreich

Per Flug von Schimanen nach Dortmund

Auf die Flugverbindung von Schimanen ins Ruhrgebiet haben viele Passagiere gewartet, aber sie wurde erst in diesem Jahr in den Flugplan eingefügt. Sie war ein Volltreffer: Die Auslastung der Flüge nach Dortmund liegt bei 90 Prozent. Dank dieser Verbindung überschritt die Zahl der Passagiere im Juli 13 000, und damit wurde ein neuer Rekord in der Geschichte des noch jungen Flughafens aufgestellt. Die ungarische Fluggesellschaft „Wizz Air" bietet die Flüge ins Ruhrgebiet zweimal wöchentlich, montags und freitags, an. Von Schimanen nach Dortmund starten die Flugzeuge um 11 Uhr und aus dem Ruhrgebiet Richtung Ostpreußen um 8.50 Uhr.

Als weniger rentabel erwies sich die Verbindung nach Köln, die von der litauischen Fluggesellschaft „Small Planet" einmal wöchentlich angeboten wurde. Die Auslastung lag bei 20 bis 30 Prozent. Zuerst wurde die Zahl der Flüge reduziert und später wurden sie komplett eingestellt.

Die Einwohner des südlichen Ostpreußen flogen dagegen sehr gern nach Burgas in Bulgarien. Diese Charterflüge waren nur in der Sommersaison eingesetzt und wurden mit einem modernen Airbus A 320 durchgeführt. Die Verbindung mit Bulgarien wird im nächsten Jahr fortgesetzt. Mit 50 Prozent Auslastung präsentieren sich die Flüge nach Lemberg auch nicht schlecht.

Außer nach Dortmund und Lemberg kann man von Schimanen aus nach Großbritannien (London Luton und London Stansted) fliegen. Diese Verbindung ist nach wie vor gefragt. In diesem Jahr soll der Flughafen Olsztyn Mazury 114 000 Passagiere abfertigen. Laut Flughafenleitung soll das kein Problem sein, und sie will das Verbindungsnetz noch erweitern. Es werden gerade Gespräche darüber mit Luftfahrtgesellschaften geführt. Die Ergebnisse werden wahrscheinlich erst 2019 bekannt. Die von den Passagieren am meisten gewünschten Richtungen sind die Niederlande und Irland.

Der Flughafen Schimanen plant Modernisierungen. Bald wird die Befestigung und Profilierung der Startbahn durchgeführt sowie die Beleuchtung der Zentralachse des Rollfeldes installiert. *E.G.*



ZUM 98. GEBURTSTAG

Kaehler, Brigitta, aus Neidenburg, am 8. Oktober
Müller, Waltraut, geb. **Lasarzik**, aus Treuburg, am 6. Oktober
Wagner, Ursula, aus Leipzig, am 6. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Falk, Ruth, geb. **Rietenbach**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 9. Oktober
Ruben, Irene, geb. **Kuhr**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 5. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Fratzke, Herbert, aus Wehlau, am 6. Oktober
Taulien, Erna, aus Heiligenbeil, am 7. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Böhnke, Horst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Jessat, Otto, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Kowalski, Horst, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 5. Oktober
Kriese, Margarete, geb. **Löper**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Malkus, Margarete, geb. **Danielzik**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 11. Oktober
Missun, Charlotte, geb. **Trucks**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Puppe, Ruth, geb. **Walter**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober
Schwarz, Ida, geb. **Deutschendorf**, aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 8. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baatz, Fritz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Eniß, Ruth, geb. **Jährling**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Grikschat, Paul, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Hindersin, Lieselotte, geb. **Bubritzki**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Römer, Hilde, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 8. Oktober
Stolzke, Waltraud, geb. **Friedel**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Heinrich, Helene, geb. **Wagner**, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Hübner, Rudolf, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 5. Oktober
Kolodziej, Lotte, geb. **Pienta**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 11. Oktober
Kuster, Paul, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 11. Oktober
Philippzik, Ruth, aus Walden, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Schimkus, Siegfried, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 11. Oktober
Siersleben, Hannelore, geb. **Hoppe**, aus Neidenburg, am 9. Oktober
Tegethoff, Herta, geb. **Graap**, aus Kondehnen, Kreis Fischhausen, am 9. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Angerhausen, Charlotte, geb. **Pätzel**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober
Böhnke, Dorothea, geb. **Reuter**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 9. Oktober
Fromm, Hildegard, geb. **Pauli**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Karow, Joachim, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Kiehr, Herta, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober
Kottler, Hedwig, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 10. Oktober
Kreuzberger, Eva-Maria, geb. **Janzyk**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Kubernus, Georg, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 9. Oktober
Nestler, Ingard, geb. **Eichel**, aus Lyck, am 5. Oktober
Renner-Kruska, Therese, aus Lyck, am 8. Oktober
Voita, Else, geb. **Wasserberg**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 9. Oktober
Will, Toni, geb. **Hoefert**, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 7. Oktober
Wolf, Harry, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 9. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Andersen, Ruth, geb. **Kretschmann**, aus Windkeim/Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 7. Oktober
Bartsch, Ernst, aus Dollkeim, Kreis Fischhausen, am 5. Oktober
Clauß, Hildegard, aus Lyck, am 7. Oktober
Falk, Anneliese, geb. **Städter**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 8. Oktober
Freese, Gretel, geb. **Stenzel**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 8. Oktober
Goltermann, Edith, geb. **Gengel**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Hammermeister, Helmut, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Henne, Gerda, geb. **Rischkau**, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 8. Oktober
Koslowski, Horst, aus Rostken, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Müller, Kurt, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 11. Oktober
Paul, Erika, geb. **Blaurock**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 5. Oktober
Schutzius, Hanna, geb. **Matern**, aus Neidenburg, am 7. Oktober
Wenning, Sigrid, geb. **Pelzer**, aus Prostken, Bahnhofstraße 8, Kreis Lyck, am 10. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Koloska, Helmut, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Lücken, Gerda, geb. **Müller**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Maier, Irmgard, geb. **Bauer**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 6. Oktober
Schmeer, Ehrentraut, geb. **Linka**, aus Ortelsburg, am 8. Oktober
Schneider, Gisela, geb. **Casemir**, aus Wehlau, am 10. Oktober
Sdorra, Fritz, aus Maschen, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Stobbe, Alfred, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 6. Oktober
Sulewski, Auguste, geb. **Butkus**, aus Regeln, OT Regelnhof, Kreis Lyck, am 11. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Belz, Helga, geb. **Kaspereit**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Braun, Ursula, geb. **Roch**, aus Nalegau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Fieldler, Hildegard, geb. **Jondral**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 10. Oktober
Fischer, Gerhard, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Golembiewski, Georg, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 7. Oktober
Groß, Gerhard, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Hippel, Klaus-Jürgen, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Karp, Helmut, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 10. Oktober
Klenke, Erich, aus Lissau, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Kraemer, Iris, geb. **Ewert**, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 5. Oktober
Lemsch, Adelheid, geb. **Hartmann**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Masuhr, Helmut, aus Lyck, Litzmannstraße 5, am 11. Oktober
Olk, Heinz, aus Georgenguth, Kreis Ortelsburg, am 7. Oktober
Pogodda, Siegfried, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 6. Oktober
Springer, Traute, geb. **Kurrek**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 7. Oktober
Sterna, Horst, aus Narzym, Kreis Neidenburg, am 11. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Appel, Walter, aus Biberswalde, Kreis Osterode, am 5. Oktober
Barkat, Gertrud, geb. **Wenk**, aus Sieden, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Barth, Christel, geb. **Schrader**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Biallas, Walter, aus Kreuzdorf, Kreis Treuburg, am 7. Oktober
Eikamper, Christel, geb. **Schlensak**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 10. Oktober
Hallmann, Marie Luise, geb. **Scharnowski**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 11. Oktober
Hein, Karin, geb. **Kelch**, aus Lyck, am 9. Oktober
Konegan, Gisela, geb. **Gesell**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 5. Oktober
Marks, Christel, geb. **Kayma**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 6. Oktober
Niermann, Helga, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 9. Oktober
Niklaus, Horst, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 9. Oktober
Podzkiewitz, Alfred, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 9. Oktober
Ratmann, Martha, geb. **Offenmüller**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Romond, Gertraud, geb. **Smollich**, aus Petersgrund, Kreis Lyck, und aus Trossen, Kreis Lötzen, am 5. Oktober
Ruppert, Anneliese, geb. **Neleimis**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Schmidt, Heinz-Dieter, aus Insterburg, am 3. Oktober
Schwettlick, Siegrid-Eleonore, geb. **Skrzyppek**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Sperling, Helga, geb. **Timmler**, aus Treuburg, am 9. Oktober
Stumm, Hans-Joachim, aus Ortelsburg, am 9. Oktober
Zielasko, Günther, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 7. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bindemann, Eva, geb. **Hufenbach**, aus Stolzenau, Kreis Ebenrode, am 8. Oktober
Borowczyk, Inge, geb. **Heinrich**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Döring, Joachim, aus Neidenburg, am 11. Oktober
Dudday, Helga, aus Eichtal, Kreis Treuburg, am 11. Oktober
Kemfert, Karl-Heinz, aus Stärken, Kreis Ebenrode, am 11. Oktober
Kischke, Hans-Georg, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 5. Oktober
Kutschelis, Albert, aus Königsberg (Pr), am 22. September
Müller, Heidi, geb. **Müller**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Oktober
Müller, Ursula, geb. **Wolk**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Schlächter, Hannelore, geb. **Packheuser**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 9. Oktober



Gesk, Ewald, aus Jakubben, Kreis Johannisburg, Ehefrau Agnes, geb. **Orth**, am 30. September

TERMINE DER LO

2018

8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.

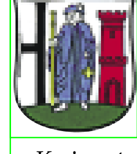
Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Zusendungen für Ausgabe 42

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 42/2018 (Erstverkaufstag: 19. Oktober) bis spätestens Mittwoch, 10. Oktober, an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. Hd. Frau Christiane Rinser-Schrut, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

63. Jahrestreffen

Es waren immer noch mehr als 200 Allensteiner, die sich am 8. September zum 63. Jahrestreffen in Gelsenkirchen einfanden. Bereits morgens nahmen etliche Besucher die Gelegenheit wahr, unser Heimatmuseum „Treudank“ zu besuchen. Anschließend traf man sich in der Propsteikirche, um mit einer Andacht und der Kranzniederlegung an der Allensteiner Gedenktafel der verstorbenen Allensteiner zu gedenken. Gegen Mittag fanden sich die ersten Besucher aus Stadt und Land im Schloss Horst ein, und zu Beginn der Feierstunde waren die meisten Plätze in der Glashalle besetzt. Nach der Begrüßung der Gäste gedachte der Vorsitzende aller Landsleute, die durch Flucht und Vertreibung ihr Leben verloren. Er wies darauf hin, dass die Allensteiner auch in diesem Jahr ein stolzes Jubiläum feiern können – der Allensteiner Heimatbrief werde 70 Jahre jung. Jung deshalb, weil man ihm sein Alter gar nicht anmerke und er noch immer frisch und lebendig daherkomme. Der Redaktion gelinge es immer wieder, die Leser mit interessanten Artikeln zu begeistern. Der Redaktion sagte er dafür herzlichen Dank, was die Zuhörer mit einem kräftigen Applaus bedachten.

Die ersten Ausgaben, die 1948 erschienen, trugen den Titel „Allensteiner Brief“. Sie bestanden aus wenigen Blättern und hatten als wesentliche Aufgabe, die durch die Flucht getrennten Familien wieder zu vereinen und den Kontakt zu Freunden und Bekannten, die über ganz Deutschland verstreut waren, wiederherzustellen. Auch sollten sie ein wenig Trost spenden für den Verlust der Heimat und das persönlich erlittene Leid. Der „Allensteiner Heimatbrief“, wie er heute heißt, bringe seit 70 Jahren Erinnerungen an unsere Heimatstadt, Wissenswertes aus dem heutigen Verwaltungszentrum der Woiwodschaft Ermland und Masuren und auch Unterhaltsames ins Haus. Die Leser bedankten sich dafür mit Spenden und ermöglichten so, die Arbeit der Stadtgemeinschaft fortzusetzen. Dafür sagte der Vorsitzende allen Spendern ein herzliches Dankeschön und bat zugleich, diese Arbeit auch weiterhin tatkräftig zu unterstützen.

Ein Anliegen des Heimatbriefes sei auch, den Allensteinern, denen die Reise inzwischen zu beschwerlich geworden ist, die gewaltigen Veränderungen unserer Heimatstadt nahezubringen. Deshalb sollten alle Allensteiner nach Besuchen in ihrer Heimatstadt ihre Eindrücke in Form von Berichten und Bildern der Redaktion zur Verfügung stellen. Was sich in unserer Heimat kaum verändert habe, sei die Schönheit der Landschaft und der zahllosen Seen, in denen sich dunkle Wälder im Kontrast mit den Wolken spiegeln. Wenn jemand aus der Familie oder dem Freundeskreis wissen wolle, wie es in Ostpreußen war, dann solle man ihm einfach den Allensteiner Heimatbrief vom Sommer 2012 zeigen. Beim Betrachten der Bilder, die die Schönheit des südlichen Ostpreußens im Frühling und im Sommer zeigen, würde jeder verstehen, warum wir unserer Heimat immer verbunden bleiben werden.

Anders als bei unserem Heimatbrief hinterlasse das Alter leider bei den Mitgliedern unserer Kreisgemeinschaften tiefe Spuren. Daher hätten Stadtgemeinschaft Allenstein und Kreisgemeinschaft Allenstein-Land sich entschlossen, sich zur Kreisgemeinschaft Allenstein zu vereinen. Eine gemeinsame Satzung wurde bereits erarbeitet und soll noch in diesem Jahr am neuen Sitz der Kreisgemeinschaft, in Osnabrück, eingetragen werden. Unser Heimatmuseum „Treudank“ verbleibt in Gelsenkirchen, und auch unsere Jahrestreffen, die wir seit einigen Jahren schon gemeinsam durchführen, würden weiterhin in der schönen Glashalle von Schloss Horst stattfinden. Die Unterstützung der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) und des Hauses Kopernikus seien auch in der neuen Satzung als vorrangiges Ziel verankert.

Er erwähnte, dass die AGDM seit vielen Jahren den Tag der Nationalen Minderheiten auf dem Gelände Ataman veranstaltet. Auch in diesem Jahr fand der Tag der Minderheiten bei herrlichem Sommerwetter statt und zahlreiche Gäste aus der Stadt und der Woiwodschaft waren anwesend. Leider konnte der Stadtpräsident nicht kommen, ließ es sich aber nicht nehmen, in einem Schreiben, das durch seinen Stellvertreter verlesen wurde, der Stadtgemeinschaft seine Anerkennung für die gute Zusammenarbeit und

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 15

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

die Pflege der deutsch-polnischen Beziehungen auszusprechen.

Die neue Kreisgemeinschaft werde im Rahmen der Partnerschaften zwischen den Städten Gelsenkirchen und Allenstein sowie den Landkreisen Osnabrück und Allenstein diese gute Zusammenarbeit fortsetzen.

Nach dem Grußwort des Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land, Hans-Peter Blasche, und dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied bezeichnete Bürgermeister Wöll den Entschluss der beiden Kreisgemeinschaften, sich zusammenzuschließen, als sinnvoll und zukunftsgerichtet. Anschließend verlas der Vorsitzende ein Grußwort des Allensteiner Stadtpräsidenten. Mit der Nationalhymne endete die Feierstunde, die auch in diesem Jahr von dem Bläser- und Posaunenchor Erle umrahmt wurde. Danach war der Besuch der Bücherstände sowie der Ausstellung alter Postkarten von Bruno Mischke angesagt. Eine Dauerausstellung über Rutger von der Horst und das Leben in der Renaissance wurde ebenfalls gut angenommen. Munteres Schabbern und die flotte Musik von Andreas Kokosch sorgten für gute Stimmung und besetzte Tische bis in den späten Abend. Das 64. Jahrestreffen feiern wir vom 13. bis 14. September 2019.

Gottfried Hufenbach



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Hauptkreistreffen

Bad Nenndorf – Wochenende, 13. und 14. Oktober: Hauptkreistreffen. Wir laden alle Landsleute aus dem Kreis Gerdauen sowie alle, die sich unserem Heimatkreis verbunden fühlen oder sich dafür interessieren, ein. Unser Veranstaltungsort ist das Hotel Esplanade in der Bahnhofstraße 8, in dem uns Räume zur Verfügung stehen.

Folgendes Programm hat unser Festausschuss zusammengestellt (Änderungen vorbehalten):

Sonnabend, 13. Oktober

10 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel Esplanade (Infotisch an der Kasse mit Marzipanverkauf und Ansichtsexemplaren unserer Publikationen),

9 bis 11 Uhr: Kreistagssitzung,

11 Uhr: Begrüßung, Gelegenheit zum Kennenlernen und Wiedersehen von Landsleuten und zum direkten Kontakt mit Ihren Kirchspielvertretern (nach der Kreistagssitzung),

12 bis 18 Uhr: Gelegenheit zum Besuch des Bauernmarktes im Kurpark (mit zahlreichen Ständen von Anbietern landwirtschaftlicher und kunstgewerblicher Produkte der Region, Ausstellung Schaumburger Trachten in der Wandelhalle) – Organisator: Stadt Bad Nenndorf,

14.30 Uhr: Gelegenheit zur Fahrt nach Idensen (zirka zehn Kilometer) zur Führung durch die romanische Sigwardskirche mit Karin Leon–Treffpunkt am Hotel, die Hin- und Rückfahrt wird mit Privatautos organisiert (begrenzte Teilnehmerzahl),

16 bis 18 Uhr: Filmvorführungen über Ostpreußen vor 1945 und den Kreis Gerdauen nach 1945,

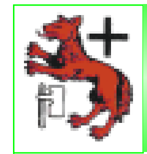
18.30 Uhr: Begrüßung und gemeinsames Abendessen, anschließend gemütliches Beisammensein mit Musik und kleinen Einlagen (gemeinsame Gestaltung; eigene Beiträge der Landsleute sind herzlich willkommen), musikalische Begleitung: Kasimir Tarnowski,

Sonntag, 14. Oktober

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraums im Hotel Esplanade (Infotisch an der Kasse mit Marzipanverkauf und Ansichtsexemplaren unserer Publikationen),

11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungsraum des Hotels Esplanade (musikalische Begleitung: Kasimir Tarnowski; Begrüßung durch den Kreisvertreter, Ostpreußischer Festvortrag, Geistliches Wort und Totengedenken, Schlusswort des Kreisvertreters, Gemeinsamer Gesang des Ostpreußenliedes), anschließend: Gelegenheit zum Mittagessen im Veranstaltungsraum, zum gemütlichen Beisammensein und Gesprächen mit den Landsleuten sowie zum Besuch des Bauernmarktes im Kurpark.

Übernachtungswünsche richten Sie bitte an das Hotel Esplanade, Telefon (05723) 798110, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de, wo für die Besucher des Treffens Einzelzimmer und Doppelzimmer mit Frühstück zum Sonderpreis von 62 Euro beziehungsweise 85 Euro pro Nacht zur Verfügung stehen. Bitte geben Sie bei der Buchung an: Sonderpreis für Hauptkreistreffen Gerdauen.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

90 Jahre Sommer

Am 3. Oktober jährt sich zum 90. Mal der Geburtstag von Heinz Sommer. Es ist mir eine Herzensangelegenheit, meinem langjährigen Heimatfreund dazu zu gratulieren und auch im Namen des Vorstandes der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil die besten Glükkwünsche zu diesem Ehrentag zu übermitteln. Landsmann Heinz Sommer hat sich durch sein über Jahrzehnte währendes persönliches Engagement für das Kirchspiel Hermsdorf-Pellen und für sein Heimatdorf Stolzenberg sehr verdient gemacht.

Heinz Sommer wurde 1928 in Stolzenberg als Sohn der Eheleute Friedrich Sommer und Elise, geb. Gerlach, geboren. Er teilte das Schicksal der ostpreußischen Bevölkerung, den Verlust der geliebten Heimat im Jahr 1945.

Vorher hatte er in Stolzenberg die Volksschule besucht und wechselte anschließend zur Mittelschule in Zinten und beendete dort seine fünfjährige Schulzeit mit der Mittleren Reife. In den Sommermonaten fuhr Heinz täglich die zwölf Kilometer je Strecke von Stolzenberg nach Zinten per Fahrrad. In vier Wintern lebte er, mit Kost und Logis, bei Freunden seiner Eltern in Zinten. Es war die Familie Mindt (Eisenbahner) in der Hindenburgstraße.

Nach dem Krieg fand Heinz Sommer in Süddeutschland – in „Weil der Stadt“ – ein neues Zuhause. Hier gründete er mit Maria, geb. Böckler, eine Familie und sie bauten eine berufliche Basis auf – ein Gärtnereiunternehmen. 1991 wurde die Berufstätigkeit beendet, der Ruhestand begann, das Unternehmen wurde verkauft und ein Ortswechsel folgte nach Ansbach-Höfstetten. Doch ein Jahr später traf Landsmann Sommer ein sehr schwerer Schicksalsschlag – seine Frau verstarb. 1994 heiratete er seine Schwägerin Marianne, die Schwester seiner Frau. Das Ehepaar lebt in Höfstetten und feiert dort seinen Geburtstag.

Zur Kreisgemeinschaft nahm Heinz Sommer schon sehr früh Kontakt auf. Er sah es als eine große Verpflichtung an, unseren nachfolgenden Generationen Ostpreußen als angestammte Heimat in Erinnerung zu halten. Seine Generation, die Ostpreußen noch von Angesicht kennt, müsse der Anker werden, an dem man sich festhalten könne. So formulierte er es in einem Brief an die Landsleute seines Kirchspiels und an mich. So entstand bereits beim Kreistreffen in Burgdorf 1971 sein Gedanke, eine Dokumentation über das Kirchspiel zu erarbeiten. Alle Gemeinden sollte es umfassend darstellen: Hermsdorf, Pellen, Hasselpusch, Schönwalde und Lauterbach. Die mühselige Sammeltätigkeit, das Recherchieren und die belastende Berufstätigkeit waren Gründe, dass sich die Herausgabe seines Werkes Jahrzehnte verzögerte. Doch im Oktober des Jahres 1999 war es soweit – nachzulesen in seinem für unser Heimatblatt, Folge 45 / März 2000, geschriebenen detaillierten, zweiseitigen Entstehungsartikel.

Ich nenne nun die Stationen seines Werdeganges, seiner ausgeübten ehrenamtlichen Ämter im Rahmen der Heimatarbeit und damit verbundenen Ehrungen durch den Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil sowie der Landsmannschaft Ostpreußen.

Funktionen: 1. Kirchspielvertreter für Hermsdorf Pellen von 1976 bis 2003, danach von 2003 bis 2007 stellvertretender Kirchspielvertreter. Von 1988 bis 1995 Gemeindevertreter von Stolzenberg.

Ehrungen: Silberne Ehrennadel der Kreisgemeinschaft 1981 und die Goldene 1995. Die Landsmannschaft Ostpreußen zeichnete Landsmann Sommer 1998 mit der Treueurkunde und Abzeichen aus.

Die Landsleute aus seinem Kirchspiel, seinem Heimatort, unser Vorstand und ich als sein Begleiter über Jahrzehnte danken Heinz Sommer für seine Treue. Wir alle wünschen ihm weiterhin einen guten Lebensabend an der Seite seiner Frau.

Siegfried Dreher, Ehrenvorsitzender

90 Jahre Ollmann

Lieselotte Ollmann geb. Arndt wird am 3. Oktober 90 Jahre alt. Sie wurde am 1928 in Waltersdorf Kreis Heiligenbeil (Ostpreußen) geboren und hat sich viele Jahre intensiv für die Landsleute ihres Kirchspieles eingesetzt. Von 1988 bis 2016 war sie Gemeindevertreterin von Waltersdorf, von 1995 bis 2005 Kirchspielstellvertreterin und von 2005 bis 2016 Kirchspielvertreterin von Waltersdorf. Über das Kirchspiel weiß sie auch heute noch Bescheid wie kein anderer. Immer wieder hat sie Gruppen in die Heimat geführt und dort ihren Mitreisenden alles erklärt und vieles von den alten Zeiten erzählt.

Für ihren lahrelangen Einsatz und die Verdienste für ihre Landsleute und die ostpreußische Heimat wurde sie mit der silbernen Ehrennadel der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil und der Treueurkunde und Abzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e.V. wünscht Frau Lieselotte Ollmann alles nur erdenklich Gute und noch viele schöne Jahre, vor allem Gesundheit.

Bernd Schmidt



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Darmstadt – Sonnabend, 6. Oktober, 11.30 Uhr, Taverna Hellas, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch. Nähere Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Köln – Mittwoch, 24. Oktober, Gaststätte Zirkel, Braunstraße 20, Köln-Braunsfeld (Haltestelle Aachener Straße/Maarweg): Treffen. Anmeldung und nähere Informationen bei Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

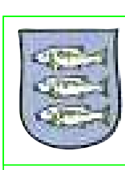


KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt, Albertstraße 11, 93047 Regensburg. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Richtigstellung

In der Ausgabe 37 vom 14. September wurde die falsche Adresse abgedruckt. Die richtige Anschrift des Patenschaftsbüro (Mo, Mi, Fr 9 bis 13 Uhr) lautet: Karmelplatz 5 (Eingang Stadtarchiv), 47051 Duisburg, Anfragen jeder Art unter Telefon (0203) 2832151. Diesen Irrtum bitten wir zu entschuldigen.



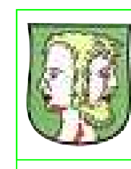
LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Buchmarkt

Neumünster – Sonnabend, 20. Oktober, Sudetenlandstraße 18h (Böcklersiedlung), 10 bis 17 Uhr: Buchmarkt „Bücher aus über 100 Jahren“. Ein Verkaufsangebot von Sachbüchern und Belletristik aller Art. Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute. Der Eintritt ist frei. Der Besuch vom Heimatmuseum mit seinen Dauer- sowie Sonderausstellungen „Die Elche sind da!“ und vom Lötzener Kreisarchiv ist fast zu jeder Zeit nach Vorabsprache mit Ute Eichler, Telefon (040) 6083003. möglich.

Ein so umfangreiches Angebot von Büchern aus allen Gebieten (schöngeistige Literatur genauso wie Sachbücher) wie es in diesem Jahr vorhanden ist, hat es noch auf keinem der vorangegangenen Buchmärkte im Lötzener Ausstellungsraum gegeben. Es sind ausschließlich gut erhaltene und teils neuwertige Bücher aus privaten Spenden vorhanden. Sie werden zugunsten der Museumsarbeit sehr preiswert angeboten oder gegen eine Spende abgegeben. Die Betreuerin der Lötzener Heimatsammlung, Ute Eichler, hofft auf den Besuch vieler noch Bücher liebender und lesender Menschen.



LYCK

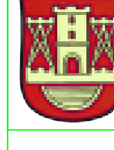
Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

10. Lycker Treffen

Bremen – Donnerstag, 8. November, 13 bis 18 Uhr, Best Western Hotel „Zur Post“, Bahnhofsplatz 11, 28195 Bremen: 10. Lycker Treffen. Dazu lädt Landsmann Wilhelm Norra, Ortsvertreter von Sareiken, Bezirksvertreter Lyck Land sowie Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck, alle Lycker aus Bremen und „umzu“ sowie auch gern Interessenten aus weiter Entfernung ein.

Das Hotel „Zur Post“ liegt rechts, schräg gegenüber vom Hauptausgang des Bremer Hauptbahnhofes. Bis zum Hotel sind es knapp 50 Schritte. Wer jemanden mit dem Auto zum Hotel bringen muss, fährt zum Aussteigen bis zum Eingang vor; gegebenenfalls kann man sich bei der Rezeption erkundigen, ob in der Hotelgarage neben dem Hotel gegen Entgelt ein P:arkplatz frei ist. Parkplätze befinden sich auch in der Hochgarage am Hillmannplatz, auf der Bürgerweide hinter dem Hauptbahnhof sowie am ehemaligen Güterbahnhof; die Straße hinter dem Überseemuseum führt dort hin.

Aus organisatorischen Gründen ist schriftliche oder telefonische Anmeldung bis zum 10. Oktober erforderlich an Landsmann Wilhelm Norra, Anna-Stiegler-Straße 67, 28277 Bremen, Telefon (0421) 820651.



MEMEL-STADT MEMEL-LAND

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: 0174-9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. Gst. Für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim.

Heimatreise

Dortmund – Sonnabend, 20. Oktober, Ostdeutsche Heimatstube,| Landgrafenstraße 1/ Ecke Märkische Straße, 44139 Dortmund: Erntedankfest und Feier zum 70-jährigen Bestehen der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise.



OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Begrüßungsrede, Teil 3

Der Kreisvertreter Burghard Gieseler hielt zur Feierstunde des Hauptkreistreffens der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen in Osterode am Harz am 15. September eine Begrüßungsrede, deren dritter Teil hier abgedruckt ist. Der letzte Teil wird in der nächsten Ausgabe folgen.

Nun sind wir, meine Damen und Herren, bei dem Wort, mit dem sich die Deutschen (noch immer) so schwer tun: Heimat.

Erlauben Sie, dass ich Sie für einen Moment in die Welt der griechischen Mythologie entführe: Zehn lange Jahre hatten die Griechen Troja belagert, bis sie es schließlich mit einer List erobern konnten. Nach der Zerstörung der Stadt segelten die Griechen nach Hause in ihre jeweiligen Heimatorte. Nur Odysseus irrte auf dem Meer umher, und nachdem er all seine Gefährten verloren hatte, verschlug es ihn an die Insel der Göttin Kalypso, wo er mehrere Jahre bleiben musste. Täglich saß er am Strand, sehnte sich danach, auch nur den Rauch aufsteigen zu sehen von seinem Heimatland – und weinte. Dabei ging es ihm ja eigentlich gar nicht so schlecht. Denn auf der Insel der Kalypso gab es keinen Mangel. Alles, was der Körper brauchte, gab es reichlich. Die Göttin selbst begehrte ihn und versprach ihm ein ewiges Leben in ewiger Jugend. Seine Seele aber sehnte sich so sehr nach der Heimat, dass er am liebsten sterben wollte. Da erbarmten sich die Götter und befahlen Kalypso, Odysseus freizugeben. Sie gehorchte, hielt aber Odysseus nochmals die Vorzüge eines Lebens an der Seite einer Göttin vor Augen. Odysseus bestritt diese auch gar nicht und sagte nur: „Doch auch so will ich und begehre ich alle Tage, nach Hause zu kommen und den Heimkehrtag zu sehen.“

Sie wissen, meine Damen und Herren, Mythen sind keine wahren Begebenheiten. Sie haben aber einen wahren Kern und spiegeln menschliche Urerfahrungen wider. Homers Odyssee ist ein Mythos, in dessen Mittelpunkt ein Mann steht, der trotz aller Leiden und Verlockungen sich nicht von dem Ziel seiner Heimkehr abbringen lässt, bis er schließlich, im 20. Jahr, in seine Heimat nach Ithaka zurückkehrt. Die Liebe zu seiner Heimat hat Odysseus nie verloren. Sie gab ihm erst die Kraft, alle Entbehrungen erdulden zu können.

Die ungeheure Kraft der Heimatliebe ist die menschliche Urerfahrung, die sich in diesem Mythos widerspiegelt.

Auch heute, denke ich, können wir diese Kraft beobachten. Ich weiß, dass unter uns viele Menschen sind, die vor 73 Jahren ihre Heimat verloren haben, und die trotz der Bürde ihres hohen Alters den langen und beschwerlichen Weg auf sich genommen haben, um heute hier dabei zu sein und zusammen mit anderen Schicksalsgefährten die Erinnerung an die alte Heimat zu teilen. Es ist die Liebe zur Heimat, die Ihnen, liebe Landsleute, die Kraft zu dieser Anstrengung gegeben hat.

Was ist das also „Heimat“, das – jedenfalls wenn wir es verloren haben – eine so große Sehnsucht in uns hervorruft? Die einen sagen, es sei ein realer Ort, die andern, es sei nur ein Ort in uns selbst. Ich meine, es ist beides. Es ist der Ort unserer Kindheit, der tief in unserem Herzen verankert ist. Mit diesem Ort verbinden wir vielfältige Erinnerungen: an die Schönheit der Landschaft, an den Duft des Waldes, an den Geschmack von Majoran, aber auch – und vor allem: an die Geborgenheit, die wir im Schoß der Familie erfahren haben, an den elterlichen Trost, wenn wir traurig waren, an die Gutenachtgeschichte vor dem Einschlafen, an den Zauber des Heiligen Abends – aber auch an das Abenteuer des Größerwerdens: an die Schule und schließlich an die erste große

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

Liebe. Die Kirche ist ebenfalls „Heimat“ – auch der Friedhof um sie herum – und das Bewusstsein, Glied in einer Kette zu sein.

Der Begriff „Heimat“ ist so subjektiv und vielschichtig, dass er sich nicht definieren, allenfalls andeuten lässt. In jedem Fall hat die Verbindung mit unserer Heimat etwas mit dem Menschsein an sich zu tun. Wir brauchen diese Verbindung, wir brauchen die Wurzeln, die uns Halt geben. Menschen ohne diese Wurzeln fehlt der Halt. Sie sind haltlos.

Es gibt in Deutschland eine große Verunsicherung. Jeder spürt es und jeder weiß es. Angesichts von Globalisierung, Digitalisierung und vermehrter Zuwanderung machen sich viele Menschen Sorgen und fragen zunehmend: „Woher komme ich? Wo liegen denn meine Wurzeln? Wer bin ich?“ Die Erinnerungsarbeit unserer Kreisgemeinschaft trifft also auf ein wachsendes gesellschaftliches Interesse. Hinzu kommt noch ein weiterer Gesichtspunkt: Während sich die Kinder der Erlebnisgeneration, also die späteren „68er“, zum Teil ganz bewusst von der Heimat ihrer Eltern abgewandt haben, geht die Generation der Enkel wieder sehr viel unbefangener mit diesem Thema um und interessiert sich wieder für die Heimat ihrer Großeltern. Dies belegen die zahlreichen Anfragen, die wir bekommen, und der Boom in der Familienforschung. Aus diesen Gründen bin ich am Ende durchaus optimistisch, dass unsere Kreisgemeinschaft die derzeitige Umbruchphase meistern und den Generationenwechsel schaffen wird.

Anmerkung der Redaktion: Der letzte Teil der Begrüßungsrede erfolgt in der kommenden Ausgabe.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Kabel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748, E-Mail: feige09116@web.de. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Neuer Stadtvertreter

Erwin Feige löst Norbert Subroweit als Stadtvertreter ab.

Viva lá Musica

Die Stadtgemeinschaft Tilsit organisierte gemeinsam mit dem Stadtmuseum Tilsit einen konzertanten Nachmittag. Es begann eigentlich mit einer flüchtigen Idee, als Marco Wrobel bei einem Treffen der Stadtgemeinschaft Tilsit von dem Stadtfest in Tilsit hörte: Da er Gitarrist ist und zusammen mit seiner Sängerin Laura Schwarz schon häufiger Auftritte als „Pure Water“ bestritten hat, lag der Gedanke nicht fern, sich um einen Auftritt zu bewerben. Offensichtlich lief man mit dieser Idee offene Türen ein. Allerdings gestaltete sich die Terminfindung doch schwieriger als gedacht, sodass man sich endlich auf Sonnabend, den 1. September, einigte. Das Konzert stellte somit die Auftaktveranstaltung einer Veranstaltungswoche dar, die am darauffolgenden Sonnabend mit dem Stadtfest endete. Das Konzert selber stand unter dem Motto „Brücke der Freundschaft“ und wurde sehr gut angenommen.

Von russischer Seite hatten sich kanpp 40 Personen in den kleinen Saal der Touristinfo begeben, zudem kam noch eine deutsche Reisegruppe mit 31 Personen unter Leitung von Norbert Subroweit, die das Konzert als festen Programmpunkt in ihre Reise integriert hatte. Dem Wunsch der Verwaltung entsprechend hatten die beiden Musiker ein Programm zusammengestellt, das ausschließlich aus deutschen Lieder bestand. Der Gedanke war, mit diesem Konzert einen Impuls zu setzen um weitere Projekte, gemeinsam mit den heutigen Bewohnern, umzusetzen. Deshalb wurden bewusst traditionelle Volkslieder ausgespart, dafür aber Lieder aus der aktuellen Musikszene gespielt, „Die Ärzte“ wurden ebenso gespielt wie „Herbert Grönemeyer“ und „Hannes Wader“ und viele mehr. Nur auf das „Ännchen von Tharau“ konnte nicht verzichtet werden, welches dann auch den Schlusspunkt des Konzertes setzte.

Als Überraschungsgast gesellte sich kurz vor dem Konzert noch Alexander Kirishenkow zu dem deutschen Duo. Der Ausnahmegitarrist spielte, ohne die Lieder vorher gehört zu haben, virtuose Soli und begeisterte damit das Publikum. Selbstverständlich wurden nach dem Konzert noch etliche Kontaktdaten ausgetauscht, um auch im nächsten Jahr wieder gemeinsam Musik zu machen.

Finanziert wurde das Konzert zum Einen von der Stadtgemeinschaft Tilsit, die die Reisekosten für Laura Schwarz übernommen hatte, zum Anderen von der Stadt Sowjetsk, die die Räumlichkeiten und die notwendige Technik zur Verfügung stellte. Gerne haben die beiden Künstler, die beide auch Wurzeln in Tilsit haben, ihr freies Wochenende zur Verfügung gestellt, und verzichteten auf jede Gage. Für Marco Wrobel war es ein persönlicher Höhepunkt in seinem Urlaub, in den er den Besuch Tilsits integriert hatte.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde Jakob Rosenblum die Ehrenmedaille der Stadtgemeinschaft Tilsit für seine Verdienste von dem 1. Vorsitzenden Norbert Subroweit überreicht. Rosenblum hat für das umfangreiche Werk „Tilsiter Dominanten“, in dem alte historische Gebäude aus deutscher Zeit dokumentiert werden, die Fotos gemacht. Seine Frau, Tatjana Urupina, die die Texte erstellt hat, erhielt ebenfalls die Ehrenmedaille. Leider konnte sie aufgrund einer Verletzung nicht an der Veranstaltung teilnehmen.

Man spürte, dass es in den nachfolgenden Generationen viele gemeinsame Interessen gibt, die geeignet sind, junge Menschen zusammenzubringen und Freundschaften entstehen zu lassen. Für „Pure Water“ steht fest, dass dies nicht der letzte Besuch im Königsberger Gebiet gewesen ist. *M.W.*





Tilsit: (v.l.) Alla Tschubun, Natalja Michnowitsch, Marco Wrobel, Laura Schwarz, Alexander Kirischenkov und Norbert Subroweit

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 17. Oktober, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Stuttgart: Vortragsreihe der Landesgruppe. – Mittwoch, 24. Oktober, 18 Uhr, Parkhotel Pforzheim: 144. Preußische Tafelrunde mit Abendessen und Vortrag von Hannelore Neumann „Die ungewisse Herkunft – Wer bin ich eigentlich? Suche nach den Wurzeln“.

Ludwigsburg – Dienstag, 23. Oktober, 15 Uhr, Krauthof, Beihingerstraße 27: Stammtisch.

Reutlingen – Sonnabend, 6. Oktober, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a.: Erntedankfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde unserer verlorenen Heimat herzlich ein. Wir haben wieder ein großes Programm vorbereitet. Auch Erntedankfest ist nicht nur ein Wort, denn Erntedankfest und Heimat sind eng verbunden. So wollen wir beides nach Kaffee und Kuchen in Erinnerung rufen. Nach der Begrüßung der 1. Vorsitzenden Ilse Hunger werden wir kurze Berichte und Gedichte darbieten. Ganz besonders freue ich mich, dass wir die Professoren-Band der Uni Reutlingen zur musikalischen Unterhaltung bei unserer Festveranstaltung begrüßen können. Der schöne Sommer hat uns mit köstlichen Gaben, Obst und Gemüse sehr reich beschenkt. Das wollen wir dankbar mit einem reichen Erntegabentisch ehren. Eine Tombola darf auch nicht fehlen. Für Spenden sind wir sehr dankbar, bitte bei Ilse Hunger in der Steinachstraße 54 abgeben.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 13. Oktober, 15 Uhr, Orangerie: Film über Heinz Sielmann. Der berühmte Tierfilmer verbrachte seine Jugend in Ostpreußen und entdeckte hier seine Liebe zur Natur.

Bamberg – Mittwoch, 17. Oktober, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße, Bamberg: Monatstreffen.

Hof – Sonnabend, 13. Oktober, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88, 95028 Hof: Treffen zum Thema „Erntedank“.

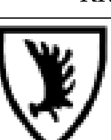
Weiden – Sonntag, 7. Oktober, 14.30 Uhr, Café Mitte: Erntedankfest.



BERLIN

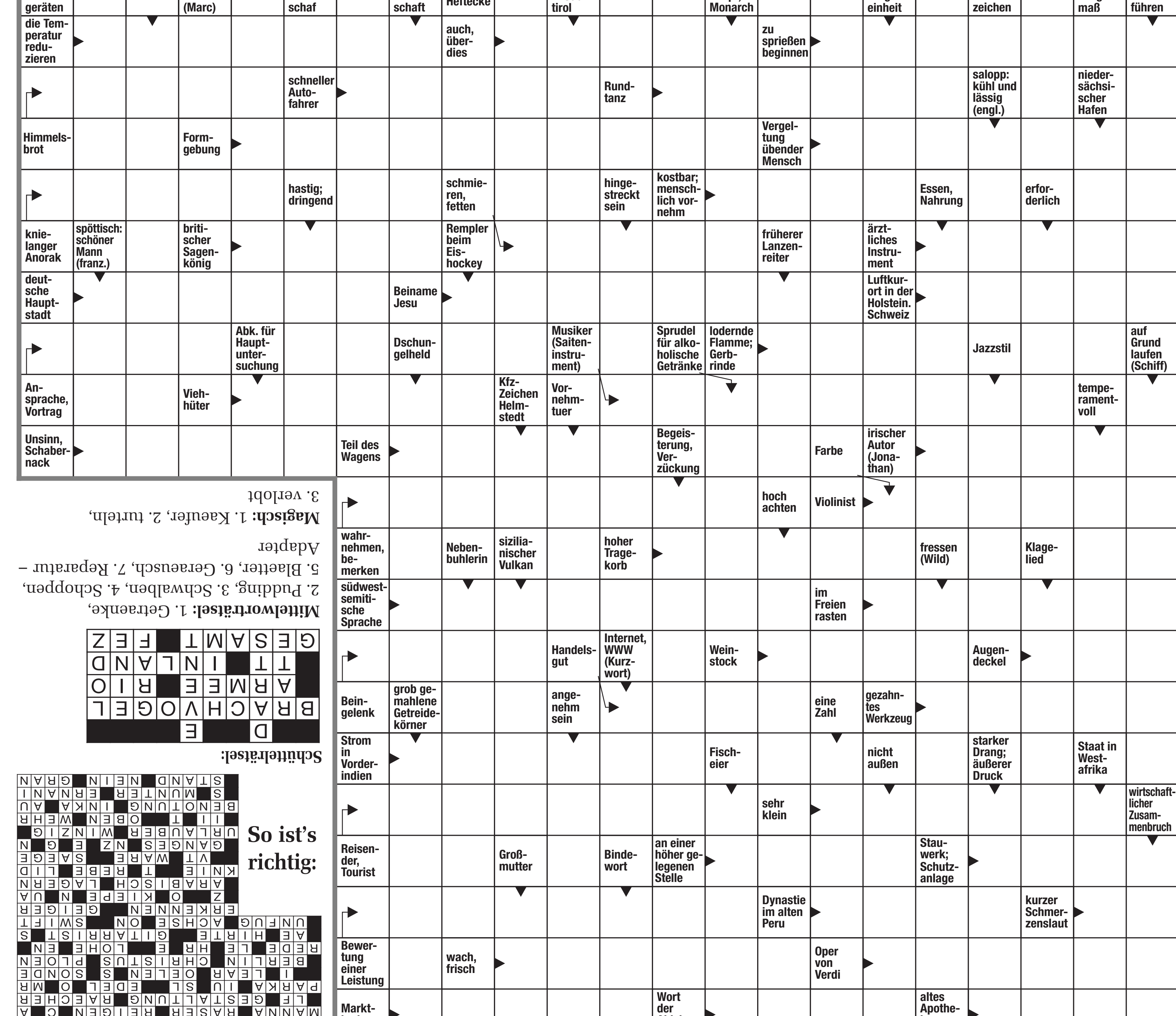
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



Frauengruppe – Mittwoch, 10. Oktober, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17



Schüttelrätsel

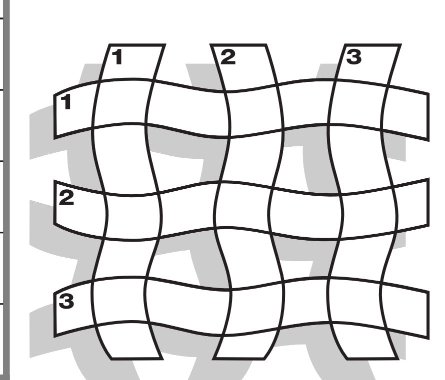
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein anderes Wort für Verbindungsstück (Technik).

1	KALT	KARTE
2	SAHNE	FORM
3	MEHL	NEST
4	FRUEH	WEIN
5	ROSEN	WALD
6	NEBEN	ARM
7	AUTO	KOSTEN

Magisch



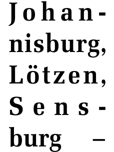
Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Kunde, Warenabnehmer
2 sich zärtlich verliebt verhalten
3 durch Eheversprechen gebunden

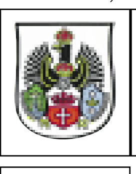
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

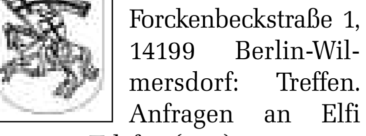
117, 10963 Berlin: Treffen zum Thema „Gedichte zum Jahreswechsel“, Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



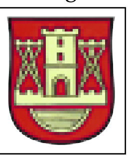



Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 23. Oktober, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Treffen. Anfragen Johannisburg und Sensburg, Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen, Gabriel Reiß, Telefon (030) 7563563.



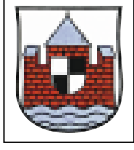

Königsberg, Labiau, Samland – Freitag, 19. Oktober, 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf: Treffen. Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Memelland – Donnerstag, 11. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102,10585 Berlin/ U-Bf. Richard-Wagner-Platz: Treffen unter dem Motto „70 Jahre AdM – ein Rück- und Ausblick“ mit dem Bundesvorsitzenden Uwe Jurgsties zu einer interessanten Informations- und Diskussionsveranstaltung. Gäste sind natürlich wie immer herzlich willkommen. Informationen bei Hans-Jürgen Müller, E-Mail: hjm.berlin@t-online.de, Telefon (0171) 5483892.



Rastenburg – Sonntag, 14. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin, Anfragen an Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.




Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 13. Oktober, 13 Uhr, Ratskeller Charlottenburg Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen. Anfragen an Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.



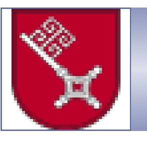
BRANDENBURG

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com Internet: https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

Potsdam – Sonntag, 13. Oktober, ab 10 Uhr. Der Vorstand der LO-Landesgruppe Brandenburg lädt alle Ostpreußen und an Ostpreußen Interessierten zu einer Gemeinschaftsveranstaltung mit der PRUSSIA-Gesellschaft und der Prußen-Stiftung TOLKEMITA ein. Die Teilnahme ist kostenfrei. Der Raum isr ab 9 Uhr geöffnet. Ort: Galerie „Die Ersten Preußen“ in 14467 Potsdam, Am Neuen Markt 9d. Hinweis: Im Innenhof des Kutschstalls wird ein weiteres Gebäude errichtet. Bitte um den Bauzaun herumgehen, der Eingang zur Galerie ist erreichbar.

Programm: 10 Uhr: Mitgliederversammlung der LO-Landesgruppe Brandenburg e.V., 10.30 Uhr: Begrüßung, Totenehrung, 10.45 Uhr: Reflexion zukünftiger Aktivitäten der Stiftung TOLKEMITA und Zukunft der Galerie „Die Ersten Preußen“, 11 Uhr: Münzen in Altpreußen – Prußen, Ordensstaat, Herzogtum, 12 Uhr: Lesung aus dem zweibändigen Werk „Gotteshäuser in Königsberg“. Band I befasst sich mit der Zeit bis 1945, Band II mit der Zeit ab 1945 bis zur Gegenwart, 13 Uhr: Auswirkungen der Reformation auf die Gesellschaft, 13.15 Uhr: Mittagspause, Gelegenheit zum Gedankenaustausch. Kleiner Imbiss, 14.15 Uhr: Neue Erkenntnisse über das Schicksal der Schau- und Studiensammlung des vormaligen Prussia-Museums in Königsberg nach 1945, 14.45 Uhr: „Melancholie einer Landschaft, Bilder der Kurischen Nehrung“, eine Präsentation fotokünstlerischer Aufnahmen von Königsberg bis Memel, 15.30 Uhr: Ausklang, Gedankenaustausch.

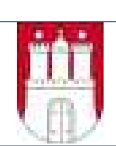
Der Vorstand freut sich, Mitglieder sowie Gäste möglichst zahlreich begrüßen zu können und wünscht eine gute Anreise.



BREMEN

Bremen – Dienstag, 16. Oktober, 18 Uhr, Wallsaal der Stadtbibliothek Bremen: Gemeinsame Veranstaltung von Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen e.V., Bremen, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Bremen, Stadtbibliothek Bremen und Buchhandlung Geist „Vergessene Geschichte – Das Schicksal von Ostpreußens Wolfskindern und der Königsberger Restbevölkerung“. Mitwirkende sind Christopher Spatz, der auch mit seinem Buch „Nur der Himmel blieb derselbe“ viel für die Wahrnehmung der Wolfskinder erreicht hat, Rotraud Hahn, Zeitzeugin der Königsberger Jahre 1945 bis 1948, „Wolfskind“ Horst Bartsch, der in Güterzügen nach Litauen fuhr, der Filmemacher Jonny Reimers mit der Verfilmung eines Zeitzeugen-Interviews mit Rotraud Hahn.

Das Schicksal der über 1945 hinaus in Ostpreußen verbliebenen Menschen bedarf der öffentlichen Erinnerung und des Gedenkens. Dazu möchten wir mit unserer Veranstaltung anregen. Bisher gab es die Erinnerung an die vielen Verluste nur in der Individualität der wenigen Überlebenden. Der Eintritt ist frei.

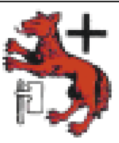


HAMBURG

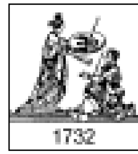
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 6. Oktober, 11 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Historischer Heimatmarkt des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.), nahe der Haltestelle S1, S3 Stadthausbrücke; U3 Rödingsmarkt oder Buslinie 6 und 37, Haltestelle Michaeliskirche. Der Ostpreußenstand ist auch vertreten. Gäste sind herzlich willkommen. – Donnerstag, 25. Oktober, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Gruppenleitertreffen und Kulturreferatssitzung. Zu diesem Termin eingeladen sind auch alle Mitglieder der Heimatkreisgruppe Gumbinnen in der Landesgruppe Hamburg, um organisatorische Fragen zum Status der Gruppe und ihrer Mitglieder zu klären; auch die Frage, ob die Mitglieder der Heimatkreisgruppe Gumbinnen einer anderen Heimatkreisgruppe beitreten möchten. Vertreter und Mitglieder der Heimatkreisgruppen werden dabei die Gelegenheit haben, sich kennenzulernen.

KREISGRUPPEN



Heiligenbeil – Donnerstag, 18. Oktober, 14 Uhr, AWO Seniorentreff im Stadtteilhaus „Horner Freiheit“, 1. Etage (Aufzug vorhanden), Am Gojenboom 46: Herbstfest und 70-jähriges Bestehen der Gruppe. Die Mitglieder wollen mit ihren Freunden aus Ostpreußen und Hamburg bei Kaffee und Kuchen in geselliger Runde fröhliche und besinnliche Stunden miteinander verbringen, und über 70 Jahre fern der Heimat „Schabbern“. Sie erreichen den AWO Seniorentreff mit der U2 Richtung Mümmelmannsberg oder U4 Richtung Billstedt, beides bis Horner Rennbahn, hier den Ausgang „Am Gojenboom“ benutzen, direkt daneben ist das Stadtteilhaus „Horner Freiheit“, für Rolatoren und Rollstuhlfahrer, gibt es einen Aufzug, der zum Einkaufszentrum hinauf führt, hier sind es dann einige Minuten Fußweg, bis zum Stadtteilhaus. Anmeldung bis zum 16. Oktober bei Ldm. K. Wien, Telefon (040) 32049041, der Kostenbeitrag für Kuchen und Kaffee beträgt 5 Euro.



Salzburger Verein e.V. – Landesgruppe Hamburg/ Schleswig-Holstein/ Niedersachsen – Sonnabend, 6. Oktober, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenauer Allee 41, Hamburg: Treffen mit einem Vortrag zu „Aberglauben und Spuk im alten Ostpreußen“ und einem Bericht über das Jahrestreffen in Radstadt und die MG-Versammlung in Bielefeld.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 13. Oktober, 14.30 Uhr, Luise-Büchner-Haus, Darmstadt-Kranichstein: Erntedankfest mit einem Vortrag von Gerlinde Groß.

Wir wünschen allen Kranken eine gute Genesung und hoffen, dass sie bald wieder an unseren Veranstaltungen teilnehmen können.

Wetzlar – Montag, 8. Oktober, 13 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Erntedankfeier. Dazu wird Pfarrer Christian Silbernagel eine Andacht halten. Die Kulturbeauftragte der Landsmannschaft, Karla Weyland (Rauschenberg), hält einen Vortrag zum Thema „Manchmal seh' ich im Traum unser'n alten Kruschkenbaum“. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 77055. – Sonntag, 14. Oktober, 14 Uhr, Bürgersaal Büblingshausen, Unter dem Ahorn 22: Tag der Heimat des Wetzlarer Orts- und Kreisverbands des Bundes der Vertriebenen. Festredner ist der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und Vize-Präsident des Bundes der Vertriebenen Stephan Mayer (CSU). Er spricht zum Thema „Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen“. Der Volkstumsnachmittag wird mitgestaltet von den Ichelhäuser Musikanten, dem Union-Chor Wetzlar 1873 und dem Sängerchor Lahngruß 1908 Wetzlar, dem Chor der Landsmannschaft Egerland Oberndorf und der Gesanggruppe „Stimme der Hoffnung“. Der Eintritt ist frei.

Wiesbaden – Donnerstag, 18. Oktober, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition (bitte auch Portionen zum Mitnehmen angeben) unbedingt anmelden bis spätestens 12. Oktober bei Helga Kukwa, Telefon 373521.





MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Eindrucksvolle Führung durch das wiedereröffnete Ostpreußische Landesmuseum. Erwartungsgemäß groß war die Beteiligung an der Jahreshauptversammlung der Landesgruppe Niedersachsen am 11. September, fand sie doch im soeben wiedereröffneten Ostpreußischen Landesmuseum unter Vorsitz von Barbara Loeffke statt. Unter den Gästen konnten der Landesvorsitzende der Landesgruppe Sachsen-Anhalt, Kreisvertreter von Schloßberg, Michael Gründling, und Geschäftsführer des BdV-Landesverbandes Niedersachsen, Michael Gediga, begrüßt werden.

Auch in dieser Hauptversammlung standen die Arbeitsberichte der Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände im Mittelpunkt. Natürlich fehlten in keinem der Jahresprogramme Lichtbildervorträge und Lesungen über das alte Ostpreußen, seine Dichter, seine Menschen, seine Feste und seine einmalige Natur. Reisen in die Heimat finden immer noch Interesse. Auch Unternehmensbesichtigungen oder Themen von allgemeinem Interesse wie dem Wirken der Johanniter Unfallhilfe wurden behandelt. Die Berichte boten vielerlei Anregungen für die Aktivitäten vor Ort, sodass unsere Mitglieder auch 2019 wieder mit einem interessanten Programm rechnen können. Besonders erwähnenswert ist, dass sich auch Nichtvertriebene zur Landsmannschaft Ostpreußen, zu dem Land und seinen Menschen hingezogen fühlen und die Mitgliedschaft in unseren Vereinen erwerben.

Die Landesvorsitzende berichtete über die Kontaktpflege zu den befreundeten Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden auf Landes- und Bundesebene, zu den Repräsentanten der Parteien und natürlich auch über die Unterstützung des Ostpreußischen Landesmuseums. Mit der Behandlung der Regularien endete der Teil I der Veranstaltung. Die Schlussworte von Loeffke galten den Vorsitzenden der Bezirks-, Kreis- und Ortsgruppen, denen für ihren jahrzehntelangen aufopferungsvollen Einsatz für Ostpreußen zu danken ist, dass die Landsmannschaft Ostpreußen weiter fortbesteht und Ostpreußen unvergessen ist.

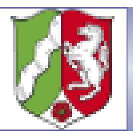
Im Teil II der Veranstaltung schwelgten die Versammlungsteilnehmer in Erinnerungen an die ferne Heimat bei der exzellenten Führung von Museumsdirektor Joachim Mähnert durch das Ostpreußische Landesmuseum mit den gekonnt gestalteten Abteilungen. Beginnend mit der Frühgeschichte, dann überleitend zur Geschichte Preußens mit der unvergessenen Königin Luise und schließlich der Endpunkt: Ankunft in Lüneburg. Mit dem Blick auf die ostpreußische Kunst, die Literatur und die Natur, die in den Dioramen besonders anschaulich wurde, zog Mähnert alle in seinen Bann. Besonders faszinierten natürlich die Darstellung des Goldes der Ostsee, die Arbeiten von Cadinen sowie die Jagd und die Pferdezucht in Trakehnen. In diesem Museum werden, so informierte Mähnert, Jung und Alt gleichermaßen an die Schönheit und die Leistungen Ostpreußens in Wort und Bild, für die Kinder zum Mitmachen, herangeführt.

Der letzte Blick fiel auf die Darstellung der Anfänge des Museums, nämlich das Ostpreußische Jagdmuseum und seinen Gründer Hans-Ludwig Loeffke, das 1958 eröffnet und auf eine bewegte, erfolgreiche 30-jährige Geschichte zurückblicken konnte bis es zur Gründung des Ostpreußischen Landesmuseums vor 30 Jahren kam. Loeffke dankte Mähnert für seine umfassende Führung durch das Museum, ganz besonders aber für den jahrelangen Einsatz bei der Neugestaltung des Museums und sein großartiges Engagement für Ostpreußen.

Für die Besucher stand fest, dem Museum bald wieder einen Besuch abzustatten und von dem vielfältigen Veranstaltungsangebot Gebrauch zu machen. Erfreulich ist, dass schon jetzt über die nächste Museumserweiterung gesprochen werden kann, in der dem großen ostpreußischen Philosophen Immanuel Kant ein würdiges Gedenken gewidmet werden soll.

Oldenburg – Mittwoch, 10. Oktober: Erntedank-Nachmittag, wir bieten ein reichhaltiges Programm rund um das ostpreußische Erntefest. Wir wollen das Pfefferkuchen-Gewürz von Staesz (vormals von der Gewürzmühle Nesse) vorstellen, ein Vortrag von Ulrich Krause, Loxstedt.

Rinteln – Donnerstag, 11. Oktober, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Holger Schramm aus Emmerthal spricht über seine „Historische Wanderung durch die Dolomiten“ und zeigt dazu seine entsprechenden Bilder. Neben Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386 oder E-Mail: rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Zur Frühjahrstagung der Landesgruppe am 16. März 2019 in Oberhausen soll eine Festschrift vorliegen, die Darstellungen des kulturellen Erbes Ostpreußens, einen Abriss der west- und ostpreußischen Geschichte, Einzelbeiträge prominenter Autoren, aber auch und vor allem Porträts der Kreisgruppen enthalten wird.

Alle Kreisgruppen in NRW werden gebeten, sich in Beiträgen mit ihren Aktivitäten, besonderen Veranstaltungen, herausragenden Persönlichkeiten, grenzüberschreitenden Aktivitäten und Dergleichen darzustellen. Abbildungen sind erwünscht, aber nicht Bedingung. Die eingereichten Beiträge sollten, falls möglich, in elektronischer Form als Text-Dokument an den für die Festschrift zuständigen Mitarbeiter der Geschäftsstelle, Jürgen Pauleit (Pauleit@Ostpreussen-NRW.de), geschickt werden. Maschinenschriftliche Beiträge können ebenfalls eingereicht werden, sollten dann aber OCR-lesbar sein. Falls Beiträge nur handschriftlich geliefert werden können, bitten wir dies mit Jürgen Pauleit, Telefon (0208) 878957 abzusprechen.

Bielefeld – Montag, 8. Oktober, 14 Uhr, Haus der Diakonie, Kreuzstraße 19a, 33602 Bielefeld: Heimatnachmittag zum Erntedank.

Düren – Mittwoch, 10. Oktober, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a: Heimatabend „Erntedankfest“.

LMA Fortsetzung auf Seite 18



Lüneburg: Direktor Mähnert beim Rundgang vor einem Portrait der Königin Luise Bild: privat

Anzeige

Liegt alles so weit zurück
Jugend, Liebe und Glück.
Bin müde nun
und möchte ruh'n.

Geliebt, umarmt und unvergessen!

Reinhold Bahl

geb. am 14. 2. 1934
in Rosoggen, Kreis Sensburg/Ostpreußen

gest. am 10. 9. 2018
in Braunschweig/Ns.

Es trauern um ihn:
seine Familie
seine Schwestern Hiltrud, Christel und Ilse
und alle Verwandten

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

Düsseldorf – Freitag, 12., bis Montag, 15. Oktober: Fahrt nach Lüneburg mit Besuch des Ostpreußischen Landesmuseums. Informationen unter Telefon (0211) 682318. – Sonnabend, 13. Oktober, 15 Uhr, GHH: Herbsttreffen der Memelländer. – Mittwoch, 17. Oktober, 18 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH, Eichendorff-Saal: Chorproben mit Radostina Hristova.

Ennepetal – Erntedankfest Sonntag, 7. Oktober, 14 Uhr (Beginn 15 Uhr), Restaurant Rosine, Bergstraße 4–6, Ennepetal-Voerde: Erntedankfeier. Eintritt: 5 Euro. Chorvortrag durch den Christlichen Chor Milspe, Grußwort der Bürgermeisterin Imke Heymann zum Erntedank, Landesvorsitzender der LM Ostpreußen, Tombola, gemeinsame Lieder und Abendessen. Wir laden alle Ostpreußenfreunde herzlich ein. Anmeldung bei Gerhard Sadlowski, Telefon (02333) 75137 oder Monika Wakenhut, Telefon (02333) 75314.

Köln –Mittwoch, 10. Oktober, 14 Uhr, Café zum Königsforst, an der Endhaltestelle der KVB-Linie 9 Königsforst. Denen, die unsere Ecke im besagten Café noch nicht kennen, sei gesagt, das man sich dort gemeinsam mit der Pommerngruppe sehr wohl fühlen kann. Es werden Lieder in Begleitung eines Instrumentes gesungen, Gedichte aus alter oder neuerer Zeit rezitiert und Geschichten eigener Feder oder bekannter Autoren vorgelesen. Oft hören wir den Erzählungen der Erlebnisgeneration aus alten Zeiten zu. Der Service ist gut, der Kuchen noch besser und der Kaffee eine Gaumenfreude. Schauen Sie doch mal versuchshalber herein; Sie sind zu nichts verpflichtet.

Neuss – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe.

Schwelm – Sonnabend, 13. Oktober, 14.30 Uhr (Beginn: 15 Uhr), Sportlerheim FC, Freiherr-von-Hövelsweg: Erntedankfest.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 6. Oktober, 15 Uhr, „Dülkener Hof", Lange Straße 54: Erntedankveranstaltung. Auch in diesem Jahr wird für Ihr leibliches Wohlbefinden in bewährter Weise gesorgt. Der Unkostenbeitrag beträgt für Kaffee, Kuchen und ein Garantielos 7,50 Euro pro Person. Spenden für unsere Erntedankverlosung werden vom 1. bis zum 5. Oktober erbeten (An der Hees 15). Bitte bringen Sie Freunde und Bekannte mit. Jeder zusätzliche Gast sichert das zukünftige Fortbestehen unserer Gruppe und ist bei uns herzlich willkommen.

Wesel – Die Landsmannschaft Ostpreußen-Westpreußen, Kreisgruppe Wesel, führt am 6. Oktober um 15 Uhr in der Heimatstube, Kaiserring 4, ihr traditionelles Erntedankfest mit Tombola, Kartoffelsalat und Würstchen durch. Eine Anmeldung war erforderlich. Informationen bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder M. Rohde, Telefon (02852) 4403.

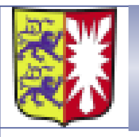
Witten – Montag, 15. Oktober, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Erntedank „Pilze und Kartoffeln".



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonnabend, 6. Oktober, ab 10.30 Uhr, Platner Hof, Platnerstraße 35–39, Chemnitz: „Tag der Heimat". Am Vormittag wollen wir den neuen Landesvorstand der Landesgruppe Sachsen wählen. Alle Delegierten sind herzlich eingeladen. Nach der Mittagspause beginnen wir mit dem Posaunenchor der St. Matthäus Kirche. Der Kindergarten wird im Anschluss mit einem kleinen Kulturprogramm den Nachmittag beschließen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Donnerstag, 11. Oktober, 14.30 Uhr, Vortragsraum AWO: Vortrag „Das neue Russland", Axel Simanowski berichtet von seiner Schiffsreise von St. Peterburg nach Moskau.

BERICHT

In diesem Jahr führte uns die gut durchorganisierte Herbstfahrt zur Hengstparade nach Redefin MV. Am Sonntag, 16. September, starteten wir morgens in Bad Schwartau mit 43 Teilnehmern zunächst zur Fliesenstadt Boizenburg/Elbe. Dort teilten wir uns für eine Stadtführung in zwei Gruppen auf und begannen einen Stadtrundgang durch die malerische noch aus dem Mittelalter gut erhaltene Altstadt mit dem freistehenden Rathaus auf dem Marktplatz, ein barocker Fachwerkbau aus dem 18. Jahrhundert. Nach der politischen Wende wurde ab 1991 der historische Stadtkern mit dem Rathaus, den Wallanlagen und dem Hafenbereich unter anderem im Rahmen der Städtebauförderung und dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz gründlich saniert. Neben den wunderschönen Fliesenbildern an vielen Fassaden hat das erste deutsche Fliesenmuseum bedeutenden Anteil daran, dass Boizenburg den Beinamen „Fliesenstadt" trägt. Wir durchwandern die von einer ringförmigen mittelalterlichen Wallanlage mit zwei Wasser-Gräben umgebene Innenstadt, die nach einem Stadtbrand im Jahre 1709 durch den Wiederaufbau ihre fachwerkbauliche barocke Prägung erhielt. Die vielen kleinen Fachwerkhäuser, die unmittelbar an den Wallgräben grenzen und das gesamte Stadtbild maßgeblich prägen, sind mit über 45 Brücken mit dem Mittelwall verbunden, was der Elbestadt auch den Namen Klein Venedig des Nordens einbrachte.

Nach diesem doch sehenswerten und interessanten Abstecher und einem genüsslichem Mittagstisch ging unsere Fahrt weiter nach Redefin, einem kleinen Dorf mit großer Bedeutung durch das Landesgestüt MV. Alljährlich findet hier eine spektakuläre Hengstparade mit vielen Darbietungen zu Pferde statt. Eingeleitet wurde die Show durch den Landwirtschaftsminister Mecklenburg-Vorpommerns Till Backhaus, der die Bedeutung der Pferdezucht in seinem Lande hervorhob.

Ein kurzer historischer Rückblick: Eine landesherrschaftliche Stuterei bestand hier schon 1710. Sie belieferte den herzoglichen Schweriner Marstall mit edlen Pferden. Um die Pferdezucht zu verbessern, erfolgte 1812 durch Großherzog Friedrich Franz I. die Gründung eines Landgestüts. Die Gebäude des Gestüts entstanden 1820–1824 unter dem Oberstallmeister Vollrath Joachim Helmuth von Bülow. Durch die Verwendung von Englischen Vollblut-Hengsten, verbunden mit bodenständigen Stutenstämmen, erhielt man Pferde, die zu europaweiter Nachfrage führten.

1935 wurde erstmals eine Hengstparade veranstaltet, damals noch als reine Zuchtschau. Mit der Wende übernahm 1993 das Land Mecklenburg-Vorpommern das Gestüt und es wurde damit begonnen, die Bausubstanz der historischen Gestütsanlage zu sanieren. Das Gestüt dient auch der Hengstzucht und der Durchführung von Hengst- und Stutenprüfungen. Die alljährlichen Hengstparaden gehören bis heute zu den bedeutendsten Großveranstaltungen Mecklenburg-Vorpommerns und die Anlagen sind ein Kulturstandort, touristischer Anziehungspunkt und dienen so auch Repräsentationszwecken des Landes.

Zurück zum Tagesprogramm: In einem dreistündigem Programm, mit mehr als 18 Schaubildern, wurden uns die Landbeschäler an der Hand, unter dem Reiter, und vor dem Wagen vorgestellt. Ein besonderer Genuss anzusehen war die Freidressur einer Belgierin mit ihren sechs arabischen Schimmeln, die an Hypnose grenzte. Die großen Attraktionen waren der Mehrspänner, der von 16 Pferden gezogen wurde, die vier römischen Kampfwagen, die von vier Pferden gezogen durch die Arena preschten und letztlich bildete die Lützower Quadrilliarde den donnernden Abschluss, die in der Attacke mit gezogenen Säbeln im gestreckten Galopp den Platz verließen.

Es war eine spannende Show, die uns noch lange in Erinnerung bleiben wird. *Hans-A. Eckloff*





Redefin: Bad Schwartauer besuchen die Hengstparade Bild: privat

Neumünster – Am 12. September traf sich die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen zum gemeinsamen Mittagessen, wahlweise Sauerfleisch und Matjes, in der Stadthalle.

Die Vorsitzende begrüßte die Ostpreußin Gerta Heykena, die mit ihren lustigen Beiträgen für Stimmung und Frohsinn sorgt. Erstaunlich, was sie alles aus ihrem Pungel kramt! Typisch ostpreußische Geschichten brachte sie vor, fröhliche Lieder, auch zum Mitsingen, brachten die Teilnehmer zum Schunkeln und Vergnügtsein.

Der Vorsitzenden wurde mit netten und lieben Worten, einem großen Blumenstrauß und Ständchen zum Geburtstag gratuliert. Der Nachmittag endete nach drei Stunden mit dem Westpreußenlied und dem Ostpreußenlied. *B. Profé*

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 9. Oktober, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Erntedanknachmittag. Erntedank – der Dank an Gott für die Ernte. Unter diesem Motto feiert die Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig Gruppe Fehmarn mit Pastorin Bettina Axt aus Burg. Gäste sind willkommen.

Flensburg – Sonntag 7. Oktober, 10 Uhr, St.-Michael-Kirche: Erntedankfest mit Pastor Sander. Anschließend gemeinsames Mittagessen und Besuch der Grabstelle von Wilfried Pollack. – Freitag, 12. Oktober, 15 Uhr, TSB-Gaststätte, Eckenerstraße: Tag der Heimat der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg mit Kaffeetafel und Vortrag. –Mittwoch, 24. Oktober, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé: Kaffeetafel, anschließend zweiter Teil des Vortrages von Siegfried Hoefer über „Nordostpreußen – 1990 bis heute".

Neumünster – Mittwoch, 10. Oktober, 15 Uhr, Stadthalle, Kleinflecken 1: Erntedankfeier mit Gedichten, Geschichten und Liedern. Gäste sind willkommen.

Uetersen – Freitag, 19. Oktober, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Landesvorsitzender Edmund Ferner berichtet in einem Dia-Vortrag über seine Reise ins nördliche Ostpreußen im vergangenen Herbst.

»Hilfe für Euch«

Schleswig – Am Wochenende, 6. und 7. Oktober, je 11 bis 17 Uhr, stellt die Arbeitsgemeinschaft »Hilfe für Euch« wieder im Kloster St. Johannis in Schleswig ihre wertvollen Handarbeiten aus Ostpreußen aus. Zum Kauf angeboten werden Accessoires für Wohnzimmer, Küche und Bad, die beliebten handgestrickten Socken und qualitativ hochwertige Röcke und Zweiteiler sowie Honig und Bernstein aus Ostpreußen, Kochbüchlein, Fotokarten und handgefertigtes Konfekt.

Der Erlös kommt einerseits den Frauen zugute, die sich durch ihre Arbeit ein Zubrot für ihre Familien verdienen, andererseits den rund 100 bedürftigen Familien, die von der Arbeitsgemeinschaft ehrenamtlich betreut werden.

Es gibt Kaffee und selbstgebackenen Kuchen. *U. Madeya*

Malkurs

Elmshorn – Montag, 15., bis Freitag, 19. Oktober: Kindermalkurs in den Herbstferien, kompetent und mit viel Freunde geleitet von der Illustratorin Susanne Berger, für Kinder ab 5 bis 8 Jahren in den Räumlichkeiten der Dittchenbühne, „den Spaß am Fantasieren mit Stift und Pinsel entdecken". Die Kurszeiten: 10 bis 12.30 Uhr für Kinder ab 8 Jahren, 14 bis 16 Uhr für 5- bis 7-Jährige. Nähere Informationen und Anmeldung unter Telefon (04121) 89710 oder per E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Ostpreußenkalender

„Masuren als Malerlandschaft" Kalender 2019 im Format: 50 x 35 Zentimeter, 23,70 Euro, „type art satz & grafik", Telefon (0231) 5573780, E-Mail: info@typeart-dortmund.de.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Fragen kultureller Identität aufwerfen

Kloster Kolbatz tritt aus dem Schatten der vergessenen Kultur

Am vergangenen Sonnabend standen Dorfbewohner und Gäste im pommerschen Kolbatz [Kolbacz] Schlange und starrten wie gebannt die dortige Zisterzienserklosterkirche an. Grund dafür war ein Projekt, das an vergessene pommersche Kulturwelten erinnern will. So wurde auf der Kolbatzer Klosterkirche die Geschichte des Klosters projiziert und durch Musik von Petrus Wilhelmi (1392–1480) aus Graudenz [Grudziadz] untermalt.

Dank neuester Computeranimationstechnik konnten die Zuschauer beobachten, wie die ersten Zisterziensermönche nach Kolbatz kamen, wie das Kloster gebaut wurde und die Abtei ihre Blüte erlebte, aber auch zahlreiche Überfälle, Plünderungen des Klosters bis hin zu seiner Auflösung und Umwandlung in eine Residenz der Herzöge von Pommern.

Die 22 Kilometer südöstlich von Stettin [Szczecin] liegende Klosteranlage Kolbatz war ein bedeutendes Kultur- und Kolonisationszentrum Pommerns. Gegründet wurde es durch Abt Reinhold von Esrom von der dänischen Insel Seeland im Jahre 1174 mit zwölf Mönchen.

Die Zisterzienser haben jedoch nicht nur gebetet. Sie rodeten und kultivierten das Land, in das sie gesandt wurden. Zu ihren ersten Arbeiten in Kolbatz gehörte der Bau der Marienkirche. Durch die Umleitung der Plöne [Plonia] gewannen die Mönche wertvolles Ackerland, dazu gehörte auch das sogenannte Pyritzer Weizackerland [Pyrzyce] und eine Wasserstraße zum Dammschen See.

Zu den Kolbatzer Tochterklöstern zählten Oliva [Oliwa], Marienwalde [Bierzwnik] und Himmelstädt [Mironice]. In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts kam es zu Konflikten mit den Johannitern, 1324 zum Streit um die Gollnower Heide mit Stargard [Stargard Szczecinski], der im Urteil für Kolbatz günstig ausfiel. Diese Glanzzeit des Klosters Kolbatz endete um das Jahr 1533. Die ersten Mönche verließen das Kloster. 1534 legte dann auch der letzte Abt Bartholomäus sein Amt nieder, und aus dem Kloster wurde eine herzogliche Domäne. 1811 wurde dann auch die Domäne Kolbatz verkauft und kam später in den Besitz des Swinemünder [Swinoujscie] Kaufmanns und Reeders Friedrich Wilhelm Krause. In unsere Zeit überdauerten nur die Kirche und ein Nebengebäude, der sogenannte Speicher mit seiner am Westgiebel angebrachten Rosette.



Bild: Jacek/Wikipedia

Wurde zur Projektionsfläche: Das Zisterzienserkloster in Kolbatz zeigte Computeranimationen zur Geschichte des Klosters

Das 2008 ins Leben gerufene Projekt „Kolbatz – Schatten der vergessenen Kultur" soll den Bewohnern dieses Kulturerbe näherbringen. „Das Kloster ist das älteste Backsteingebäude Pommerns. Mit der Veranstaltung möchten wir Themen rund um die Kultur, Ethnografie und Geschichte der durch die Zeit fast verwischten Spuren von besonderen Orten der Region anbieten. Unser Projekt soll Fragen zu unserer kulturellen Identität aufwerfen, zum Nachdenken und Erinnern motivieren", sagte Organisator Radoslaw Palus gegenüber „Radio Stettin".

In den vergangenen Jahren wurde das Leben der Zisterziensermönche beleuchtet, eine Reise in die Vergangenheit zum fruchtbaren Weizenacker unternommen oder auf den Spuren von Dorfmusikern gewandelt – immer mit dem Ziel vor Augen, die Kulturlandschaft der Zisterzienser zu ergründen. *Chris W. Wagner*

Groß Volz, Kreis Rummelsburg

Die Familie von Massow auch nach der Vertreibung dort aktiv

Groß Volz lag 125 m über dem Meeresspiegel auf dem baltisch-uralischen Höhenrücken im Regierungsbezirk Köslin, im Kreise Rummelsburg.

Erreichbar war es über vier Straßen und zwar von Rummelsburg (4 km), Bublitz (22 km), Kamnitz (4 km) und Klein-Volz (2,5 km).

Seine landwirtschaftlichen Flächen sind als hügelig, zum Teil sogar bergig zu bezeichnen, weshalb der Weizenanbau der Höhenlage wegen (Auswinterungsgefahr) unrentabel war.

Auf der 455 ha großen landwirtschaftlichen Fläche wurden Winterroggen, Sommergerste, Hafer, Gemenge und Kartoffeln angebaut. 25 ha waren allein der Saatzuchtvermehrung von Kartoffeln vorbehalten.

Zu Groß Volz gehörte auch eine Brennerei mit 78 LW Brennrecht. Dort und in der Schweinemast wurden die meisten Kartoffeln verbraucht. Die sehr gut aufgebaute Rinderherdbuchherde hatte einen Endbestand von 75 Milchkühen und 50 Stück Jungvieh. 300 Merino- Fleisch- und Wollschafe, sowie 480 Schweine (veredeltes Landschwein) ergänzten den Viehbestand. Darüber hinaus waren noch 55 Stück Rindvieh der Deputatarbeiter zu Lasten des Gutsbetriebes zu unterhalten.

Weit über seine Grenzen hinaus war Groß Volz wegen seiner ausgezeichneten Privatdeckhengststation bekannt, zu der zwei eigene Deckhengste (Hannoveraner) und 21 eingetragene Zuchtstuten, von denen 6 mit Staatsprämien ausgezeichnet waren, gehörten.

Durch die großen zusammenhängenden angrenzenden Wälder hatte Groß Volz einen außergewöhnlich guten Wildbestand. Der Groß-Volzer Abschussplan eines Jahres lautete etwa:

Rotwild: 40 Stück; Rehwild: 45 Stück; Sauen: ca. 60 Stück; Hasen und Enten ca. jeweils ca. 100. Das Röhren der Hirsche konnte man ausgezeichnet vom Hause aus hören.

Auszug aus dem Güteradressbuch Pommern von 1939: Besitzer: Rüdiger von Massow; Größe: 1.103 ha; Pferde: 30, Rindvieh: 105, Schafe: 300, Schweine: 280.

Zum Gut gehörten zwei Gutshäuser. Das große Gutshaus, in dem noch die Eltern des letzten Besitzers bis zur Vertreibung wohnten, war ein von der Witwe des Otto Karl August errichteter Fachwerkbau, an den im Laufe der Jahre immer wieder angebaut worden war.

Dieses Haus hatte fünf Wohnzimmer, ein Esszimmer, drei Schlafzimmer, sieben Fremdenzimmer und die Wirtschaftsräume mit Unterkünften für das Personal.

In einem der Zimmer hing das Bild von Ludwig v. Massow. Der Park, der sich an den See lehnte, war zu einem Teil mit großen, alten Buchen bestanden. Durch ihn führten Wege mit Sitzgelegenheiten zu einem Krocket-Platz und einem schönen Badehäuschen mit Sprungbrett und der in das Ufer eingegrabenen Bootsanlegestelle.

Die andere Seite des Parkes, die dort bis zur Brennerei reichte, war 1935 wegen Überalterung der Buchen und Eichen abgeholzt, jedoch mit verschiedensten Laub- und Nadelholzarten wieder aufgeforstet worden.



Gutshaus und Gutshof Groß Volz 1929
Foto: Fam. von Massow

Das kleine Gutshaus enthielt zwei Wohnzimmer, ein Esszimmer, zwei Schlafzimmer, ein Kinderzimmer und zwei Fremdenzimmer. Dieses kleine Gutshaus war ursprünglich das Beamtenhaus, das sich der letzte Besitzer für eigene Zwecke modern ausgebaut hatte.

Vor dem großen Gutshaus lag rechteckig der Hof, an dessen Ende ein See grenzte, der die Gebäude, Hof, Garten und Park halbkreisförmig umschloss.

Somit lag Groß Volz praktisch auf einer Halbinsel.

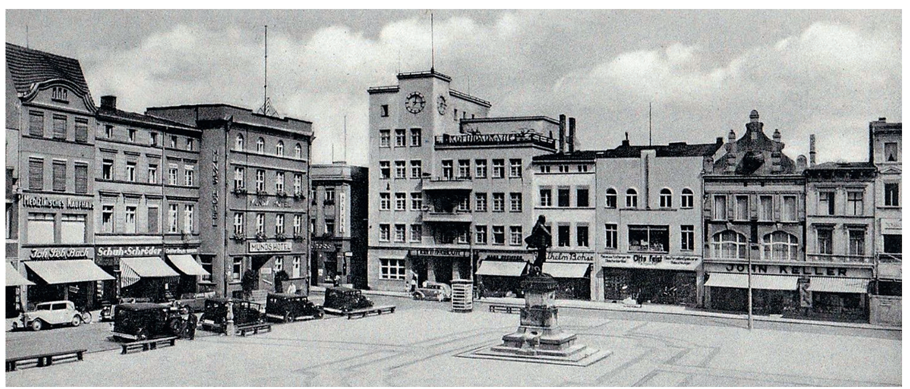
Eine in dem See gelegene, sehr hübsche Insel wurde von Kaspar Otto als Garten genutzt; hier war auch ein massives, achteckiges Teehäuschen errichtet worden, in welchem während der Sommermonate bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges ab und zu 12 bis 16 Personen Tee bzw. Kaffee trinken konnten.

Das Dorf und der Gutshof mit seinem sich nach Süden hin ausdehnenden großen Park wird von dem großen Dorfsee im Westen und vom Kirchsee im Osten und Süden eingeschlossen, die durch einen Stichgraben verbunden sind. Am Ende des Gutshofes gegen Norden erhebt sich ein Hügel, auf dem die Kirche steht und der Friedhof angelegt ist. Die aus Feldsteinen gebaute Kirche entsprach in ihrer Schlichtheit ganz den Bedürfnissen der hier lebenden pommerschen Christen, deren ganzes Leben aus Arbeit und aus dem festen Vertrauen zu ihrem Herrgott bestand. Nach echt pommerscher Art saßen hier früher die Männer rechts und die Frauen links in den Bänken. Diese Sitte ist dann aber nach dem ersten Weltkrieg nicht mehr eingehalten worden.

Das Abendmahlsgerät dieser Kirche zierte das Massow-Wappen. Einen ganz besonders schönen und immer in der Erinnerung bleibenden Blick hatte man, wenn man gegen Abend durch das geöffnete Kirchenportal heraus über das Dorf und den von der untergehenden Sonne beschienenen See bis hinüber zum herrlichen Buchenwald sah. Auf dem Friedhof dieses Kirchenhügels ruhen in schlichten Gräbern die Vorfahren der Massows, als letztes Lieselotte Kautz, geb. v. Massow, geboren am 30.09.1899 in Gr.-Volz, gestorben am 28.04.1942 in Rummelsburg. Die Gr.-Volzer Kirche ist eines der ganz wenigen Gotteshäuser im ehemaligen deutschen Osten (jetzt Polen), in dem noch in deutscher Sprache evangelischer Gottesdienst stattfindet.

Gisela v. d. Groeben, geb. von Massow

Die letzte Gutsherrin auf Groß Volz, Ehrengard von Massow, geb. von Schack (1916 - 2014), übrigens vor ihrer Ehe eine bekannte Tänzerin, lebte nach ihrer Heirat 1936 mit ihrem Mann Rüdiger von Massow auf dem bereits im 16. Jahrhundert erwähnten Familienbesitz. Ehemals ein altes Lettow´sches Lehen, wurde es 1519 an Lütcke von Massow verkauft; war in ununterbrochenem Besitz der Familie von Massow bis zum letzten Besitzer Rüdiger von Massow, der das Gut bis zum Kriegsende 1945 bewirtschaftete.
Die Liebe zur Heimat ließ sie 1993 wieder zurückkehren. Sie pachtete eine Fläche von 28 ha für 30 Jahre und baute sich ein Holzhaus außerhalb des Gutsgeländes, obwohl das Gutshaus noch auf dem alten Hof steht: Die alte Frau von Massow, deren Mann hier geboren wurde und die auch ihre Kinder in Groß Volz bekommen hat, ist in der Umgebung sehr bekannt, mehr ein Kuriosum und trotz eines Überfalles vor geraumer Zeit, hielt sie den Kontakt auch zu den polnischen Menschen im Dorf. Trotzdem hatte sie keine Angst. Ehrengard von Massow hatte sich entschieden, in der Nähe des alten Gutshofes zu leben und ihre schottischen Hochlandrinder zu züchten: Sie richtete sich so gut es ging für die nächste Zeit in ihrem Haus ein, bekam Besuch von der Familie, fuhr auch mal nach Warschau, wenn die Bürokratie es verlangte – und alles nur wegen einem halbverfallenen Gut ihrer Familie?: Naja, natürlich, hier bin ich zu Hause.
Ehrengard von Massow brachte sich aktiv in die Pommernarbeit ein. 1974 wurde ihr die Pommersche Ehrennadel in Gold verliehen. 1982 erhielt sie zudem das Bundesverdienstkreuz am Bande. BS



Stolp, Marktplatz ca. 1939

Stadt und Landkreis Stolp

Forschertreffen vom 12. bis 14. Oktober 2018 in Kassel

Die ehemalige Stadt Stolp war eine der größten Städte Pommerns und der Landkreis Stolp der größte Landkreis Preußens. Ende des 2. Weltkriegs wurde die in Pommern verbliebene deutsche Bevölkerung größtenteils nach und nach vertrieben. Schon 1947 begann in Westdeutschland unter der Leitung des Rechtsanwalts Dr. Walter Kuschfeldt in Lübeck die Vertriebenenarbeit. Hierzu gehörte die Herausgabe von Mitteilungsblättern und Rundbriefen, ab März 1951 als Stolper Heimatblatt, in denen Such-, Adress- und Totenlisten veröffentlicht wurden, aber auch Erläuterungen zu den verschiedenen Vertriebenengesetzen, dem Lastenausgleich, etc., sowie heimatkundliche Beiträge und aktuelle Nachrichten aus der Heimat.

Ab 1949 tagten die pommerschen Heimatkreisbearbeiter (für Stolp Dr. Kuschfeldt) regelmäßig, 1954 wurden die Heimatkreisausschüsse (HKA) gebildet, mit je 9 Mitgliedern für Stadt und Landkreis Stolp. 1955 beschloss der ehemalige Landkreis Bonn, die Patenschaft über die Stadt und den Landkreis Stolp zu übernehmen, was in einem Festakt am 1. Juli 1956 feierlich durch die Übergabe der Patenurkunde besiegelt wurde. Dies wurde am 21. Mai 1970 durch den Rat der Stadt Bonn, nach der Neuordnung des Bonner Raumes, bestätigt.

Im Rahmen dieser Patenschaft stellte Bonn 1958 den Stolpern Räumlichkeiten zur Verfügung. Dies sind heute die Stolper Heimatstube im Bezirksrathaus Bonn-Beuel, in der ausgestellte Exponate in 2 Vitrinen an die Patenschaft erinnern, und die Stolper Heimatstube mit Archiv in Bonn-Auerberg, die regelmäßig einmal monatlich geöffnet hat (i. d. R. 1. Samstag im Monat von 10 bis 16 Uhr), für die aber auch außerplanmäßige Besuche vereinbart werden können. 7 Mitstreiter betreuen die Heimatstuben ehrenamtlich, Träger der Heimatstuben ist der Verein Stolper Heimatkreise e.V., der am 20. September 1986 gegründet wurde.

Die Heimatstuben bewahren Kulturgüter, Bilder, Dokumente, Bücher, Photoalben, Zeitungen, etc. aus der alten Stolper Heimat und aus der Zeit der Entwicklung der Patenschaft zwischen Bonn und Stolp auf.

Am 20. Juli 1947 war in Genin bei Lübeck das 1. Stolper Bundestreffen, das 45. fand 2017 statt, seit vielen Jahren alle 2 Jahre, seit 2011 in der Heimatstadt Stolp, dem heute polnischen Słupsk.

1995 trafen sich in Paderborn eine Handvoll Interessierter und gründeten den Arbeitskreis Familienforschung „Stolper Lande“ (später um den Zusatz Heimat- erweitert), kurz AKFF. Der AKFF schloss sich dem Stolper Heimatkreise e.V. an, um die Verbundenheit zum Forschungsgebiet zu demonstrieren und um von dem Wissen der Erlebnisgeneration zu profitieren. Denn Forschungen im ehemaligen deutschen Osten stellen sich äußerst schwierig dar, da nach dem Einmarsch der Sowjetarmee am Ende des 2. Weltkriegs viele Quellen vernichtet worden sind.

Der AKFF hatte sich u.a. zur Aufgabe gemacht, bis dato verschollene Kirchen- und Standesamtsbücher und andere Dokumente gemeinsam gezielt zu suchen, Originale oder Kopien zu erwerben und für die Sicherung dieser Dokumente zu sorgen. Die Auswertung der Primär- und Sekundärquellen ist die vorrangige Arbeit, an den verschiedenen Indexprojekten arbeiten/arbeiteten mehr als 160 Personen mit. Die Indexarbeiten werden zu einem Globalindex zusammengeführt, in dem sich Stand Juni 2018 über 3,5 Millionen Datensätze befinden. Daneben zeichnet der AKFF verantwortlich für das jährlich stattfindende Forschertreffen (das 23. vom 12. bis 14. Oktober 2018 in Kassel) und die Administration der Mailingliste Stolp-L, an der fast 800 Personen aus der ganzen Welt teilnehmen.

Kommen Sie vorbei, besuchen Sie uns, entweder persönlich in der Heimatstube in Bonn-Auerberg, oder virtuell in unserer Mailingliste Stolp-L und/oder unserer umfangreichen Internetpräsenz www.stolp.de.

Uwe Kerntopf, Stv. Vorsitzender Stolper Heimatkreise e. V.

BÜCHER ECKE

Kurt und Christian Grube

Rundreise in die Vergangenheit

Erinnerungen an Pommern 1930-1946

Mauerfall, Grenzöffnungen – endlich wieder freie Fahrt in die alte Heimat Pommern. Genauer gesagt zeigt der Vater Kurt Grube dem Sohn Christian seine Heimat Stolzenberg (Kreis Kolberg-Körlin) in Hinterpommern. Auf dieser Rundreise treten die Augenblicke seiner Kinder- und Jugendzeit wieder in den Vordergrund. Die alten Nachbarn, Spielkameraden, die alten Häuser und Gasthöfe tauchen auf. Nicht nur die Schönheit der pommerschen Idylle kommt im Buch zum Vorschein.

1945 – die Ostfront rückt näher, überholt sie, schliesst sie ein. So entsteht ein Zeitzeugenbericht des halbwüchsigen Kurt Grube von Flucht, Wiederkehr und Vertreibung. Er schildert das Leid der Menschen auf der Flucht – die Zeit nach der Rückkehr und das erneute Martyrium während der Vertreibung. Die Erzählungen reichen in die ersten Nachkriegsjahre hinein. Er berichtet von der Zeit im Auffanglager Pöppendorf mit dem schwierigen Neuanfang in Schleswig-Holstein und der neuen Heimat im Ruhrgebiet. Das Buch ist nicht nur für die eigene Familiengeschichte interessant, sondern ist für nachfolgende Generationen geschrieben, die heute Fragen über die schwere Zeit stellen. Das Buch steht somit stellvertretend für viele andere vergangene Schicksale.

Edition Pommern, ISBN 978-3-939680-49-9, 148 Seiten mit Abbildungen, Broschur, Größe 14 cm x 18 cm, € 15,90 (D)

Vorankündigung Pommersches Landesmuseum

SONNTAG, 21. 10. 2018 um 11.30 Uhr
Sonntagsführung – Entdeckungstour im Landesmuseum

Keine Angst vor wilden Männern!
Godela von Rand
Was haben die Lubinsche Karte, der Rektormantel und die Tageszeitung gemeinsam? Auf allen sind Wappen zu sehen! Auch Jahrhunderte nach ihrem Entstehen sind sie immer noch aktuell: Sie „reden“ farbenfroh und aussagekräftig. Eine Entdeckungstour in die Welt der Heraldik.
– Eintritt: 3,50 Euro

SONNTAG, 04. 11. 2018 um 11.30 Uhr / 15.00 Uhr
Sonntagsführung zur Ausstellung „Die Dänen!“

Mit dem Sammler Christoph Müller
Zum letzten Mal gewährt Christoph Müller persönliche Einblicke in seine Dänen-Sammlung, die er innerhalb weniger Jahre auf zahlreichen Auktionen ersteigerte, und berichtet aus der Welt der Sammler und des Kunstmarktes.
2,00 Euro zzgl. Eintritt

DONNERSTAG, 22. 11. 2018 um 19.00 Uhr
nordoststreifen: der besondere Film im plm:
Es war einmal Pommern

(Pl / D 2018, R.: Michał Majerski,
90 Min., Deutsch u. Poln. mit dt. Untertiteln)
Doku über den Umgang mit dem kulturellen Erbe im Rahmen des Festivals polenmARkT
Pommern existiert auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze, aber wer sind eigentlich die Pommern? Woher kommen sie und wie verhalten sie sich zum kulturellen Erbe der Region? Auf einem Streifzug durch Geschichte und Gegenwart spricht der Regisseur u.a. mit dem Historiker Rudolf von Thadden, Lisaweta von Zitzewitz, der Nachfahrin des pommerschen Adelsgeschlechts, dem Stettiner Autor Artur Liskowacki, u.v.a. Im Anschluss steht der Regisseur für ein Gespräch zur Verfügung.
Eintritt: 3,50 Euro

1. und 2. DEZEMBER 2018
Kunsthandwerkermarkt

Pünktlich zum ersten Advent verwandelt sich das Museum alle Jahre wieder zu einem bunten Markt. Kunsthandwerker aus der Region bieten ihre Waren feil, lassen sich bei der Arbeit über die Schulter schauen und helfen beim Herstellen der ersten und garantiert einzigartigen Weihnachtsgeschenke. Dazu gibt es Kindertheater, Weihnachtslieder und Gemütlichkeit. Ein ganzes Wochenende, um sich in heiter-entspannter Atmosphäre auf die letzte Saison des Jahres einzustimmen - prall gefüllt mit Farben, Klängen und dem Duft, der Lust macht auf Weihnachten!

Das ist ein Auszug aus dem vielseitigen Veranstaltungsprogramm des Pommerschen Landesmuseums, 17489 Greifswald, Rakower Str. 9

Ungezügelte Einwanderung gefährdet die Grundlagen des alten Europas

Zu: Völkerwanderung als Strategie (Nr.35)

In der Propaganda für den beabsichtigten Immigrationspakt loben die Vertreter der UN die Einwanderung in den höchsten Tönen, sie werde „Wohlstand, Innovation und Entwicklung“ bringen, bei einer „sicheren, geordneten und regelmäßigen Migration zum Wohl aller“. Dem ist entschieden zu widersprechen. Was wir zuletzt an Zuwanderung erlebt haben, ist nur ein ganz kleiner Teil dessen, was noch kommen wird und am Horizont bereits sichtbar ist: eine Völkerwanderung von nie zuvor gekanntem Ausmaß, sodass man versucht ist, von einem Migrationstsunami zu sprechen.

Die Weltbevölkerung, bereits über sechs Milliarden Menschen, wächst jährlich um 80 Millionen und verdoppelt sich in immer kürzeren Abständen. Afrika hat heute eine Bevölkerung von 1,25 Milliarden, davon 40 Prozent unter 15 Jahren. Nach aktuellen seriösen Schätzungen, zum Beispiel des Afrikaforschers Stephen Smith, wird diese Bevölkerung auf zirka 2,5 Milliarden anwachsen, von denen die Hälfte auswandern wolle. 150 Millionen davon werden sich eine Reise nach Europa leisten können. Andere Schätzungen liegen weit höher (450 Millionen). Hier baut sich ein Migrationsdruck gegen Europa auf (Macron: eine „demografische Bombe“).

Diese Einwanderung wird zu einem Zusammenbruch aller Sozialsysteme, einer verheerenden Wirtschaftskrise, Massenarmut, einer Auflösung des Staates und einem Ruin des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und der öffentlichen Sicherheit führen. Damit werden die Grundlagen des alten Europas mit seinen in Jahrhunderten erreichten Errungenschaften in Form von kulturellen Leistungen und zivilisatorischen Fortschritten zusammenbrechen.

Es ist also Zeit, sich über diese sich abzeichnende Entwicklung Gedanken zu machen. Was erleben wir stattdessen? Spaß und Allotria an allen Ecken und Enden bis zur Besinnungslosigkeit, angeführt von unfähigen und verantwortungslosen Politikern. Wer wie der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán in dieser Frage für die Interessen seines Landes sorgt, wird mit dem Rudelgeheul der Empörung in den Massenmedien der übrigen Staaten so überzogen, dass es einer öffentlichen Hinrichtung gleichkommt.

Alle, denen die kulturellen Grundlagen des alten Europas als unverzichtbares Erbe etwas wert sind, werden sich entscheiden müssen und sich genötigt sehen, illegale Grenzübertritte abwehren zu müssen. **Hermann Schubart, Marburg**

SPD will kuscheln

Zu: Andrea Nahles' Stimmenkauf (Nr. 35)

Das Einsammeln von türkischen Wahlstimmen geht nur, wenn Türken die doppelte Staatsbürgerschaft haben. Sie können dann sowohl in Deutschland als auch in der Türkei zur Wahlurne schreiten. Ich tue mich schwer mit der doppelten Staatsbürgerschaft und denke, es wäre besser, wenn man von Türken verlangte, sich verbindlich für eine Staatszugehörigkeit zu entscheiden.

Eine doppelte Staatsbürgerschaft bringt Vorteile und Privilegien, die ein „normaler“ Bürger nicht hat. Zum Beispiel bei Ein- und Ausreisen. Man kann sich das Land aussuchen, wo man lieber lebt beziehungsweise kann einfach wechseln. Es geht beim Thema Doppelbürgerschaft noch weiter, nämlich um die verfassungsmäßig garantierte Rechtsgleichheit aller Bürger. Andrea Nahles kennt derartige Gedanken wohl nicht. Dann lieber mit den türkischen Doppelbürgern kuscheln. Was ist aus der SPD geworden? Unfassbar. **Alex Schnell, Steinau**



Zerstörungswerk des Luftkriegs vom Dresdener Rathausturm aus betrachtet: Bis heute streiten Historiker darüber, wie viele Menschen im Februar 1945 in den Ruinen der Elbmetropole ums Leben gekommen sind

Bild: pa

Was »sagbar« ist

Zu: Ziel verfehlt (Nr. 37)

Einige Politiker sind der Meinung, dass vor 20 Jahren vieles nicht gesagt wurde, was heute „sagbar“ geworden ist. Entweder sind sie zu jung oder zu dumm!

Vor 20 Jahren gab es in Deutschland noch nicht die gewaltigen gegenwärtigen Probleme. Es gab also keinen Grund, etwas derart Massives gegen die aktuelle Politik zu sagen. Das hat sich heute extrem geändert.

Mit dem Sagbaren zum System ist es schon so eine Sache. Zur DDR-Zeit handelte der Staat mit Muammar al-Gaddafi. Auf einer Parteiveranstaltung der NDPD stand ich auf und sagte: „Es ist unglaublich, dass die DDR mit so einem Hitlerverschnitt Handel und Wandel betreibt.“ Wie ich später durch meine Akteneinsicht erfuhr, war es in der Diktatur gerade noch „sagbar“, ohne eingesperrt zu werden.

Wenn ich heute in einer Demokratie sage, ich finde es widerlich, wie Frau Merkel einen Hitlerverschnitt wie Erdogan hofiert, in dessen Land „Mein Kampf“ über 100 000-mal verkauft wurde, frage ich mich wieder, ist das noch sagbar? Ich habe wieder das Gefühl eines Grenzgängers, aber nun in einer Demokratie.

Deutschland besteht nur noch aus dem NSU-Prozess, Chemnitz, Antisemitismus, Rassendiskriminierung und dem Kampf gegen die AfD, die es selbst aus der Taufe gehoben hat. Dass die desolate Exekutive unseres Staates für etliche Todesopfer verantwortlich ist, wird versucht totzuschweigen. Die heißen Themen wie Wohnungsnot, Wuchermieten, Kriminalität, Bildungswesen, Renten, Steuergeldverschwendung und vieles mehr bleiben auf der Strecke. Da wundern sich unsere selbstsüchtigen Altparteiler, dass immer mehr „sagbar“ werden muss? **Peter Karstens, Eckernförde**

Ein erstaunlicher Rechenprozess hat die Opferzahl von Dresden verringert

Zum Leserbrief: Frisierte Opferzahl (Nr. 38)

Bei meinem ersten Dresden-Besuch noch vor der Wende stand ich erschüttert vor einer Dokumentation über den Luftangriff vom Februar 1945. Die Opferzahl wurde damals mit annähernd 300 000 Toten angegeben, den „Opfern Hiroshimas vergleichbar“, wie es hieß. Naiv wie wir waren, hielten wir das zunächst für üble DDR-Propaganda. Als wir jedoch lasen, dass sich Briten und Amerikaner in mehreren Nacht- und Tagangriffen abgelöst hatten, dass Dresden mit über 150 000 Flüchtlingen aus Schlesien vollgestopft war und dass sich die amerikanischen fliegenden Festungen zuletzt mangels noch nicht brennender Stadtteile die Elbwiesen als „lohnendes Ziel“ vorgenommen hatten, wohin sich insbesondere die schlesischen Flüchtlinge „gerettet“ hatten, wich unsere Naivität blankem Entsetzen.

Bei weiteren Dresden-Besuchen fiel dann auf, dass sich die Opferzahl ständig verringerte, bis sie, politisch korrekt und wissenschaftlich erhärtet, heute bei immerhin noch 25 000 Toten landete. Dem staunenden Beobachter dieses Rechenprozesses wird dabei beiläufig untergejubelt, dass es sich schließlich um notwendige Antworten unserer heutigen NATO-Freunde auf Hitlers Angriffskrieg gehandelt habe, wobei Schäden an der Zivilbevölkerung nun mal nicht zu vermeiden gewesen seien.

Dabei wird verschwiegen, dass es in Dresden keine Rüstungsbetriebe gab und dass es der britische Premier Churchill war, der mit Dresden einen sich später als wirkungslos erweisenden „Achtungserfolg“ im Osten gefordert hatte, um Stalin bei den zeitnah zu erwartenden Sieger-Konferenzen nicht allein das Feld zu überlassen. Churchills Adlatus „Bomber-Harris“, der an der Notwendigkeit des Bombardements zweifelnde Offiziere mit dem berühmten Ausspruch „let the boys have a little fun“ abwies, war in diesem Prozess lediglich ein subalterner gewissenloser Mann fürs Grobe.

Wer immer noch nicht genug hat, sollte sich erinnern, dass sich die Bundesrepublik nicht entblödete und einen bis heute einmalig würdelosen Kotau vollzog: Churchill wurde der Aachener Karlspreis zuerkannt. **H. Dieter Albers, Hanstedt**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Anzeige

»Die Revolution ist die Notwehr des Volkes, welches in seinen heiligsten Rechten gekränkt ist.« *Lothar Bucher*

Es gärt und brodelt im ganzen Land!

Deutschland wird von einer ideologisch verbissenen und moralisch verwahrlosten Elite ganz bewusst gegen die Wand gefahren. Überall herrschen politische Arroganz, Staatsversagen und Gleichgültigkeit. In den vergangenen Jahrzehnten gab es keine Zeit, in der »Volksvertreter« und Massenmedien so herablassend und verächtlich mit ihren Wählern und Bürgern umgegangen sind wie heute.

Die Menschen sind es satt, ständig bevormundet zu werden

Doch immer mehr Menschen reißt die Hutschnur. Überall regt sich Widerstand: Die Bürger begehren auf gegen Angela Merkel, Frühsexualisierung, hohe Mietpreise, Zensur, Bevormundung, Migrantenkriminalität, Parteienwillkür, Steuergeldverschwendung und Islamisierung. Es riecht nach Rebellion.

Markus Gärtner zeigt in bisher nie gekannter Deutlichkeit das Zerstörungswerk eines parteiübergreifenden linken Lagers, das unsere Republik immer stärker spaltet, und beschreibt die Vorbeben einer flächendeckenden Wut der Deutschen gegen die systematische Vernichtung ihres Landes. Die Gründe, die die Menschen auf die Barrikaden treiben, nehmen ebenso zu wie die Zahl der Protestmärsche.

Die kommenden Massenproteste oder gar Unruhen werden nicht von finsteren Verschwörungstheoretikern angekündigt, sondern von Wirtschaftsbossen, Wissenschaftlern und Geheimdienstlern. Der ehemalige CIA-Direktor Michael Hayden erwartet Bürgerkriege in Europa. Die Vereinten Nationen warnten schon 2013 davor. Ein Ex-Präsident des BND befürchtet »große gesellschaftliche Verwerfungen«. Die Unternehmensberatung Bain & Company, ein weltweit führender Strategieberater, sagt dem Westen »eine Zeit wirtschaftlichen Aufruhrs« voraus. Der ehemalige Siemens-Aufsichtsratschef Gerhard Cromme vergleicht Europa sogar mit der Titanic.

Den Großteil der Verantwortung für dieses Desaster trägt Angela Merkel. Sie hat mit einer Serie gewaltiger Fehler die Deutschen ins Zentrum des kommenden Orkans gezerrt. Dieses Buch illustriert mit vielen Quellenangaben das riesige Zerstörungswerk. Es schildert die alarmierenden Vorzeichen des Aufbegehrens. Dabei wird deutlich, dass der viel gescholtene »deutsche Michel« bereits die Heugabeln wetzt.

»Nicht die ans Licht gekommenen Wahrheiten fördern Revolutionen, sondern Wahrheiten, die unterdrückt wurden.« Seneca



Markus Gärtner: Das Ende der Herrlichkeit • gebunden • 269 Seiten • Best.-Nr. 973 600 • 19.99 €

KOPP VERLAG Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Der Stoff zur Freiheit

Mit einem selbstgenähten Ballon floh eine Familie 1979 in den Westen – Die Geschichte ist jetzt im Kino

Mit einer Mauer und Schießanlagen an der Grenze sperrte die DDR einst ihre Bürger ein. Wer die Hindernisse überwinden wollte, musste sich etwas Besonderes einfallen lassen. Eine Flucht im Ballon zum Beispiel.

Die Älteren unter uns werden sich erinnern. Da gab es 1982 eine Disney-Verfilmung dieser spektakulären Ballonflucht mit dem Titel „Mit dem Wind nach Westen“. Es war etwas schwierig, den Hollywoodstars die verzweifelten DDR-Bürger abzunehmen, die ihr Land per Flucht verlassen wollten. Wirkten sie doch, als hätte man sie wahllos in mitteldeutsche Kulissen gestellt.

Fast 40 Jahre später ist nun das Kino-Remake „Ballon“ auf den Markt gekommen. Produziert hat es Michael „Bully“ Herbig, ein Multitalent, das viele völlig zu Unrecht in eine Humorecke verbannten, die dem rührigen Münchener inzwischen viel zu eng geworden ist.

Basierend auf der wahren Geschichte der Familien Strelzyk und Wetzel erzählt der Erfolgsregisseur, der mit „Der Schuh des Manitu“ bleibende Spuren in der Filmlandschaft hinterlassen hat, in dem fesselnden Kinothriller „Ballon“ die wahrscheinlich spektakulärste Flucht, die es in Zeiten der beiden deutschen Staaten je gegeben hat. Im Sommer 1979 wollten zwei Familien mit ihren Kindern aus Thüringen fliehen, doch der erste Versuch scheiterte. Der Ballon stürzte kurz vor der Grenze ab. Von da ab war die Stasi den vermeintlichen Straftätern auf der Spur.

Da die Familien, die dieses lebensgefährliche Unterfangen durchführten, nach ihrer gelungenen Flucht die kompletten Rechte ihrer Lebensgeschichte für „immer und ewig“ an den Disney-Konzern verkauft hatten, schien das Projekt schon im Vorfeld zu scheitern. Doch Herbig gab nicht auf. Mithilfe des in den USA lebenden deutschen Produzenten und Regisseurs Roland Emmerich („Independence Day“) und nach zähen Verhandlungen mit Disney gab es endlich grünes Licht.

Die Drehbuchautoren Kit Hopkins, Thilo Röscheisen und Bully Herbig konnten das Drehbuch in enger Abstimmung mit den Familien vollenden. Mit ihnen wurden Beraterverträge abgeschlossen. So konnten auch 2000 Seiten Stasi-Akten zur Flucht von der ehemaligen Gauck-Behörde eingesehen werden.

Wichtig war dem Regisseur, dass die Darsteller einen engen Bezug zur DDR hatten. Hauptdarsteller Friedrich Mücke und Karoline Schuch, die im Film das Ehepaar Strelzyk spielen, kommen aus Berlin und Thüringen. Auch bei den anderen Schauspielern und Teammitgliedern schätzte Herbig deren Einfluss eigener Erfahrungen aus DDR-Zeiten zum Wohle des Films.

Auch, wenn dem Zuschauer das Ende der Geschichte bekannt ist, war doch der Weg das Ziel. Und dieser Weg all der Widrigkeiten und Hindernisse, die sich einem Fluchtversuch entgegenstellten, wurde von Herbig und seinem gesamten Team ganz hervorragend umgesetzt.



Erfolgreich gelandet: Der Film-Ballon vor dem Reichstag Bild: Studiocanal

1245 Quadratmeter Stoff waren nötig, den bunten Ballon entstehen zu lassen. Herbig wollte unbedingt einen echten zum Anfassen, kein computererzeugtes Monstrum. Wie schwierig es 1979 für die Familien war, so viel Stoff in der DDR zu besorgen, ohne dass es auffiel, zeigt der Film in dramatischen Szenen. Gedreht wurde im bayerischen Nordhalben, in Berlin und im ehemaligen Todesstreifen des Deutsch-Deutschen Museums in Mödlareuth, dem kleinen Ort, der als „Klein Berlin“ in die Geschichte einging. Das Dorf war einst genauso geteilt wie die Hauptstadt.

Schon das Anfangsbild erzeugt Gänsehaut und treibt so manchem Zuschauer Tränen in die Augen. Wenn nämlich ein Flüchtender an der Grenze erschossen wird und, von zwei Grenzsoldaten beobachtet, in seinem Blut langsam stirbt, während gleichzeitig andernorts bei einer Jugendweihe liebliche DDR-Propagandalieder gesungen werden. Erinnerungen an Peter Fechter werden wach, das wohl bekannteste Maueropfer des DDR-Regimes, der 1962 vor den Augen der Weltöffentlichkeit angeschossen in den Grenzanlagen, mitten in Berlin, verblutete. Keine Sekunde verlässt der Film diesen Weg, die DDR als Unrechts- und Polizeistaat, der seine Bürger an jeder Freiheit hinderte und sie einmauerte, zu entlarven.

Dennoch spricht Herbig in einem Interview wertfrei darüber, dass die Familien Wetzel und Strelzyk eine „andere Zukunft“ wollten und lässt „eine bessere Zukunft“ dabei außen vor. Der Film ist von hoher dramaturgischer Dichte und hält das Tempo bis zum Schluss, reißt den Zuschauer mit, schüttelt ihn durch. Fast wie auf einer Ballonfahrt, die man beginnt, wenn das Licht im Kinosaal ausgeht, und aus der man aufgerüttelt und sturmgeschüttelt am Ende des Films wieder aussteigt. *Silvia Friedrich*

MELDUNGEN

Die erleuchtete Hauptstadt

Berlin – Die Hauptstadt leuchtet wieder. Bis zum 14. Oktober werden die Sehenswürdigkeiten Berlins abends in einem besonderen Lichterglanz erscheinen. Internationale Lichtkünstler illuminieren neben den Wahrzeichen der Stadt wie dem Dom, der Siegessäule oder dem Schloss Bellevue auch Kieze wie das Märkische Viertel, den EUREF-Campus, die Wiege der Industriekultur, Oberschöneweide und den neuen Mercedes-Platz. Neben den Fassaden-Illuminationen gibt es während des Lichtkunstfestivals viele interaktive Installationen und Lichtskulpturen, welche die Berliner dazu ermuntern sollen, Berlins Lichterfest mitzugestalten. *tws*

Hauptstadt der Kraniche

Groß Mohrdorf – Früher als üblich kreisen die Kraniche in diesem Herbst über Schloss Hohendorf in Groß-Mohrdorf. Jedes Jahr sammeln sich bis zu 60000 Kraniche auf ihrem Weg in Richtung Südeuropa und Afrika auf den großen Landeflächen im Gebiet der Mecklenburgischen Boddenlandschaft – unmittelbar vor der Haustür von Schloss Hohendorf. Das dortige Kranichzentrum bietet dafür Touren an, die Schloss Hohendorf seinen Gästen im Rahmen von ganz besonderen Wochenenden anbietet. Für 400 Euro kann man auch Kranich-Pate werden, „seinem“ Kranich einen eigenen Namen geben und diesen live im Internet verfolgen. Informationen unter Telefon (040) 53004950 und www.schloss-hohendorf.de. *tws*

Let’s Dance

Statt Cowboy jetzt Cowgirl – Sängerin Gitte in einem Musical

Sie will schon lange keinen Cowboy mehr als Mann. Dem großen Publikum ist Gitte Hænning-Johansson vor allem als Schlagersängerin in Erinnerung, doch ihre musikalischen Ansprüche setzte die deutsch singende Dänin auch außerhalb des leichten Genres um – im Jazz, als Chansonsängerin, auch Theater hat sie im Laufe ihrer Karriere immer mal wieder gespielt. Jetzt erobert die 72-Jährige erneut die Musicalbühne.

In der Musical-Inszenierung „Flashdance“, der deutschsprachigen Bühnenadaption des gleichnamigen Kultfilms von 1983, übernimmt die aus Aarhus stammende Sängerin bei einigen Vorstellungen die Rolle der ehemaligen Tanz- und Ballettlehrerin Hannah, die der Hauptfigur Alex Owens als mütterliche Mentorin mit Rat und Tat auf dem Weg zum Ruhm zur Seite steht.

Sie liebe die Geschichte, bekennt die Sängerin, die alle nur unter ihrem Vornamen kennen. Es sei ein Stoff, der moderner nicht sein kann: Eine begnadete und erfolgreiche Sängerin trifft im Nirgendwo der USA auf ein junges Mädchen, das auf einer Schulaufführung tanzt, und sieht in ihm etwas ganz Besonderes. Einen ungeschliffenen Edelstein, von dem sie weiß, dass er hier in der Kleinstadt wie eine Rose in der Wüste verdorren würde.

So entschließt sich Hannah, der kleinen Alex zu helfen und ihr mittels eines Darlehens den Sprung in ihre Zukunft – die Aufnahme in eine Tanzakademie – zu verschaffen. „Es entsteht eine enge Verbindung zwischen den beiden sehr unterschiedlichen Charakteren“, sagt Gitte. Hannah wird zum Vorbild für Alex, das sie stets aufbaut, ihr mit klaren Worten hilft und sie bestärkt, niemals ihre Träume zu verlieren.

Ein Thema, das auch viel mit Gitte selbst zu tun hat. „Auf ihrem Weg zum Ruhm denkt Alex das ein oder andere Mal ans Aufgeben. Auch in meiner Karriere gab es diese Punkte, an denen ich keine Lust mehr hatte, und an denen habe ich auch rigoros aufgehört.“ Denn festlegen lassen wollte sich Gitte Hænning nie. Mit acht Jahren begann ihre Karriere im Showgeschäft, fast im selben Alter als Hannah Alex auf der Schulaufführung entdeckt.



Bild: 2Entertainment

Gitte als Mentorin Hannah

Ihren ersten großen deutschen Hit hatte Gitte 1963 mit „Ich will 'nen Cowboy als Mann“. Auszeichnungen wie die Goldene Schallplatte und weitere Hits folgten. Der Imagewechsel hin zur ernsthaften Pop-Interpretin Anfang der 1980er Jahre und als Musicaldarstellerin („Shakespeare & Rock 'n' Roll“) in den 1990ern brachte ihr die Aufmerksamkeit der Kritik und einer breiteren Publikumsschicht.

Nachdem ihr 2010 mit einer Neuaufnahme der größten Hits ein sensationeller Wiedereinstieg in die Charts gelang, spielte sie im gleichen Jahr in Shakespeares „Was ihr wollt“ bei den renommierten Ruhrfestspielen einen Narren und schwang 2012 in der RTL-Tanzshow „Let’s Dance“ sogar das Tanzbein. In den letzten Jahren präsentierte sie mit ihrer Band verschiedene Soloprogramme in Deutschland und Dänemark und wurde 2017 als alternde Diva Norma Desmond in der Lübecker Inszenierung von Andrew Lloyd-Webbers Musical „Sunset Boulevard“ von Publikum und Presse bejubelt.

In „Flashdance“ will sie jetzt erneut die Musicalbühne erobern. Und zwar zuerst in Hamburg, wo das Stück noch bis zum 7. Oktober im Mehr! Theater am Großmarkt zu sehen ist. Danach geht die Gastspielreise weiter ins Düsseldorfer Capitol-Theater (10. bis 21.10.), in die Salzburg-Arena (25. bis 28.10.), ins Bremer Metropol Theater (30.10. bis 4.11.), in die Frankfurter Jahrhunderthalle (6. und 7.11.), ins Wiener Museumsquartier (13. bis 25.11.), in den Berliner Admiralspalast (11.12. bis 23.12.) sowie in den Mannheimer Rosengarten (28.12. bis 30.12.). *Andreas Guballa*

www.flashdance-dasmusical.de

Öfen und Erben

Brandenburgs Themenjahr nimmt Anlauf für die finale Runde

Das Themenjahr „wir erben. Europa in Brandenburg – Brandenburg in Europa“, initiiert vom Kulturland Brandenburg, einer Abteilung der Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte in Potsdam, geht in seine zweite Hälfte. Unter den breit geförderten Projekten führen bis Dezember nicht nur die folgenden drei auf ganz unterschiedliche Weise in die weite Welt.



Bild: K. Daate

Hingucker beim Themenjahr: Seepyramide von Schloss Branitz

Das Wegemuseum in Wusterhausen an der Dosse erzählt noch bis zum 31. Oktober in der Sonderausstellung „Von der Dosse an den Atlantik – Das bewegte Leben des August Eduard Wilhelm Hector Achilles d’Orey“ die spannende Lebensgeschichte des Wilhelm Achilles, der sich später Achill d’Orey nannte. Er wurde 1820 im Haus, in dem sich heute das Wegemuseum befindet, geboren. Da sich das Museum mit Wegen, Verkehr und Kommunikation beschäftigt und Achilles für damalige Verhältnisse überaus mobil war, war die Ausstellung im Wegemuseum die logische Konsequenz. „Auf den 14 Tafeln zeigen wir mit Informationstexten und Illustrationen, was er in seinen 52 Lebensjahren alles erlebt hat. Das ist wirklich beeindruckend. Als Teilnehmer der Revolution von 1848 reiste er als Flüchtling durch Europa, ging als Pianist auf Konzerttournee, war Geschäftsmann auf den Azoren und stand mit bedeutenden Personen wie Alexander von Humboldt im Kontakt“, so Museumsleiterin Katharina Zimmermann. Dabei prägen gleich zwei Liebesgeschichten seine Biografie, die sich auf den Ausstellungstafeln wie ein spannender Roman liest.

„Von Velten in die Welt und retour“ heißt die Ausstellung, die vom 11. Oktober bis 30. Dezember im Förderverein Ofen- und Keramikmuseen Velten im Landkreis Oberhavel an die europaweite Strahlkraft der einst bedeutendsten Kachelofenstadt Deutschlands erinnert. Einen Höhepunkt erlebte sie um 1900: In den einst knapp 40 Kachelofenfabriken wurden allein im Jahr 1905 Kacheln für über 100000 Öfen hergestellt. Als Exportschlager verkaufte sich der Veltener Kachelofen sogar bis nach Russland. Die Sonderausstellung im ältesten Ofenmuseum Deutschlands zeichnet die Distributionswege nach und gibt dazu einen Einblick in über 300 Jahre Kunst- und Kulturgeschichte des Ofens in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Skandinavien.

„Sehnsucht nach Konstantinopel – Europa sucht den Orient“ ist der Titel der Ausstellung, die bis zum 25. November auf Schloss Branitz in Cottbus zu sehen ist. Ausgangspunkt ist die seit Ende 2017 laufende Restaurierung der Orientzimmer im Schloss. Als persönliche „Erinnerungsräume“ hatte Fürst Hermann von Pückler sie ganz individuell „türkisch“ gestalten lassen, um sein permanentes Fernweh nach dem Orient zu lindern. Übersetzungen von orientalischen Geschichten wie „Tausendundeine Nacht“ und exotische Architekturen faszinierten an allen Höfe Europas. Nur wenige aber konnten wie Fürst Pückler in den Jahren 1836 bis 1840 tatsächlich dorthin reisen. *Helga Schnehagen*

Adressen, Öffnungszeiten und Programmheft 2. Halbjahr zum Themenjahr 2018 im Internet: www.kulturland-brandenburg.de

Abtauchen mit Keyserling

Es passiert nicht viel in den Romanen und Novellen Eduard von Keyserlings. Dafür geht von dieser Prosa ein elegischer Zauber aus, der in der deutschsprachigen Literatur einzigartig ist. Wegen seines Plaudertons hat man den vor genau 100 Jahren gestorbenen Keyserling mit Theodor Fontane verglichen (siehe *PAZ* vom 28. September), doch was bei Fontane ironische Causerien sind, das sind bei Keyserling melancholisch-schöne Abgesänge auf den alten Adel des deutschen Ostens.

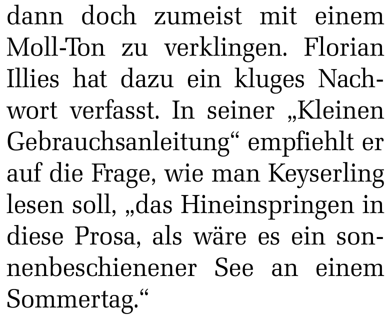
Dem Manesse Verlag ist es zu verdanken, dass der aus kurländischem Adel stammende Keyserling nicht in Vergessenheit gerät. Zum runden Todesjahr sind gleich drei Editionen mit Werken des Autors erschienen. In der dreibändigen Schuberausgabe „Die schönsten Romane des Stimmungsmagiers“ sind seine Hauptwerke versammelt. Ist sein 1887 erschienenes naturalistisches Frühwerk „Frau Rosa Herz“ um eine von ihrem Liebhaber sitzen gelassene und von der Gesellschaft ausgestoßene junge Frau noch im bürgerlichen Milieu angesiedelt, so spielen seine impressionistisch angehauchten Meisterwerke „Dumala“ – dem Roman über das Schicksal eines baltischen Schlosses – und „Wellen“ – einer tragisch endenden Reise an die Ostsee – in der Welt, in der sich Keyserling qua Geburt bestens auskennt: die ostpreußische und baltische Aristokratie.

Vor dieser Kulisse sind von etwa dem Jahr 1900 an seine besten Bücher entstanden. In dem Erzählband „Landpartie“ kann man seine meisterlichen Novellen wie „Schwüle Tage“ oder „Seine Liebeserfahrung“ nachlesen, welche immer ganz heiter im Dur-Ton beginnen, um dann doch zumeist mit einem Moll-Ton zu verklingen. Florian Illies hat dazu ein kluges Nachwort verfasst. In seiner „Kleinen Gebrauchsanleitung“ empfiehlt er auf die Frage, wie man Keyserling lesen soll, „das Hineinspringen in diese Prosa, als wäre es ein sonnenbeschienener See an einem Sommertag.“

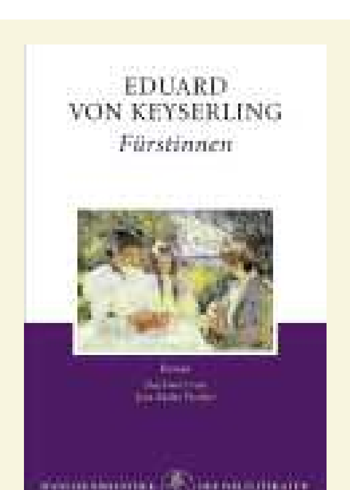
Einfach nur genießen sollte man auch Keyserlings letzten vollendeten Roman, den er 1917 schrieb. Nein, das ist nicht ganz richtig: diktierte. Wegen einer Erblindung sprach er sein Werk „Fürstinnen“ seinen beiden Schwestern in die Feder. Der Verlust des Augenlichts ist wohl mit verantwortlich dafür, dass er sich die Adelswelt vor dem geistigen Auge vorgestellt hat, ehe sie nach dem Ersten Weltkrieg ganz unterging. Als Leser sieht, hört, riecht man förmlich die Landschaft des deutschen Ostens: „Von den Gemüsebeeten stieg ein kühler, würziger Duft auf, in den Salatblättern raschelten Kröten, irgendwo in einem Hause weinte ein Kind, und draußen im jungen Korn schnarrten die Wachteln. So war es gut, in der Frühlingsnacht zu stehen und auf ein Mädchen zu warten, da war Leben.“

Tatsächlich atmet auch dieser Roman nach Leben, auch wenn er eine seltsame Verrenkung macht. Von den titelgebenden Fürstinnen, drei Schwestern eines Adelshauses, schwenkt die Handlung zu einer anfänglichen Nebenfigur über, einem älteren Grafen, der noch einmal Frühlingsgefühle bekommt, ehe er mitten im Liebesglück stirbt. So hat sich Keyserling am Ende wohl selbst ein wenig ironisch, aber auch wehmütig porträtiert. Nur wenig später starb auch er mitten auf der Höhe seiner Kunst. *Harald Tews*

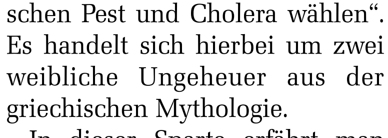
Eduard von Keyserling: „Die schönsten Romane des Stimmungsmagiers“, *Manesse Verlag, Zürich 2017, gebunden, drei Bände zusammen 1056 Seiten, 45 Euro*



Eduard von Keyserling: „Landpartie. Gesammelte Erzählungen“, *Manesse Verlag, München 2018, gebunden, 744 Seiten, 28 Euro*



Eduard von Keyserling: „Fürstinnen“, *Manesse Verlag, Zürich 2017, gebunden, 320 Seiten, 19,95 Euro*



Alles in Butter beim Essig

Sprache ist lebendig und verändert sich mit jeder Generation. Nicht nur Zuwanderer aus anderen Ländern brachten sprachliche Einflüsse mit. Auch Städte, Dörfer und Regionen prägten die sprachliche Landkarte ganz erheblich. Der als „Redewendungen-Papst“ bekannte Germanist und Historiker Rolf-Bernhard Essig hat sich in seinem neuen Buch „Ich kenn doch meine Pappenheimer“ auf die Suche gemacht nach der Herkunft vieler Redensarten.

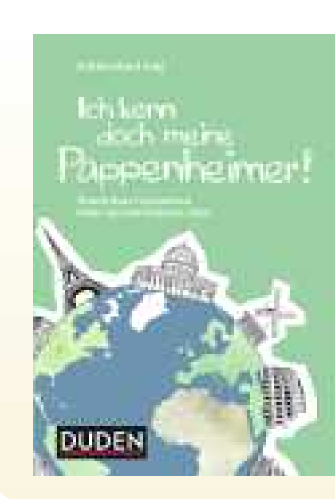
Im ersten Kapitel begibt der Sprachforscher sich auf den „Weg nach Küsnacht“, erklärt, was es mit dem Hornberger Schießen auf sich hat und vergisst auch nicht das „heiratsfreudige Österreich“ zu erwähnen. Sprichwörtliche Orte in Deutschland, Österreich und der Schweiz werden hier abgehandelt. Wer hätte gedacht, dass, wenn etwas „wie gewienert“, also supersauber aussieht, es auf ein Poliermittel namens „Wiener Kalk“ von vor 100 Jahren zurückgeht? Es bestand aus gemahlenem Dolomitstein und verbreitete sich rasend schnell auf dem Markt. Schließlich wurde es so beliebt, dass man schon vor dem Zweiten Weltkrieg für „polieren“ nun den Begriff „wienern“ verwendete.

So ist eine Reise in die Eigenarten und Auffälligkeiten unserer Sprache auch immer eine Reise in die Geschichte. Ins sprichwörtliche Europa begibt sich der Autor im zweiten Kapitel, „Wie man zwischen Skylla und Charybdis sein Waterloo erleben kann“. Vielleicht nicht vielen geläufig, aber „zwischen Skylla und Charybdis“ erinnert an die Redewendung „zwischen Pest und Cholera wählen“. Es handelt sich hierbei um zwei weibliche Ungeheuer aus der griechischen Mythologie.

In dieser Sparte erfährt man auch, dass es Redensarten, in denen Schweden vorkommen, sehr häufig gibt. Diese gingen, so der Autor, auf die Zeit des Dreißigjährigen Krieges zurück, als unter König Gustav Adolf von Schweden schwedische Truppen bis tief nach Süddeutschland zogen. Viele Lieder, Gedichte und Sprüche zeugen noch heute davon, dass die Soldaten aus dem Norden besonders grausam waren. Die berühmten „schwedischen Gardinen“ entstanden aus der Tatsache, dass Schwedenstahl damals für seine Qualität bekannt war und Gauner nun mal hinter Stahlgittern hocken.

Im dritten Teil des Buches behandelt Essig den sprichwörtlichen Rest der Welt. Von Agadir über Jericho bis hin zur Welt im Ganzen gibt es Redensarten, die den meisten geläufig sind, deren Herkunft aber bisher eher unbekannt blieb. Am Ende fügt der Autor noch eine Liste internationaler Sprichwörter hinzu, die sicher nur Reisende mit guten Sprachkenntnissen der jeweiligen Länder kennen.

Ein sehr lesenswertes Buch, das bei sprachhistorisch Interessierten, aber auch beim ganz normalen Leser so manches Licht aufgehen lässt. *Silvia Friedrich*



Rolf-Bernhard Essig: „Ich kenn doch meine Pappenheimer. Wunderbare Geschichten hinter sprichwörtlichen Orten“, *Duden Sprachwissen, Bibliographisches Institut, Berlin 2018, broschiert, 144 Seiten, 10 Euro*

Eine Araberin bricht aus

Als Leser des Buchs „Frauen dürfen hier nicht träumen“ braucht man gute Nerven, denn man geht mit der Autorin durch Himmel und Hölle. Vor allem durch die Hölle der Kindheit und Jugendzeit der Rana Ahmad, die in Riad, also Saudi-Arabien, aufwuchs und die doch so sehr die Freiheit und das selbstbestimmte Leben liebt.

Schon als Kind musste sie sich vor den Männern verhüllen. Sie hasst den Nikab und die Abaya und erschrickt, wenn sie sich vor dem Spiegel sieht. Männer bestimmen ihr Leben, ob sie arbeiten darf, ob sie an die frische Luft darf, dann aber nur mit dem verhassten Stück Tuch vor Mund und Nase. Die Religionspolizei lauert überall. Ihre beste Freundin wird eines Tages mit einem nicht mit ihr verheirateten Mann erwischt, sie wird zu Peitschenhieben und Gefängnis verurteilt.

Als Ranas Bruder sie eines Tages bei ihrer Arbeit im Krankenhaus ohne vollständigen Schleier sieht, wird sie brutal misshandelt. Sie erkennt, dass sie in dieser Gesellschaft, in dieser total religiösen Familie keine Chance auf Freiheit hat. Nach Wochen und Monaten des Gefangenseins in ihrem häuslichen Zimmer und nach einem gescheiterten Selbstmordversuch und tiefer Depression wird plötzlich das Internet zu einem kleinen Hoffnungsschimmer. Sie sieht Hollywoodfilme, sie lernt europäische Philosophen kennen, sie tauscht sich auf Blogs und Internet-Foren mit Gleichgesinnten aus und sie lernt Menschen kennen, die vom Islam abgefallen und jetzt Atheisten sind. Darauf steht in arabischen Staaten die Todesstrafe. Sie kann nur unter strengster Geheimhaltung diese Menschen, die eine ganz andere Welt und Denkweise darstellen, kontaktieren. Sie lebt in ständiger Angst – würden ihr Bruder oder ihre Mutter von ihren Kontakten erfahren, würde sie von denen umgebracht.

Rana lernt Charles Darwin kennen und die Evolutionstheorie. Sie zweifelt immer mehr an dem, was sie als Kind im Koran und im Religionsunterricht gelernt hat. Sie entscheidet sich schließlich zum Atheismus. Sie weiß, das ist lebensgefährlich. Und so reift in ihr der Plan, Saudi-Arabien, ihrer Heimat, ihrer Familie und allen Bekannten den Rücken zu kehren – und heimlich zu fliehen. Denn nur so kann der Plan funktionieren. Das bedeutet aber auch, dass sie ihren geliebten Vater verlassen muss.

Der Plan ihrer Flucht, zunächst in die Türkei, mithilfe ihrer Facebook-Freunde liest sich wie ein Krimi. Dann die abenteuerliche Flucht über Griechenland bis schließlich nach Köln in eine Flüchtlingsunterkunft. Der Leser bekommt gute Einblicke in das Schlepperwesen, genauer gesagt, Schlepperunwesen. Wir erfahren sehr viele Details über das völlig unterschiedliche Leben von Männern und Frauen, über den Islam, über die Machos und ihre Kultur in arabischen Ländern oder über Pilgerreisen nach Mekka.

Wir erhalten auch Einblicke in Hilfsorganisationen, die fluchtwilligen Frauen aus dem Orient helfen und über Flüchtlingsheime in Deutschland. Und wir erfahren, dass Frauen dort, wohin sie vor dem politischen, gewalttätigen Islam geflohen sind, wieder in die Macht und in den Einflussbereich von Salafisten und radikalen Moslems geraten.

Ahmad ist eine äußerst bewundernswerte Frau, die es unter schwierigsten Bedingungen schafft, ihren Traum von einem freien Leben zu verwirklichen. Sie lernt Englisch, sie schafft sich einen Helferskreis im Internet von Atheisten beziehungsweise für Vom-Islam-Abgefallene. Sie unterstützt andere Frauen in vergleichbaren Situationen und möchte ihnen Mut machen. Sie wird zu einer der „Ungläubigen“, von denen im Koran immer wieder abschätzig die Rede ist.

Deutschland ist für sie die Verwirklichung eines Traums. Rana ist gelebte Integration. Sie ist unendlich dankbar ihrem Gastland gegenüber (im Unterschied zu etlichen anderen, sogenannten „Geflüchteten“). Ihr altes Leben bleibt schattenhaft erhalten. Sie muss immer noch mit ihrer Angst kämpfen. Wenn ihr Bruder sie in Köln entdeckt, wird er sie töten. Gemäß der Scharia. Das ist der „friedliche Islam“ 2018. Absolut lesenswert! *Gregor-Maria Röhr*



Rana Ahmad: „Frauen dürfen hier nicht träumen. Mein Ausbruch aus Saudi-Arabien, mein Weg in die Freiheit“, *Btb-Verlag, München 2018, broschiert, 320 Seiten, 16 Euro*

Pfiffige Helden der Unterwelt eines Dadaisten

Entweder es ist ein literarisches Kleinod, oder Walter Serner macht sich einfach nur über sein Lesepublikum lustig. Passen würde es zu dem Schriftsteller, und zumindest posthum könnte er das mit dem neu aufgelegten, bereits 1925 erschienen Buch „Der Pfiff um die Ecke. 22 Kriminalgeschichten“.

In der Erstausgabe war von „22 Spitzel- und Detektivgeschichten“ die Rede, was es besser treffen dürfte. Um klassische Kriminalgeschichten – ein Fall, mehrere Verdächtige, eine Lösung – handelt es sich hier nicht. Die zumeist lediglich ein Dutzend Seiten langen Geschichten kann man am ehesten als in Serners Gegenwart angesiedelte Milieuminiaturen mit nicht selten überraschendem Verlauf bezeichnen.

Vor allem kleine Betrüger und Denunzianten sind die Leitfiguren. Die Gegenseite – Recht und Gesetz – kommt weniger auf ihre Kosten. Mitunter sympathisiert man, mitunter sind es einfach nur abstoßende Typen.

Serners Leben selbst bietet reichlich literaturtauglichen Stoff. 1889 in Karlsbad geboren, konvertierte er später vom Judentum zum Katholizismus. Er studierte Rechtswissenschaften und ging als Pazifist bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs nach Zürich. Er betätigte sich publizistisch und wurde vor allem bekannt als Vertreter des Dadaismus, der (Anti-)Kunstrichtung, die Hergebrachtes überspitzte, ins Lächerliche zog und ablehnte.

Als wegweisend gilt Serners Schrift „Letzte Lockerung. manifest dada“. Einige Jahre seines Lebens liegen völlig im Dunkel. Zuletzt lebte er als Sprachlehrer in Prag, wurde 1942 nach Theresienstadt deportiert und im selben Jahr vermutlich auf einem Transport ermordet.

Serners unterhaltsame, meist im besten Sinne komische kleine Geschichten schlagen Kapriolen. Der Autor hat der Phantasie mitunter sehr freien Lauf gelassen, und der Dadaist, der sich vielleicht auch selber nicht immer ernst nimmt, kommt deutlich hervor, auch wenn der „Pfiff um die Ecke“ nicht zu diesem Bereich seines Schaffens zu zählen ist.

Wohnung als Toilette getarnt

In einer Sprache, die wohl auch schon zur Zeit des Verfassers etwas altertümelnd anmutete, reist man mittels der Geschichten durch Deutschland und Europa. Man begleitet etwa einen einfallsreichen Gauner, der durch die Inschrift eines Grabsteins auf die Idee kommt, sich in eine Stuttgarter Familie einzuschleichen und ihr unter Vorspiegelung falscher Kontakte mehrere tausend Mark abzunehmen. Verwirrend sind die Linien einer in München spielenden Erzählung: Ein Polizist beschuldigt einen jungen Mann fälschlich der Zuhälterei, nimmt aber die Dienste von dessen Freundin in Anspruch. Die Unterstellung kommt dem Paar seltsam gelegen, da der junge Mann seinem Vater Geld zurückerstatten muss. Ein negativer Aktenvermerk des Polizisten hilft ihm am Ende sogar beruflich weiter.

In einer südeuropäischen Stadt wird eine Wohnung als öffentliche Toilette „getarnt“, um die Polizei zurückzuhalten. In einer Wiener Pension entdeckt der ungarische Kleinkriminelle Pasztor den Wert der Hochstapelei. Kostprobe von Serners Sprache: „Die von grotesken Verblödungserscheinungen durchsetzten Konversationen, mit denen sämtliche Mahlzeiten arrosiert wurden, begannen Pasztor allmählich derart zu amüsieren, dass er sich entschloss, sein bisheriges Schweigen zu brechen und das um vieles größere Vergnügen sich zu machen, Sprengversuche an diesen soliden Existenzen vorzunehmen.“

Nach Venedig, Innsbruck, Paris und in viele andere Städte folgt der Leser Serners Gestalten und hat immer wieder den Verdacht, dass er sich selbst kräftig mit seinen die Konventionen brechenden „Helden“ identifiziert. *Erik Lommatzsch*



Walter Serner: „Der Pfiff um die Ecke. 22 Kriminalgeschichten“, *Anaconda Verlag, Köln 2016, gebunden, 253 Seiten, 3,95 Euro*

Soeben neu eingetroffen!

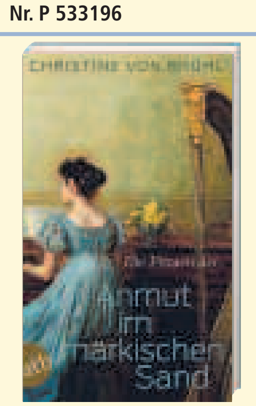
Silke Osman (Hrsg.)
Der Redliche Ostpreuße 2019
Ein Kalenderbuch für 2019
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2019, mit 160 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten, Regisseure, Architekten und Wissenschaftler wie Georg Forster, Karl Kunz, Wilhelm Jordan, Carl Knauf, Siegfried Körte, Albert Dulk, Jacob Binck, Edith von Sanden, Gottfried Herder u.v.m. sowie Erzählungen und Gedichten von: Agnes Miegel, Hannelore Patzelt-Hennig, Ernst Wiechert, Ruth Geede, Hermann Sudermann, Eva Maria Sirowatka, Hildegard Rauschenbach, Hans Ulrich Stamm, Frieda Jung, Ruth Maria Wagner, Walter Scheffler, Max von Schenkendorf, Agnes Harder, Rolf Lauckner, E.T.A. Hoffmann, Hedy Gross, Johanna Ambrosius, Walter Adamson, Walter von Sanden-Guja u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten
Nr. P 533196 Gebunden 9,95 €



Großformat-Kalender
Ostpreußen/ Westpreußen 2019
Der Kalender ist mit 12 verschiedenen, Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt Motive aus Balga, Elbing, Neidenburg, eine Baumallee bei Quittainen, die Klosteranlage der Kamaldulenser in Wigry, eine Stimmung am Geserichsee bei Deutsch-Eylau, die ehemalige Bischofsburg in Rößel, die Kurische Nehrung bei Pillkoppen, die Ordensburg in Marienburg, den Kreuzgang in der Burg Heilsberg und einige mehr. Format 60 x 48 cm Spiralbindung
Nr. P 535845 27,95 €



Kalender
Ostpreußen und seine Maler 2019
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie in Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Masuren als Malerlandschaft“. Format 50 x 35 cm Spiralbindung
Nr. P A1282 21,00 €



Christine von Brühl
Anmut im märkischen Sand
Die Frauen der Hohenzollern
464 Seiten. Taschenbuch
Nr. P A1127 15,00 €

Wie kam die Anmut in die Mark? Kaum eine Dynastie hat die Geschicke Preußens so geprägt wie die Familie der Hohenzollern. Unter ihrer Ägide wurde aus dem kargen Landstrich ein prosperierendes Königreich, mit enormer militärischer Schlagkraft einerseits und Toleranz, Bürgernähe, Förderung der Wissenschaft und Künste andererseits. Was an Preußen heute beeindruckt, ist vor allem das kulturelle Erbe, das das Land weit über seine Grenzen hinaus bekannt machte: herrliche Schloss- und Parkanlagen, Theater, Museen oder Universitäten. Christine von Brühl schildert den Einfluss gerade der Frauen der Hohenzollern, die als Zugereiste und Eingeheiratete die Impulse und Ideen mitbrachten, die für die kulturelle Weiterentwicklung des Landes erforderlich waren.



Gabriele Engelbert
Wege zum Großvater
Mehr als ein Reisebericht
Mit der Vergangenheit im Gepäck, bestehend aus alten Fotos, Dokumenten und Erinnerungen an längst verstorbene Angehörige, begibt sich Gabriele Engelbert aus Schlüchtern mit ihren beiden Geschwistern auf Spurensuche durch West- und Ostpreußen. Ihr Weg führt sie von dem Platz, an dem früher Schloss Petershoff stand und an dem sie ihre Urgroßeltern kennenlernten, weiter über Osterode, vorbei an Königsberg, nach Cranz und schließlich nach Labiau, der Ort an dem ihr Großvater Rektor der örtlichen Schule war und ihr Vater und dessen Geschwister geboren wurden und ihre Kindheit verbrachten. Über verfallene Straßen und versteckte Orte erkunden sie gleichzeitig Ostpreußen und ihre eigene Vergangenheit. Dabei beschreibt die Autorin lebendig Begebenheiten und Begegnungen am Wegesrand. Und immer wieder vergleicht sie in fesselnder Weise ihre Erlebnisse mit Erinnerungen und Erzählungen der Familie, die als Zitate in den Text eingefügt wurden. Dabei rücken den Geschwistern bei dieser Fahrt nicht nur die Vorfahren näher, sondern, während sie sich Land und Vorfahren nähern, nähern sie sich auch einander an. Der Eindruck dieser mitreißend und anschaulich beschriebenen Reise wird von zahlreichen stimmungsvollen Farbbildern noch vertieft. 144 Seiten
Nr. P 533201 Gebunden mit Schutzumschlag 19,95 €



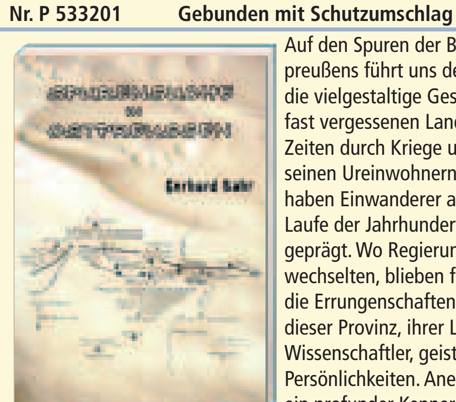
Ernst Wiechert
Die Magd des Jürgen Doskocil – Roman
Der Fährmann Jürgen Doskocil lebt einsam und von der Gemeinschaft ausgegrenzt in einem Dorf im Memelland. Aufgrund seiner großen, hässlichen Gestalt und dem unehelichen Kind, das seine erste, verstorbene Frau von einem anderen gebar, wird er verspottet und von den Dorfkindern ausgelacht. Ein amerikanischer Wanderprediger der Mormonen zieht die Menschen der Dörfer in seinen Bann. Sie suchen ihn auf, um seine Predigten zu hören und mit ihm in die „Goldene Stadt“ zu wandern. Darunter auch der Kätner Grotjohann mit seiner Tochter Marte, die auf dem Weg zu Mormonenprediger MacLean auf Doskocil treffen. Marte sieht in Doskocil einen liebenswürdigen Mann und entschließt sich, bei ihm zu bleiben. MacLean versucht, die Abtrünnige mit unchristlichen Mitteln zurück zum Glauben zu zwingen, und verflucht das Lebensglück der beiden Liebenden. Auch die anderen Dorfbewohner, beeinflusst von ihrem Prediger, erschweren ihnen das Leben. Doch der Bund zwischen Doskocil und Marte ist stark und durch ihren gemeinsamen, unerlässlichen Kampf für das Gute schaffen sie es, den Dorfbewohnern die Augen zu öffnen. Mit zärtlichen Worten und eindrucksvollen Metaphern beschreibt Ernst Wiechert die wunderschöne Natur und die Menschen seiner Heimat Ostpreußen und lässt gleichzeitig seinen Glauben an das Gute im Menschen durchblicken. Ein Buch voller Liebe, Schmerz und Menschlichkeit. 184 S.
Nr. P 533197 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Ernst Wiechert
Die Majorin – Roman
Endlich heimgekehrt aus dem Ersten Weltkrieg, findet Michael Fahrenholz seinen Namen neben dem seiner Brüder auf der Gefallenen-Ehrentafel. Das spiegelt den Zustand seiner Seele wider:
Durch den Krieg ist er verstört und zutiefst verbittert. Sein alter, trübsinniger Vater kann seine Rückkehr nicht begreifen und hält ihn für den Geist Michaels.
Michael wird Jäger bei der Majorin, eine ebenfalls vom Leid des Krieges gezeichnete Frau, der die großen Wälder und das benachbarte Gut gehören. Diese versucht, ihn zurück in ein sesshaftes Leben zu führen. Während dieser schwierigen Unternehmung entwickelt sich eine ungewöhnliche Bindung zwischen der Majorin und dem Jäger. Mit einem begreifenden und liebenden, aber auch verzichtenden Herzen gelingt es der Majorin, den Heimkehrer aus dem Reich der Toten in ein neues sinnerfülltes Dasein zurückzuführen. In seinem Roman „Die Majorin“ erläutert Ernst Wiechert mit gewichtiger Symbolik die Reifungsprozesse zweier vom Krieg unterschiedlich gezeichneten Individuen, die gemeinsam und doch jeder auf eine andere Art und Weise das Leben neu begreifen. 192 Seiten
Nr. P 533198 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €

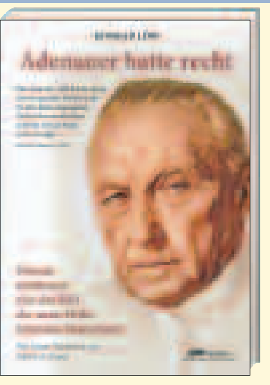
Gerhard Bahr
Berlin
Zeitensprünge
390 Seiten
Kartoniert
Nr. P A1120 19,80 €

Gewachsen aus der Vereinigung zweier Handelssiedlungen an der Spree, Sitz der Könige und Kaiser Preußens, Hauptstadt des Deutschen Reiches, geteilte und wiedervereinigte Stadt – aus der Perspektive eines Architekten und Landesplaners mit dem Herzen eines Berliners mit ostpreußischer Abstammung, gewährt uns Gerhard Bahr einen tiefen Einblick in die wechselhafte Entwicklung der Stadt mit ihren geschichtlichen und kulturellen Beziehungen. Als unfreiwilligem Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges wird dem Autor Geschichte zu persönlicher Geschichte, an der er den Leser auf eine Weise teilhaben lässt, welche die Lebensrealität der Menschen zu dieser Zeit eindrucksvoll begreiflich macht. Ein Beitrag zur Geschichte Berlins mit Blick hinter die Kulissen und jenseits der üblichen Geschichtsschreibung.



Gerhard Bahr
Spurensuche in Ostpreußen
396 Seiten
Kartoniert
Nr. P A1121 19,80 €

Auf den Spuren der Bewohner Ostpreußens führt uns der Autor durch die vielgestaltige Geschichte dieser fast vergessenen Landschaft. In frühen Zeiten durch Kriege und Pest von seinen Ureinwohnern stark entvölkert, haben Einwanderer aus ganz Europa im Laufe der Jahrhunderte Orte und Kultur geprägt. Wo Regierungen mannigfaltig wechselten, blieben für alle Zeiten die Errungenschaften der Menschen dieser Provinz, ihrer Literaten, Künstler, Wissenschaftler, geistlichen und adligen Persönlichkeiten. Anekdotenhaft erzählt ein profunder Kenner des Landes Heiteres und Nachdenkliches, lässt uns alten Sagengestalten begegnen, auf Pferdemärkten schlendern, Könige besuchen, mit Fischersfrauen plaudern und den Wegen der Nachkommen Ostpreußens folgen. Der Autor Gerhard Bahr wurde 1928 in Ostpreußen geboren.



Konrad Löw
Adenauer hatte recht
Warum verfinstert sich das Bild der unter Hitler lebenden Deutschen?
203 Seiten/Kartoniert
Nr. P A0750 15,90 €

Antisemitismus war ein Kernelement des Nationalsozialismus. Er kulminierte in der Ermordung von Millionen Juden. Hat das deutsche Volk mehrheitlich Hitlers brutale Judenpolitik gebilligt und sich damit kollektiv an einem der ungeheuerlichsten Verbrechen der Geschichte schuldig gemacht? Dazu äußerte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer 1953 vor dem Deutschen Bundestag: „Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und hat sich an ihnen nicht beteiligt …“ 50 Jahre später veröffentlichte die Bundeszentrale für politische Bildung einen Text, der genau das Gegenteil besagt und das deutsche Volk der aktiven Mitwirkung am Holocaust bezichtigt. Die Zeitzeugen, gerade auch die jüdischen geben eine klare Antwort.



Wolfgang Wieder
Karl der Große
Der Schöpfer Europas – eine Biografie
400 Seiten/Kartoniert
Nr. P A0908 24,80 €

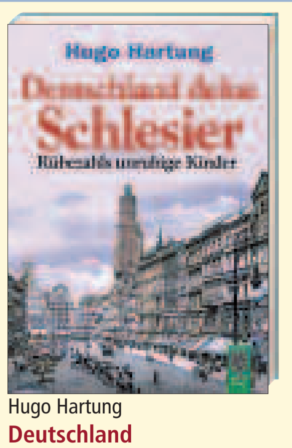
Karl der Große (747 – 814 n. Chr.) war einer der bedeutendsten Herrscher der Weltgeschichte. Als König der Franken verfolgte er konsequent eine Politik der Einigung und Stärkung des fränkischen Reiches. Er schuf eine effektive Verwaltung und förderte Bildung, Wissenschaft und Künste. Aber er führte auch mit äußerster Härte Kriege mit dem Ziel der Expansion seines Reiches und der Sicherung seiner Reichsgrenzen. Karl der Große gilt, seit dem Jahre 800 römischer Kaiser, als Vater Europas, der in seinem Wirken das antike Erbe mit der christlichen Religion zusammenfügte und damit die abendländische Geschichte bis heute maßgeblich prägte. Wolfgang Wieder ist eine spannend geschriebene Biografie gelungen, die die vielfältigen Facetten der Persönlichkeit beleuchtet.



Thilo Sarrazin
Feindliche Übernahme
Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht
Das Zurückbleiben der islamischen Welt, die Integrationsdefizite der Muslime in Deutschland und Europa, die Unterdrückung der Frauen und der Geburtenreichtum der Muslime sind eine Folge der kulturellen Prägung durch den Islam. Das zeigt Thilo Sarrazin in seinem neuen Buch. Alle Tendenzen, den Islam zu reformieren und ihn historisch-kritisch zu interpretieren, sind bisher weitgehend gescheitert. Thilo Sarrazin hat den Koran selbst komplett gelesen und zeigt, das die Reformhemmnisse im Koran selber angelegt sind. In keinem Land, in dem Muslime in der Mehrheit sind, gibt es Religionsfreiheit und eine funktionierende Demokratie. Die islamische Welt als Ganzes leidet unter einem explosionsartigen Bevölkerungswachstum, und ihre Fanatisierung nimmt ständig zu. Auch der Anteil der Muslime in Deutschland und Europa wächst durch Einwanderung und anhaltend hohe Geburten immer weiter an. Bei einer Fortsetzung dieses Trends sind die Muslime in Deutschland und Europa auf dem Weg zur Mehrheit. Darin liegt eine Bedrohung unserer Kultur und Gesellschaft, vor der wir uns schützen müssen. 496 Seiten
Nr. P A1292 Gebunden mit Schutzumschlag 24,99 €



Daniel Stelter
Das Märchen vom reichen Land
Wie die Politik uns ruiniert
Wir leben in Deutschland in der scheinbar besten aller Welten, doch schon bald werden wir feststellen, dass wir nicht das reiche Land sind, das uns Medien und Politik glauben machen wollen. Denn der Boom der hiesigen Wirtschaft ist nicht unser Verdienst, sondern in erster Linie eine Folge der tiefen Zinsen, des schwachen Euro und des Verschuldungsexzesses im Rest der Welt. Um unseren Wohlstand zu sichern, müssten die regierenden Politiker den aktuellen Aufschwung nutzen, um in Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung und somit in die Zukunft des Landes zu investieren. Doch stattdessen werfen sie das Geld für höhere Renten und Sozialausgaben zum Fenster raus. In seinem neuen Buch zeigt Daniel Stelter, einer der klarsten und profiliertesten Denker in Sachen Ökonomie: Wenn wir weitermachen wie bisher, wird nicht nur unsere Wirtschaftskraft in den kommenden Jahren rapide sinken, sondern nachfolgende Generationen werden die finanziellen Lasten, die uns heutige Politiker aufbürden, nicht stemmen können. Es droht der volkswirtschaftliche Kollaps. Doch der Bestsellerautor entlarvt nicht nur das Märchen vom »reichen Land« als eben solches, er zeigt auch konkrete Wege auf, wie wir dem Albtraumszenario entgehen können. 256 Seiten
Nr. P A1293 Gebunden mit Schutzumschlag 22,99 €



Hugo Hartung
Deutschland deine Schlesier
Rübezahls unruhige Kinder
182 Seiten/Kartoniert
Nr. P A0782 16,80 €

„Seine große Manneslíebe“ nennt Hugo Hartung Schlesien. Wer könnte es distanziert-liebevoller porträtieren als ein „Wahlschlesier“, dessen freier Blick manches viel schärfer und genauer sieht als der des Angestammten? Schlesien, einst eines der schönsten Gebiete Deutschlands, gehört als geographischer Begriff der Geschichte an. Als Kulturlandschaft aber lebt es fort in den Werken seiner Dichter, Musiker und Künstler, in der Erinnerung seiner Menschen, denen es mehr als nur Heimat war. Die reiche Ernte kultureller Leistungen sind in diesem Buch eindrucksvoll belegt. Es ist das Schlesien, das uns Deutschen geblieben ist, seinen Vertriebenen und das unverlierbar in uns lebt.



Violetta Rudat-Avidzba
Die Küche der 100-Jährigen
Mit abchasischer Küche lange leben und gesund bleiben
Dieses Kochbüchlein im Miniformat enthält circa 50 Rezepte aus dem Land der Langlebigen: von süß bis herzhaft, gesunde und mediterrane Küche aus dem Kaukasus gewürzt mit Lebensweisheiten sowie kurzen Geschichten zu Land & Leuten. 128 Seiten/Gebunden
Nr. P A1050 Gebunden 5,00 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

»Erklärung 2018« in Anhörung

Berlin – Am 8. Oktober findet endlich die öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestages zur „Erklärung 2018“ zur Wiederherstellung der rechtsstaatlichen Ordnung statt. Ort ist das Paul-Löbe-Haus E.400, Konrad-Adenauer-Straße 1, Berlin, von 13 bis 14 Uhr. Die Initiatorin der Erklärung, *PAZ*-Autorin Vera Lengsfeld, hält es für möglich, dass sich Bürger unter susanne.sarenio@bundestag.de für die Anhörung als Zuhörer anmelden können. *H.H.*

»Männer benachteiligt«

Genf – Der italienische Physik-Professor Alessandro Strumia hat bei einer Rede vor dem europäischen Kernforschungszentrum „Cern“ in Genf bemängelt, dass Männer in der Forschung gegenüber Frauen benachteiligt werden wegen der Frauenquote. Das „Cern“ hat die Zusammenarbeit mit Strumia daraufhin sofort ausgesetzt und Beweise für dessen These aus dem Netz entfernt. *H.H.*

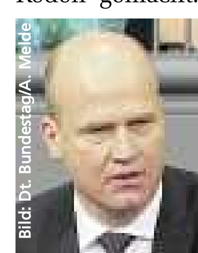
ZUR PERSON

Unterschätzter Merkel-Kritiker

Der Unmut gegen die Kanzlerin in der Bevölkerung wächst. Das machen die wöchentlichen Umfragen deutlich. Dass es aber auch Widerstand gegen sie in der eigenen Partei gibt, war weniger zu erwarten. Da gleicht die Wahl von **Ralph Brinkhaus** zum neuen CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag einem Mini-Aufstand. Die Wahl dieses unbeschriebenen Blatts erfolgte gegen Merkels Willen. Diese hatte sich für den in der Fraktion zuletzt unbeliebten Volker Kauder eingesetzt, der den Posten nun nach über 13 Jahren räumen muss.

Der 50-jährige Ostwestfale Brinkhaus hat sich in der Vergangenheit als sanfter Merkel-Kritiker in Stellung gebracht. Der Wirtschaftsexperte, der vor seiner Politiklaufbahn als Steuerberater tätig war, trat in der Eurokrise gegen Finanzhilfen ein, ist gegen Merkels Flüchtlingspolitik und machte als liberaler Finanzpolitiker Merkels Plan zunichte, die Managergehälter zu begrenzen.

Bis auf diesen Coup im letzten Jahr hat er bislang wenig von sich Reden gemacht. In der CDU, in die der ehemalige Panzerjäger nach seiner Mitgliedschaft in der Jungen Union mit 30 Jahren eintrat, hatte er bislang nur zweitrangige Posten inne. Er war Kreisvorsitzender der CDU in Gütersloh und saß dort im Stadtrat, ehe er 2009 in den Bundestag gewählt wurde, wo er in Haushalts- und Finanzausschüssen auftrat. Seit 2016 ist er Vorsitzender des CDU-Bezirksverbands Ostwestfalen-Lippe sowie stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Nordrhein-Westfalen.


Bild: Dt. Bundestag/A. Melde

Dass sich Merkel vor dem neuen Fraktionsvorsitzenden fürchten muss, ist nicht zu erwarten. Brinkhaus wird mit seiner sachlichen Art auch in umstrittenen Fragen die nötigen Mehrheiten für die Chefin besorgen. Aber vielleicht wagt sich hier ein bislang unterschätzter Machtmensch aus der Deckung, um sich für noch höhere Aufgaben zu empfehlen. *H. Tews*



Gerade noch rechtzeitig

Wie wir dem braunen Putsch entgangen sind, wo die »Hetzjagd« wiederauferstand, und was »Bürger« sich alles einbilden / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Da sind wir ja gerade noch mal davongekommen: „Mutmaßliche Rechtsterroristen sollen Umsturz in Deutschland geplant haben“, schreit uns der Internet-Auftritt einer großen Tageszeitung entgegen. Ihr „Ziel soll es gewesen sein, die Gesellschaft ganz umzuwälzen“.

Du meine Güte! Danach standen wir also kurz vor dem Umsturz des politischen Systems, unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der „Umwälzung“ von uns selbst, was immer das Gruseliges heißen mag. Es kann sich bei den Terroristen also nur um eine weitverzweigte Großorganisation gehandelt haben, die massiv bewaffnet ist und unmittelbar davor stand, die Demokratie hinwegzufegen.

Es gab auch schon ein Datum für den braunen Putsch: den 3. Oktober. Während also überall im Lande die nichtsahnenden Deutschen den Tag ihrer Einheit feiern, hätten die bewaffneten Putschisten das Kanzleramt gestürmt, den Reichstag in die Luft gejagt, und aus dem besetzten ARD-Hauptstadtstudio hätte uns ein stiernackiger Skinhead angebellt, der mit rollendem „r“ Anweisungen an die kreidebleichen Bürger herauspeitscht: „Ausgangssperrä!“

Nur durch das beherzte und frühzeitige Eingreifen der Sicherheitsbehörden ist uns dieses Horrorszenario erspart geblieben. Sie haben die Verdächtigen verhaftet und deren Wohnungen hochgenommen. Dort fiel ihnen das Waffenarsenal in die Hände, mit dem die Putschisten unseren Staat aus den Angeln heben wollten: einige Schlagstöcke und ein Luftgewehr. Zuvor hätten die Umstürzler ihren Staatsstreich bereits auf der Chemnitzer Schlossteichinsel bei einem Überfall auf einige junge Leute geprobt. Dabei seien Glasflaschen, Quarzhandschuhe und ein Elektroschocker zum Einsatz gekommen, wie die Sicherheitsbehörden mitteilen. Insgesamt umfasst die Terrorgruppe bis zu acht Personen.

Aha. Legen wir uns ein kühles feuchtes Tuch auf die Stirn und lassen diese bemerkenswerten Nachrichten ein wenig sacken. Ein gutes halbes Dutzend rechtsextremer Prügelfritzen, die als einzige Schusswaffe (Kenntnisstand Dienstagnachmittag) ein Luftgewehr im Schrank haben, verabreden sich, vermutlich nicht ohne gehörigen Bierrausch, die Regierung zu stürzen. Ihre „Pläne“ diskutieren sie völlig offen im Internet-Chat und per Telefon, wo alles abgehört und mitgelesen wird. Daraufhin lösen Sicherheitsbehörden, etablierte Parteien und geneigte Medien Revolutionsalarm aus, um uns alle in Angst und Schrecken zu versetzen.

Ist den Verantwortlichen obenrum was durchgebrannt? Das ist kaum anzunehmen, dafür sind die alle viel zu professionell. Andererseits: Denen müsste doch klar sein, dass sie mit dieser dünnen Soße bei jedem halbwegs durchblickenden Bürger nur Gelächter ernten.

> Auf der Chemnitzer Schlossteichinsel hatten sie den Staatsstreich schon mal geprobt

Klar doch, das wissen die auch. Es macht aber nichts. In ein paar Wochen schon werden wir alle Einzelheiten vergessen haben. Dann ist nur noch von der „ausgehobenen Terrorzelle“ die Rede als Grund, alle „Rechten“ als Gefahr für unsere demokratische Ordnung, ja, für Leib und Leben zu enttarnen. Man muss so eine Sache nur oft genug wiederholen, dann wachsen jeder Unterstellung eigene Flügel, die sie ganz ohne echte Ursache von allein durch die Lüfte bewegen.

Kostprobe? Im Zusammenhang mit der Entdeckung der Umstürzlergruppe wärmt die zitierte Tageszeitung die Mär von den Jagdszenen in Chemnitz Ende August wieder auf, obgleich sowohl die Polizei als auch der sächsische Verfassungsschutz und die Lokalzeitung „Freie Presse“ ermittelt hatten, dass es diese Jagdszenen nicht gegeben hat. Sehen Sie: Am Ende siegt die Frechheit immer. Wer dann noch auf die Wahrheit zu verweisen wagt, der verbreitet eben „Fake News“, verharmlost rechte Gewalt, sät den Hass oder frönt Verschwörungstheorien. Suchen Sie sich was aus.

Selbst wenn gar nichts passiert ist, kann man aus dem Nichts noch etwas schnitzen, wie die jüngste Bertelsmann-Studie eindrucksvoll vorführt. Deren Befund ist – wie kann es anders sein – sehr beunruhigend, denn die Bertelsmänner haben herausgefunden, dass wir Deutsche immer „populistischer“ werden. Vor allem die politische Mitte driftet demnach rapide in Richtung Populismus. Populismus, das wissen Sie ja, ist auch irgendwas mit rechts und daher von Übel, um nicht zu sagen: von Sachsen.

Doch was bedeutet das Wort überhaupt? Laut Bertelsmann-Stiftung ist jemand Populist, wenn er beispielsweise meint: „Die Politiker im Bundestag sollten immer dem Willen der Bürger folgen“ oder „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht“ oder auch „Mir wäre es lieber, von einem einfachen Bürger politisch vertreten zu werden als von einem Politiker“.

Die letzte populistische Forderung hat es mir besonders angetan. Bislang hatte ich immer gedacht, ein Politiker sei auch nichts anderes als ein „einfacher Bürger“, der von anderen „einfachen Bürgern“ gewählt wurde, um für diese Leute Politik zu machen. Dass ich damit den gefährlichen Populisten auf den Leim gegangen bin, habe ich erst von der Bertelsmann-Stiftung gelernt.

Offensichtlich sind Politiker eben nicht einfach nur Bürger, sondern zählen zu einer ganz speziellen Kaste, die allein dazu erkoren ist, den Staat zu führen. Einfache Bürger haben an den Schalthebeln nichts zu suchen. Wer das anders sieht, stellt sich „gegen unsere Werte“.

Endlich geht einem ein Licht auf: Bisher hatte man kaum verstanden, warum die politische Elite und ihre Herolde in den Staats- und Konzernmedien (etwa aus dem Bertelsmann-Verlag) mit solcher Wut, solchem Abscheu auf die Abkehr so vieler Wähler vom etablierten Politikbetrieb und dessen Betreibern reagieren: Sie erkennen darin nicht bloß einen demokratischen Wandel, nein, für sie ist das eine ungeheure Anmaßung des Pöbels, der „einfache Bürger“ in Posten wählt, die denen gar nicht zustehen, weil sie nicht die erforderlichen Auswahlverfahren der Partei- und Medienapparate durchlaufen haben.

Was läge da näher, als die Aufrührer mit der Gedankenkette „Populist-Rechts-Terror“ dermaßen in den Senkel zu stellen, dass sich kein einziger „einfacher Bürger“ mehr traut, dumme Frage zu stellen oder falsche Antworten zu geben?

Die Geschichte von den Chemnitzer Umstürzlern erfüllt noch eine weitere, nicht minder wertvolle Funktion. Der Verfassungsschutz zählt immer mehr radikalislamische „Gefährder“ mit Bezug zu Deutschland. Das sind Leute, denen die Behörden jederzeit einen Terror-Anschlag zutrauen. Von diesen Herzchen gab es laut Inlandsgeheimdienst vor einem Jahr 1700, bis Mai 2018 stieg ihre Zahl auf 1900 an und im August waren es bereits 2220. Ist die Entwicklung so weitergegangen, müsste sich bis heute eine Armee von gut 2400 radikal-islamischen Gefährdern „mit Deutschland-Bezug“ versammelt haben.

Ein Schuft sei, wer die rasant ansteigende Mannschaftsstärke dieser blutrünstigen Armee, deren Gewehrläufe auf uns gerichtet sind, mit der Asyl- und Einwanderungspolitik der Regierung in Zusammenhang bringt. Etwa, indem er die falsche Frage stellt, warum Länder wie Polen oder Ungarn von solchen Entwicklungen verschont bleiben und ob das etwa mit deren „rechtspopulistischer“ Einwanderungspolitik zusammenhängt.

Leider tun das aber einige. Wenn die Bertelsmänner Recht haben, werden es sogar immer mehr. In einer derart heiklen Lage hilft nur, die rechtsextreme Terrorgefahr so groß aufzublasen, dass alles andere dahinter verschwindet. Da müssen schon mal Luftgewehre und Glasflaschen ausreichen, um eine ultimative Bedrohung für Sicherheit und Demokratie zu belegen. Sonst kommt es noch so weit, dass die „einfachen Bürger“ außer Kontrolle geraten und fordern, die freie Ein- und Ausreise von Gefährdern zu begrenzen.

MEINUNGEN

*Von **Heinrich Oberreuter**, Politikwissenschaftler und langjähriges CSU-Mitglied, wollte „Cicero online“ (26. September) wissen, **wie lange Schwarz-Rot** noch hält. Seine Antwort:*

„Diese Koalition ... hält diese Legislaturperiode nicht durch. In der SPD spitzt sich der Konflikt zu. Viele drängen jetzt schon auf den Bruch der Koalition. Das wird auch die Konfliktbereiten in der CDU/CSU-Fraktion ermutigen, sich aus der Deckung zu trauen – und damit das Ende der Ära Merkel beschleunigen.“

*Der bekannte Berliner Historiker **Jörg Baberowski** erklärt in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (30. September), warum er vom **Linken zum Liberalkonservativen wurde**:*

„Die Globalisierung mag unvermeidlich sein ... Wenn wir uns aber nur noch auszuliefern haben, brauchen wir über Freiheit nicht mehr zu sprechen ... Wenn Wahlentscheidungen keine Rolle mehr spielen, wenn das Leben von unsichtbaren Strukturen beherrscht wird, die Menschen als Bedrückung empfinden, müssen sie sich wehren. Tun sie es nicht, ist es mit der Freiheit vorbei ... Das Regime der Alternativlosigkeit ist der Feind aller Freiheit und Selbstbestimmung, der Nationalstaat das Instrument, mit dem sich das Politische seinen Handlungsspielraum zurückerobert.“

*Der **syrische Christ** „Paul“ (Name geändert), der seit drei Jahren in der Bundesrepublik lebt, erklärt in „Tichys Einblick“ (1. Oktober), wie die Masse der **syrischen Moslems nach Deutschland treibe**:*

„Sie sind mit der absoluten Bestimmtheit und Sicherheit nach Deutschland gekommen, dass es von ihrem Gott, dem einzigen Gott (Allah), so gewollt ist ... Und ganz oben, in deren Wichtigkeit, steht irgendwann die Einnahme des Vatikans, um dort über der Kuppel des Petersdoms die islamische Flagge wehen zu sehen, und um alles auszulöschen, was an Christen oder das Christentum erinnert.“

***Ralph Ghadban**, im Libanon geborener Islamwissenschaftler, warnt in der „Süddeutschen Zeitung“ (28. September) vor der **Ausbreitung arabischer Clans**:*

„Vom Flüchtlingszustrom seit 2015 versuchen die Clans zu profitieren. Sie rekrutieren Arbeitskräfte für ihre Geschäfte, zum Beispiel Drogenkuriere. Sie sind bei der Vermietung von Unterkünften, Sicherheitsdiensten, Dolmetschern und Lotsen aktiv. Die islamischen Verbände sind ebenfalls aktiv und werben die Menschen für ihre Organisationen an. So erleben wir zurzeit eine Integration der Flüchtlinge in die islamische Parallelgesellschaft.“

*Der frühere Außenminister **Sigmar Gabriel** erinnert sich im „Spiegel“ (22. September), wie Kanzlerin **Merkel** auf den Vorschlag reagiert hat, die deutschen **Grenzen zu kontrollieren**:*

„Wörtlich sagte sie zu mir: ‚Aber eines versprechen Sie mit, Herr Gabriel, wir beide bauen keine Zäune.‘ Davor hatten wir gerade die Vorträge von Innenminister de Maizière und Bundespolizeichef Romann gehört, wie schnell man alles abriegeln könnte. Ich sehe sie noch mit Kopfschütteln diesen Vorträgen zuhören.“